

Warum wir mehr und bessere Kitas brauchen: Zum Zusammenhang von frühkindlicher Betreuung und Fachkräftepotenzialen

Kettner, Anja

Veröffentlichungsversion / Published Version

Dissertation / phd thesis

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kettner, A. (2012). *Warum wir mehr und bessere Kitas brauchen: Zum Zusammenhang von frühkindlicher Betreuung und Fachkräftepotenzialen*. (IAB-Bibliothek (Dissertationen), 338). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. <https://doi.org/10.3278/300786w>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Bibliothek

338

Die Buchreihe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Warum wir mehr und bessere Kitas brauchen

Zum Zusammenhang von frühkindlicher Betreuung
und Fachkräftepotenzialen

Anja Kettner

Dissertationen



Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Bibliothek

338

Die Buchreihe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Warum wir mehr und bessere Kitas brauchen

Zum Zusammenhang von frühkindlicher Betreuung
und Fachkräftepotenzialen

Anja Kettner

Dissertationen



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktorin der Wirtschaftswissenschaften
– Dr. rer. oec. – an der Fakultät VII – Wirtschaft und Management der Technischen Universität Berlin

Promotionsausschuss:

Vorsitzender: Prof. Dr. Axel Werwatz

Gutachter: Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Gutachter: Prof. Dr. Gernot Weißbühn

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 26. März 2012

Die Dissertation von Anja Kettner wird in der „IAB-Bibliothek“ – der Buchreihe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – in zwei Bänden veröffentlicht. Teil I der Arbeit erscheint als Band „IAB-Bibliothek 337“, Teil II der Arbeit erscheint als „IAB-Bibliothek 338“. Teil I enthält empirische Analysen zum betrieblichen Fachkräftebedarf in Deutschland.

Dieses E-Book ist auf dem Grünen Weg Open Access erschienen. Es ist lizenziert unter der CC-BY-SA-Lizenz.



Herausgeber der Reihe IAB-Bibliothek: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg, Telefon (09 11) 179-0
■ Redaktion: Martina Dorsch, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, 90327 Nürnberg, Telefon (09 11) 179-32 06, E-Mail: martina.dorsch@iab.de
■ Gesamtherstellung: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld (wbv.de) ■ Rechte: Kein Teil dieses Werkes darf ohne vorherige Genehmigung des IAB in irgendeiner Form (unter Verwendung elektronischer Systeme oder als Ausdruck, Fotokopie oder Nutzung eines anderen Vervielfältigungsverfahrens) über den persönlichen Gebrauch hinaus verarbeitet oder verbreitet werden.

© 2012 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg/
W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co.KG, Bielefeld

In der „IAB-Bibliothek“ werden umfangreiche Einzelarbeiten aus dem IAB oder im Auftrag des IAB oder der BA durchgeführte Untersuchungen veröffentlicht. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des IAB bzw. der Bundesagentur für Arbeit wieder.

ISBN 978-3-7639-4063-9 (Print)
ISBN 978-3-7639-4064-6 (E-Book)
ISSN 1865-4096

Best.-Nr. 300786

www.iabshop.de

www.iab.de

Inhalt

Widmung	5
Danksagung	7
Einleitung	9
1 Demografie, veränderte Familienstrukturen und Arbeitsmarkt: Ein Überblick	13
1.1 Demografie und Familienstrukturen.....	13
1.2 Resultierender politischer Handlungsbedarf	17
2 Erklärungsansätze für niedrige Geburtenraten	23
2.1 Veränderungen in der Kosten-Nutzen-Bewertung von Kindern	23
2.2 Vorübergehende Einkommensverringierungen durch Kinder	24
2.3 Ausbildung und berufliche Etablierung als individuelle Lebensziele.....	25
2.4 Langfristige Einkommensverringierungen und Karrierebrüche durch Kinder	28
2.5 Steigendes Armutsrisiko durch Kinder.....	31
2.6 Fertilität und Erwerbsverhalten bedingen sich gegenseitig	32
3 Kurz- und langfristige Bedeutung staatlicher Investitionen in Kinderbetreuung.....	35
3.1 Effekte auf die Fertilität und das Arbeitsangebot von Frauen.....	35
3.2 Die Bedeutung von Betreuungsangeboten für die betreuten Kinder...	40
3.2.1 Verringerung des Armutsrisikos und der negativen Auswirkungen von Armut	40
3.2.2 Unterstützung der geistigen und emotionalen Entwicklung, Förderung der Selbstproduktivität	43
3.2.3 Verbesserung von Chancengleichheit durch Zugang zu kulturellem Kapital	46
3.2.4 Verbesserung der Chancengleichheit durch Einbindung in soziale Netzwerke.....	52
3.3 Langfristige Effekte auf den individuellen Bildungserfolg.....	52

3.4	Langfristiger volkswirtschaftlicher Nutzen	57
4	Ausbau- und Qualifikationsbedarf bei der außerfamiliären Kinderbetreuung in Deutschland	61
4.1	Datenlage und Begriffe	61
4.2	Die Entwicklung in der Vergangenheit	61
4.3	Aktuelle Ausbauziele.....	63
4.4	Zum Stand des Ausbaus.....	65
4.5	Qualität bei der Kinderbetreuung: Kostenfaktor einerseits und Voraussetzung für Nachfrage andererseits.....	74
4.6	Entwicklung und Messung von Betreuungsqualität	75
4.6.1	Qualifizierung des Betreuungspersonals als Schlüsselfaktor für Qualität	77
4.6.2	Qualifizierung des Personals in Kindertagesstätten	78
4.6.3	Qualifikation des Personals in der Kindertagespflege.....	83
4.6.4	Kindertagespflege ist kein gleichwertiges Betreuungsangebot	86
4.6.5	Ausbaubedarf bei Plätzen und Personal	89
4.7	Gefahr eines sich reproduzierenden Fachkräftemangels durch unzureichende Investitionen in Kindertagesbetreuung	94
5	Zusammenfassung.....	97
6	Ausblick auf notwendige Daten und Forschung	101
	Abbildungsverzeichnis.....	103
	Tabellenverzeichnis.....	105
	Literatur	107
	Kurzfassung.....	119

Für meinen Ehemann Holger Warning

Er hat in den letzten Jahren zugunsten dieser Arbeit auf viel gemeinsame Zeit verzichtet, aber dennoch nie aufgehört, mir geduldig den Rücken freizuhalten. Als Fachberater für Kindertageseinrichtungen stand er zudem immer für inhaltliche Diskussionen zur Verfügung und hat meinen Blick auf diese Thematik beträchtlich erweitert.

Danksagung

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Jürgen Kromphardt für seine Betreuung und Unterstützung dieser Dissertation. Er stand der hier präsentierten Forschungsthematik von Beginn an sehr interessiert gegenüber und war immer gern bereit, meine Ideen und Ergebnisse zu diskutieren. Nicht zuletzt hat er mich überzeugend motiviert, wenn einmal Forschungs-Durststrecken aufkamen und auch damit den Abschluss dieser Dissertation sehr unterstützt. Des Weiteren bedanke ich mich bei Prof. Dr. Gernot Weißhuhn für seine Bereitschaft, meine Arbeit zu diskutieren und als Zweitgutachter zur Verfügung zu stehen.

Ein großes Dankeschön gilt Kolleginnen und Kollegen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die mich durch wissenschaftliche Diskussionen und persönliche Unterstützung bei der Erstellung der Arbeit begleitet haben, insbesondere Dr. Sabine Klinger, Prof. Dr. Enzo Weber und Dr. Eugen Spitznagel sowie den Teammitgliedern des Projekts IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots (IAB-EGS), hier besonders Martina Rebien und Dr. Markus Heckmann. Ich bedanke mich bei Martina Dorsch für ihr hervorragendes Lektorat der beiden entstandenen Bücher und beim IAB für die Möglichkeit, die Daten der IAB-EGS für meine Arbeit zu nutzen.

Meinen Freunden danke ich für ihr jahrelanges Verständnis, ihre Motivation und ihre Unterstützung aller Art. Sie mussten oft auf mich verzichten und sind doch meine besten Freunde geblieben, Dank hier vor allem an Xenia, Sylvia und Franziska. Auch meiner Mutter gilt ein großes Dankeschön. Sie wusste von Beginn an, dass ich es schaffe.

Karin K.-S. gilt mein tiefer Dank für ihr Vertrauen und ihre großartige Unterstützung.

Nürnberg, Dezember 2012

Anja Kettner

Einleitung

Wie der erste Teil dieser Dissertation¹ gezeigt hat, spielt die Qualifikation des Erwerbspersonenpotenzials bzw. der Beschäftigten eine entscheidende Rolle dafür, ob sich am Arbeitsmarkt Fachkräfteengpässe und -mangellagen entwickeln können. Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Handlungsstrategien für die langfristige Sicherung des Fachkräftebedarfs ist deshalb die Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungssystems, sodass der Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte weiter steigt bzw. der Anteil derjenigen, die keinen (Aus-)Bildungsabschluss erreichen und damit zunehmend schlechtere Chancen auf eine Arbeitsmarktbeteiligung haben, möglichst gegen Null geht.

Der hiermit vorgelegte Teil II der Dissertation widmet sich ausführlich einem der wichtigsten Bereiche des öffentlichen Bildungssystems: der außerfamiliären Betreuung und Bildung von Kindern, noch bevor sie in das formale Schulwesen eintreten. Qualitativ hochwertige Bildungsangebote in Kindertageseinrichtungen haben eine herausragende Bedeutung bei der Entwicklung der individuellen Lernfähigkeit und Lernbereitschaft der Kinder, ganz besonders bei jenen, die innerhalb ihrer Herkunftsfamilien wenig Förderung erfahren oder aufgrund von einkommensbedingten Benachteiligungen oder kulturellen Barrieren tendenziell schlechtere Bildungs- und Arbeitsmarktchancen haben. Die Renditen staatlicher Investitionen in frühkindliche und vorschulische Betreuung (die immer auch Bildung ist), liegen höher als die Renditen von Investitionen in nachfolgende Bildungsstufen, denn in den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die lebenslange Lernfähigkeit und die Lernbereitschaft gelegt.

Aus diesem Grunde, aber auch, weil qualitativ hochwertige Betreuungsangebote darüber hinaus kurzfristige Effekte auf das Arbeitsangebot von Frauen und langfristige positive Effekte auf die Geburtenentwicklung haben, konzentriert sich die Arbeit auf diesen ersten Abschnitt innerhalb des öffentlichen Bildungswesens. Ihm wird bislang seitens der Familien- und Bildungspolitik, trotz seiner hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung, zu wenig Priorität beigemessen, was vorhandene Wachstumspotenziale sowohl in der kurzen als auch in der langen Frist beschränkt.

An Teil I der Dissertation anknüpfend, diskutiert Kapitel 1 einige Aspekte der demografischen Entwicklung Deutschlands vertiefend und stellt dabei einen Bezug zu Veränderungen in familiären Strukturen her, die mit dem demografischen Wandel in Zusammenhang stehen. Es werden nicht nur weniger Kinder geboren, weil ein zunehmender Teil von Frauen kinderlos bleibt und viele Mütter nur noch ein Kind haben. Hinzu kommt, dass immer mehr Kinder nicht mehr in klassischen Familien

1 Anja Kettner (2012): IAB-Bibliothek 337.

mit zwei Elternteilen aufwachsen, sondern nur noch mit einem Elternteil leben, von Einkommensarmut betroffen sind oder einen Migrationshintergrund haben. Diese Kinder, ein beträchtlicher Teil der nachkommenden Generation, hat nachweislich schlechte Bildungschancen und wird ohne zusätzliche Unterstützung nicht die Bildungserfolge erzielen können, die eigentlich möglich wären und von denen die gesamte Volkswirtschaft profitieren würde.

Kapitel 1 lenkt bereits die Aufmerksamkeit auf offensichtliche Konflikte junger Familien und insbesondere junger Frauen bei Entscheidungen über die Realisierung von Erwerbs- und Kinderwünschen. Kapitel 2 geht daran anschließend genauer der Frage nach, was die Entscheidung für die Gründung oder Erweiterung von Familien und damit die gesamtgesellschaftliche Geburtenrate beeinflusst. Warum entscheiden sich viele Frauen dafür, eher spät eine Familie zu gründen? Welche kurz- und langfristigen ökonomischen Konsequenzen kann die Geburt und Betreuung von Kindern insbesondere für die Mütter haben? Was wünschen sich Mütter bzw. Familien hinsichtlich einer Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit und welcher Realität stehen sie gegenüber? Aus einer Vielzahl von Forschungsergebnissen lassen sich nicht nur die geringen Geburtenraten gerade in Westdeutschland erklären, sondern auch die vergleichsweise geringe Arbeitsmarktpartizipation westdeutscher Mütter. Besonders interessant sind in diesem Kontext die Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen, deren jüngste Ergebnisse klar belegen, dass bei den jüngeren Generationen ein Wertewandel stattgefunden hat: Sie wollen beides: Kinder *und* beruflichen Erfolg. Viele Befragte geben an, dass sie sich ein (weiteres) Kind vorstellen könnten, falls eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich wäre. Die Zusicherung von Betreuungsangeboten spielt dafür eine entscheidende Rolle.

Im darauf folgenden Kapitel 3 werden zahlreiche Studien vorgestellt, die erklären, warum die ersten Lebensjahre für die Entwicklung jedes Individuums so bedeutsam sind und welche hohen kompensatorischen Effekte eine qualitativ hochwertige außerfamiliäre Betreuung für Kinder hat. Vor allem die Erkenntnisse der Hirnforschung waren für das grundlegende Verständnis der Bedeutung der ersten Lebensjahre bahnbrechend. Auch die Psychologie, die Erziehungswissenschaft, die Pädagogik, die Soziologie und nicht zuletzt die Ökonomie haben sich in den letzten Jahren verstärkt der Frage gewidmet, welche individuellen und welche gesamtgesellschaftlichen Effekte eine verstärkte individuelle Förderung der Kinder außerhalb ihrer Familien haben kann. Die wichtigsten Ergebnisse werden diskutiert.

Kapitel 4 bietet einen Überblick über die Verfügbarkeit von Betreuungsangeboten auf Ebene der Bundesländer. Dabei wird zwischen Angeboten für Kinder unter drei Jahren und für Kinder zwischen drei und sechs Jahren sowie zwischen Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Angeboten in öffentlich geförderter Kindertagespflege unterschieden. Bei Angeboten zur außerfamiliären Kinderbetreuung

kommt es, gerade auch bei sehr kleinen Kindern, entscheidend auf ihre Qualität an. Diese spielt nicht nur für den Betreuungs- und Bildungserfolg eine Rolle, sondern beeinflusst wiederum die Entscheidung der Eltern, ihre Kinder betreuen zu lassen oder nicht. Schätzen die Eltern die vorhandenen Angebote als nicht gut genug ein, so sind diese – unabhängig von ihrer Zahlungsbereitschaft – für sie nicht entscheidungsrelevant und werden weder ihre Erwerbsbeteiligung noch ihre Fertilitätsentscheidungen beeinflussen. Auch wenn in den letzten Jahren ein beträchtlicher Ausbau der Angebote stattgefunden hat, ist dieser bei Weitem nicht ausreichend. Dabei können Angebote in der Kindertagespflege mit ihrer im Durchschnitt schlechteren Betreuungsqualität kein nennenswertes Element des Ausbaus sein, sondern die professionelle Betreuung in Kindertageseinrichtungen nur ergänzen. Nach wie vor mangelt es an Kita-Betreuungsplätzen für Kleinkinder, an Ganztagsangeboten und an fachspezifisch qualifiziertem Personal. Es gibt zu wenig Nachwuchs in den einschlägigen Berufen, nicht zuletzt, weil hier Entlohnung, Arbeitsbedingungen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten weiterhin unattraktiv sind. Aber bereits heute zeigen sich Fachkräftemangellagen beim Kernberuf in Kindertageseinrichtungen, dem Erzieherberuf.

Gesellschaft und Politik messen diesem Bereich des Bildungswesens noch immer zu geringe Bedeutung für das kurz- und langfristige Fachkräfteangebot bei. Sie haben noch nicht verstanden, welche hohen Renditen öffentliche Investitionen hier langfristig erbringen und wie wichtig es ist, hier für ausreichend viele und qualifizierte Fachkräfte zu sorgen. Diese Arbeit soll dazu beitragen, dies zu verändern und eine weitaus stärkere Prioritätensetzung hin zu diesem Bildungsbereich zu erwirken. Kapitel 5 fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen. Am Ende der Arbeit in Kapitel 6 wird ein kurzer Ausblick auf notwendige Daten und Forschungsarbeiten gegeben, die für eine quantitative Bestimmung der Renditen unterschiedlicher Formen von Betreuungs- und Bildungsangeboten notwendig wären.

1 Demografie, veränderte Familienstrukturen und Arbeitsmarkt: Ein Überblick

1.1 Demografie und Familienstrukturen

Die bereits in Teil I unter Abschnitt 1.3.3.1 angesprochenen demografischen Veränderungen sollen zunächst genauer dargestellt werden, um ihren grundlegenden Einfluss auf das weitere Fachkräfteangebot und den zukünftigen betrieblichen Rekrutierungserfolg vertieft herauszuarbeiten. Dabei wird ein Fokus auf die teilweise damit in Zusammenhang stehenden Veränderungen der familiären Strukturen gelegt, die einerseits die beobachtete Entwicklung der Geburtenraten mit erklären und andererseits bei einem zunehmendem Anteil von Kindern dazu führen, dass sie aufgrund finanzieller, kultureller oder anderer Benachteiligungen schlechtere Entwicklungs- und Bildungschancen haben als Kinder, die in deutschen Familien mit beiden Elternteilen und ohne finanzielle Notlagen aufwachsen.

Im Jahr 2010 gab es in Deutschland insgesamt 678.000 Geburten und 859.000 Sterbefälle (Statistisches Bundesamt 2011a). Die Zahl der Geborenen hat die Zahl der Sterbenden also nicht ersetzt, sondern es bestand wie schon in den Vorjahren eine „Geburtenlücke“, im Jahr 2010 von rund 181.000 Personen (Statistisches Bundesamt 2011b).

Bereits seit 1972, d. h. seit vier Jahrzehnten, gibt es in Deutschland mehr Sterbefälle als Neugeborene, zuvor war es umgekehrt gewesen. Die höchste positive Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen bestand im Jahr 1964 mit insgesamt 487.000 Personen. Im Durchschnitt bekam eine Frau damals mehr als 2,5 Kinder. Mitte der 60er-Jahre setzte ein massiver Geburtenrückgang ein. Diese Zeit wird von Bevölkerungsforschern als „Second Demographic Transition“ (zweite demografische Veränderung) bezeichnet: In der historischen Betrachtung haben sich damals zum zweiten Mal das Geburtenverhalten und damit die Bevölkerungsentwicklung grundlegend verändert, nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten europäischen Ländern (Van de Kaa 2001; Lesthaeghe/Moors 2000).

Die erste demografische Veränderung („First Demographic Transition“) hatte in der Zeit um das Jahr 1900 stattgefunden, als die Sterblichkeitsrate zurückging und die Lebenserwartung deutlich anstieg. Während der Industrialisierung bildete sich die traditionelle Familienform heraus, die durch einen männlichen Hauptnährer und eine nicht erwerbstätige Mutter, die sich um Haushalt und Kindererziehung kümmerte, gekennzeichnet war. Im Zuge dieser demografischen Veränderung sank die zusammengefasste Geburtenziffer von 4,7 im Jahr 1890 auf 2,9 im Jahr 1915 (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2011).

Die zweite demografische Veränderung betraf die Jahre 1965 bis 1974. Ein im Durchschnitt gestiegenes Bildungsniveau der Frauen und ihr zunehmender Wunsch nach Anerkennung außerhalb der Familie, verbunden mit einer steigenden Erwerbsneigung, führten zur Erosion des traditionellen Familienbildes und der traditionellen geschlechtlichen Rollenverteilung (Besenthal/Lang 2004). Mit der Entwicklung der Antibabypille erhielten Frauen die Möglichkeit, die Zahl und den Zeitpunkt von Schwangerschaften zu kontrollieren. In Westdeutschland ging die Zahl der Kinder je Frau ab Mitte der 1960er-Jahre immer weiter zurück und erreichte Mitte der 1980er-Jahre ihren Tiefpunkt. Danach erhöhte sie sich bis Anfang der 1990er-Jahre nur leicht und verharnt seitdem mit geringen Schwankungen bei rund 1,4 Kindern je Frau (Statistisches Bundesamt 2009a).

In der DDR reagierte die Familienpolitik bereits in den 70er-Jahren auf den Rückgang der Geburtenzahlen im Zuge der zweiten demografischen Veränderung. Familien mit Kindern erfuhren hier besondere finanzielle Unterstützung und es wurde ein umfassendes System der Kinderbetreuung aufgebaut (Statistisches Bundesamt 2007: 8 ff.). Die frühzeitige und überwiegend ganztägige Betreuung der Kinder in Kinderkrippen und Kindergärten, in denen jeweils speziell dafür ausgebildeten Fachkräfte arbeiteten, war seit den 70er-Jahren für die meisten Eltern eine Selbstverständlichkeit, ebenso das Angebot an Hortplätzen für die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern bis zum Ende der vierten Schulklasse. Die meisten Mütter kehrten nach der Geburt von Kindern sehr schnell an den Arbeitsplatz zurück und waren überwiegend in Vollzeit beschäftigt. Im Jahr 1980 lag die zusammengefasste Geburtenziffer in der DDR bei 1,94 Kindern je Frau. Anders als in Westdeutschland ging sie im Verlauf der 80er-Jahre nur leicht zurück. Ein wesentlicher Erklärungsfaktor dafür dürfte die vielfältige Unterstützung von Familien und Kindern und die mögliche Vereinbarkeit von Beruf und Erwerbsarbeit (bei stabiler Beschäftigung durch staatliche Sicherung von Arbeitsplätzen) gewesen sein.²

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und infolge der damit verbundenen ökonomischen und sozialen Unsicherheiten sank die Geburtenziffer dann allerdings bis 1994 auf das niedrige Niveau von 0,77 Kindern je Frau. Danach stieg sie zunächst nur langsam wieder an und erreichte erst im Jahr 2008 wieder ein höheres Niveau als in Westdeutschland. In den ostdeutschen Bundesländern wurden zu diesem Zeitpunkt durchschnittlich 1,4 Kinder je Frau geboren, in den westdeutschen Ländern waren es 1,37 (Statistisches Bundesamt 2011c). Seitdem gibt es im Osten wieder mehr Geburten je Frau als im Westen. Im Jahr 2010 lagen die zusammen-

2 So erhielten in den Schulen alle Kinder für einen sehr geringen Betrag täglich Milch am Vormittag und ein warmes Essen am Mittag. Auch die Essensversorgung in der Kinderkrippe und im Kindergarten war in der DDR für alle Kinder gesichert, während dies in den Kindertagesstätten in Westdeutschland bis heute keine Selbstverständlichkeit ist.

gefassten Geburtenziffern bei 1,46 und 1,36 (vgl. auch Abbildung 5 in Teil I). Eine Verschiebung der ersten Geburt in ein höheres Lebensalter war bei ostdeutschen Frauen erst nach der Wiedervereinigung zu beobachten. Sie bekommen ihre Kinder aber weiterhin im Durchschnitt früher als westdeutsche Frauen, bei denen bereits die zweite demografische Veränderung mit einer zeitlichen Verschiebung der ersten Geburt einherging (Statistisches Bundesamt 2007: 14).

Allein eine solche Verschiebung hat beträchtliche demografische Effekte, denn durch die Verlagerung der ersten Geburt in ein höheres Lebensalter sinkt die Wahrscheinlichkeit für weitere Geburten. Die natürliche Altersgrenze der Frauen für eine Schwangerschaft wird dann schneller erreicht und die Wahrscheinlichkeit, dass gar keine oder keine weiteren Schwangerschaften zustandekommen, nimmt nicht zuletzt gesundheitsbedingt ab. Obwohl sich die Zahl der Geburten bei über 35-jährigen Frauen jüngst wieder erhöht hat, erwarten die Bevölkerungswissenschaftler in den kommenden Jahren eine weitere Abnahme der endgültigen Kinderzahl je Frau. So werden von den 1965 in Westdeutschland geborenen Frauen schätzungsweise knapp 30 Prozent kinderlos bleiben, bei den ostdeutschen Frauen liegt der geschätzte Anteil bei etwa 10 Prozent (Statistisches Bundesamt 2009b: 8 ff.).

Die zunehmende Kinderlosigkeit wird als der wesentliche Bestimmungsfaktor für die demografische Entwicklung zumindest in Westdeutschland betrachtet (ebenda). Auch bei den Frauen mit Kindern zeigt sich ein Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl. So hat zwar weiterhin rund die Hälfte aller westdeutschen Mütter zwei Kinder, der Anteil der Mütter mit nur einem Kind ist jedoch gestiegen und der Anteil derjenigen mit mehr als drei Kindern zurückgegangen. In Ostdeutschland tritt Kinderlosigkeit seltener auf als in Westdeutschland, allerdings bekommt hier ein zunehmender Anteil von Frauen nur noch ein Kind.

Heute werden aber nicht nur deutlich weniger Kinder geboren als in früheren Jahrzehnten, sondern es verändern sich auch die Familien, in denen die Kinder aufwachsen. Das traditionelle Familienbild wird seltener gelebt und die Formen des Zusammenlebens von Eltern mit ihren Kindern sind vielfältiger geworden.

Insbesondere in Ostdeutschland sind immer mehr Mütter nicht verheiratet. Sie und ihre Kinder erfahren nicht die materielle Absicherung durch einen Ehepartner und profitieren nicht von der staatlichen Förderung der Ehe, z. B. in Form des Ehegattensplittings (Statistisches Bundesamt 2008a). Die gestiegenen Scheidungsraten zeigen, dass auch im Falle einer Familiengründung verheirateter Paare heute ein höheres Risiko dafür besteht, dass die Ehe nicht dauerhaft bestehen bleibt. Von Trennungen und Scheidungen sind auch die in diesen Familien lebenden Kinder betroffen.

Ein zunehmender Anteil von Kindern wächst in nicht ehelichen Gemeinschaften oder mit nur einem Elternteil auf. So lebten 2010 in Westdeutschland 15,5 Pro-

zent aller minderjährigen Kinder bei nur einem Elternteil, zehn Jahre zuvor waren es 12,1 Prozent der Kinder gewesen (Statistisches Bundesamt 2011d: 9). In Ostdeutschland ist der Anteil im gleichen Zeitraum von 19,4 auf 24,1 Prozent angestiegen. In Westdeutschland gibt es mehr Geschiedene unter den Alleinerziehenden, in Ostdeutschland hat vor allem der Anteil der Ledigen zugenommen. Hier waren 2009 mehr als die Hälfte aller Alleinerziehenden ledig, 1996 waren es noch 35 Prozent gewesen (Statistisches Bundesamt 2010a: 12). In Westdeutschland lag dieser Anteil bei 30 Prozent im Jahr 2009 und 25 Prozent im Jahr 1996.

Alleinerziehend sind vor allem Frauen: Im Jahr 2009 waren 90 Prozent aller Alleinerziehenden weiblich. Bei 31 Prozent dieser Mütter lebten Kinder unter sechs Jahren, während von den vergleichsweise wenigen alleinerziehenden Vätern nur 11 Prozent mit kleineren Kindern zusammenlebten (Statistisches Bundesamt 2010a: 14 f.). Alleinerziehende Väter betreuen in den meisten Fällen nur ein Kind, während alleinerziehende Frauen vergleichsweise häufiger mit zwei oder mehr Kindern zusammenleben. Alleinerziehende und ihre Kinder sind – hauptsächlich aufgrund der eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten des betreuenden Elternteils – überproportional häufig von Armutslagen betroffen. Dies kann die Entwicklungsmöglichkeiten und die Bildungschancen der Kinder einschränken, nicht nur vorübergehend, sondern bei längerer Dauer auch mit langfristigen Folgen (siehe dazu ausführlicher Abschnitt 3.2.1).

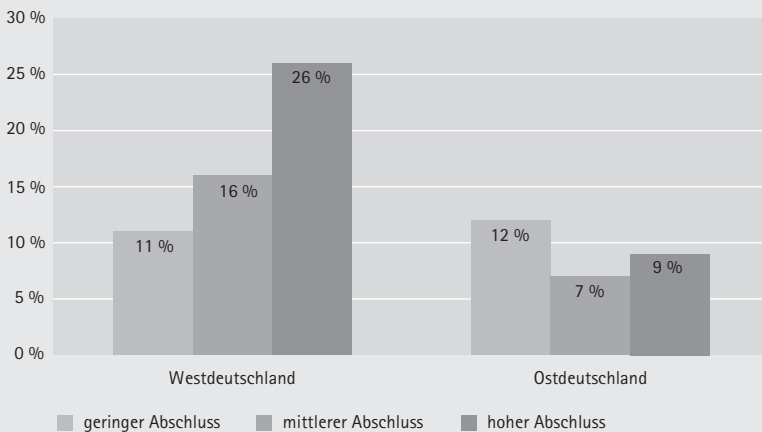
Veränderungen sind weiterhin hinsichtlich der ethnischen Herkunft von in Deutschland lebenden Familien zu beobachten. So hat inzwischen jede vierte Familie einen Migrationshintergrund³ (Statistisches Bundesamt 2008a: 9 ff.). Ein zunehmender Anteil aller Kinder wird in diesen Familien geboren: Im Unterschied zu Müttern, die in Deutschland geboren wurden, haben Mütter mit Migrationshintergrund häufiger mehrere Kinder und Frauen mit Migrationshintergrund bleiben seltener kinderlos als deutsche Frauen.

Auch bei Migrantinnen ist zu beobachten, dass der Anteil derjenigen, die vier oder mehr Kinder bekommen, im Vergleich zu früheren Jahren zurückgeht. Aber es ist vor allem die gesunkene Fertilität der in Deutschland geborenen Frauen (ohne eigenen Migrationshintergrund), die dazu führt, dass ein zunehmender Anteil aller hier geborenen Kinder in einer Familie mit Migrationserfahrung aufwächst. Häufig sind diese Kinder (spätestens im regulären Schulsystem) mit sprachlichen und kulturellen Barrieren konfrontiert, die ihre Bildungschancen verringern (siehe dazu Abschnitt 3.2.3).

3 Zu den Familien mit Migrationshintergrund gehören in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, in denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde und entweder nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder diese durch Einbürgerung oder einbürgerungsgleiche Maßnahmen (Spätaussiedler) erhalten hat.

Vor allem in Westdeutschland wird ein zunehmender Anteil von Kindern in Familien geboren, die keinen akademischen Hintergrund haben. Denn Kinderlosigkeit tritt vor allem bei den hochqualifizierten Frauen auf (Statistisches Bundesamt 2009b: 27). Rund ein Viertel von ihnen blieb 2008 in Westdeutschland kinderlos, in Ostdeutschland lag der Anteil nur bei 9 Prozent, vgl. Abbildung 1.⁴ Während sich im Osten der Anteil der Kinderlosen kaum hinsichtlich des Qualifikationsniveaus unterscheidet, tritt im Westen Kinderlosigkeit bei Höherqualifizierten weit häufiger auf als bei Geringqualifizierten. In beiden Landesteilen ist außerdem zu beobachten, dass Mütter mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich seltener drei oder mehr Kinder haben als Mütter mit geringem Abschluss.

Abbildung 1: Anteil der 40- bis 75-jährigen Frauen ohne Kinder nach Bildungsstand, 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt (2009b: 27), eigene Darstellung.

1.2 Resultierender politischer Handlungsbedarf

Diese strukturellen Veränderungen und zunehmend instabile Familienstrukturen betreffen die in Deutschland aufwachsenden Kinder unmittelbar. Für einen zunehmenden Anteil von ihnen bestehen neben armutsbedingten Belastungen kulturelle und sprachliche oder habitusbedingte (herkunftsgeprägte) Barrieren, die ihre Bildungschancen und ihren Bildungserfolg beeinträchtigen, wie in den folgenden Kapiteln im Kontext der kompensatorischen Funktion außerfamiliärer Kindertagesbetreuung noch ausführlicher erläutert wird. Angesichts der Notwendigkeit, das

⁴ Das Statistische Bundesamt unterscheidet in dieser Publikation den Bildungsstand in drei Kategorien und folgt damit der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens ISCED 97, vgl. Statistisches Bundesamt (2009b: 25).

Fachkräfteangebot mittel- und langfristig zu stärken, ist dies ein alarmierender Befund, denn rein quantitativ geht dieses Angebot in den kommenden Jahren weiter zurück und die Bevölkerung Deutschlands wird weiter altern. Selbst bei Annahme einer jährlichen Nettozuwanderung von 200.000 Personen (was einer sehr optimistischen Annahme entspricht) und einer Steigerung der Geburtenrate auf 1,6 Kinder je Frau ab dem Jahr 2025 wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2060 auf schätzungsweise rund 74,5 Mio. Menschen zurückgehen (Statistisches Bundesamt 2009c). Ohne eine Steigerung der Geburtenraten wird sie sogar auf rund 70,1 Mio. Menschen sinken, vgl. Tabelle 1.

Das Ausscheiden der geburtenstarken 1960er-Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt wird den Anteil der Älteren, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, innerhalb kurzer Zeit deutlich erhöhen, gleichzeitig wird der Anteil der Jüngeren an der Gesamtbevölkerung rapide sinken: Unter der optimistischen Annahme einer Steigerung der Geburtenrate auf 1,6 Kinder pro Frau ab dem Jahr 2025 werden im Jahr 2060 rund 28 Prozent aller Einwohner 67 Jahre und älter sein (vgl. Berechnungen Variante II in Tabelle 1). Ohne eine Steigerung der Geburtenrate wird der Anteil der Älteren dann sogar bei rund 30 Prozent liegen. In dieser pessimistischeren Variante würden maximal 56 Prozent der Einwohner zwischen 18 und 66 Jahren dem Arbeitsprozess theoretisch zur Verfügung stehen, wobei die tatsächliche Zahl der Erwerbspersonen aufgrund von Ausbildungs- und Studienzeiten sowie aufgrund krankheitsbedingter oder gewünschter Nichterwerbstätigkeit niedriger liegen wird. Der Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren wird dagegen auf 9,8 Mio. bzw. 14 Prozent in Variante I und auf 12 Mio. bzw. 16 Prozent in der optimistischeren Variante II zurückgehen.

Diese Vorausberechnungen machen deutlich, wie dringend eine deutliche Steigerung der Geburtenraten ist, damit sich zumindest langfristig das Erwerbspersonenpotenzial wieder erhöht und der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung steigt und so auch die Finanzierung von Solidarsystemen weiter möglich ist. Sie zeigen aber auch, dass es der Gesellschaft gelingen muss, die negativen Auswirkungen der oben beschriebenen strukturellen Veränderungen auf die heranwachsenden Kinder zu minimieren und *allen* Kindern, unabhängig von ihrem familiären Umfeld, bestmögliche Bildungschancen zu eröffnen. Viel stärker als in den vergangenen Jahrzehnten muss die Gesellschaft Wert auf die dafür notwendigen Investitionen legen, denn sie kann es sich schlicht nicht leisten, auf das Potenzial der Kinder aus problembelasteten Familien zu verzichten.

Tabelle 1: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands in Mio. Personen, 1990 bis 2060

Variante I	1990		2010		2030		2060	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
unter 18	15,3	19 %	13,3	16 %	11,9	15 %	9,8	14 %
18 bis 66	54,1	68 %	53,0	65 %	47,5	60 %	39,2	56 %
ab 67	10,4	13 %	15,2	19 %	19,7	25 %	21,1	30 %
Insgesamt	79,8	100 %	81,5	100 %	79,1	100 %	70,1	100 %

Variante II	2030		2060	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
unter 18	13,0	16 %	12,0	16 %
18 bis 66	47,5	59 %	41,4	56 %
ab 67	19,7	25 %	21,1	28 %
Insgesamt	80,2	100 %	74,5	100 %

Variante I: konstante Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau, Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr
Variante II: Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau bis 2024, danach 1,6 Kinder je Frau, Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr
Quelle: Statistisches Bundesamt (2009c), eigene Darstellung.

Wie im späteren Verlauf der Arbeit noch ausführlicher erläutert wird, spielen hierfür qualitativ hochwertige außerfamiliäre Angebote der Kinderbetreuung eine herausragende Rolle. Die Arbeit wird aber auch zeigen, dass diese Rolle noch immer nicht in allen Regionen und von allen relevanten Entscheidungsträgern erkannt wurde. Außerfamiliäre Betreuung, die gleichzeitig immer auch Bildung ist, kann hohe kompensatorische Effekte haben. Zudem fördert sie nicht nur benachteiligte Kinder. Auch jene, die innerhalb ihrer Familien sehr gut gefördert und unterstützt werden, profitieren von den Angeboten in Kindertageseinrichtungen, die ihnen in dieser Form zuhause nicht verfügbar sein können (im Sinne direkter Bildungsangebote und dem Austausch mit anderen Kindern und Betreuungspersonen).

Gleichzeitig können Angebote der außerfamiliären Betreuung von Kindern Eltern bei der Umsetzung von Erwerbswünschen unterstützen bzw. ihnen eine Erwerbstätigkeit überhaupt erst ermöglichen. Im Zuge der Debatten um Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel rücken die Frauen und Mütter stärker in den Fokus der deutschen Arbeitsmarktpolitik, denn durch eine frühere Rückkehr nach familienbedingten Unterbrechungen und durch längere Arbeitszeiten könnten sie schon kurzfristig dazu beitragen, das Erwerbspersonenpotenzial zu stärken und so Engpässe und Mangellagen zu verringern. Fuchs/Zika (2010) argumentieren zwar, dass eine weitere Erhöhung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in den nächsten Jahren an Grenzen stoßen wird, denn der Anteil erwerbstätiger Frauen hat sich in der jüngeren Vergangenheit bereits beträchtlich erhöht und liegt mittlerweile oberhalb des EU-Durchschnitts. Großer Spielraum besteht jedoch bei der Auswei-

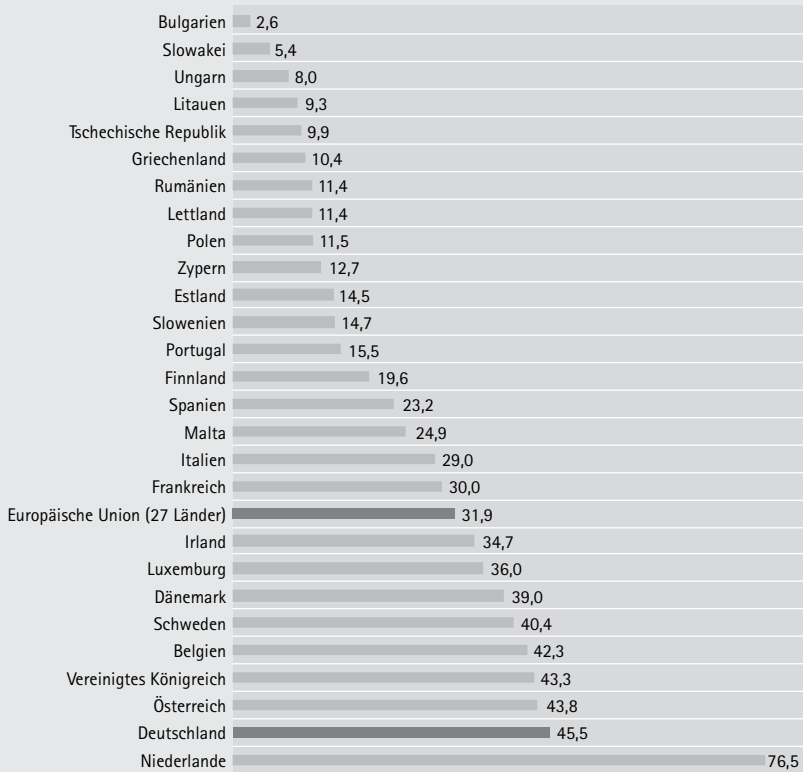
tung der Arbeitszeit. Wie der EU-Vergleich zeigt, hat Deutschland einen weit überdurchschnittlich hohen Anteil von in Teilzeit beschäftigten Frauen, der nur von den Niederlanden übertroffen wird, vgl. Abbildung 2. Gerade in Westdeutschland gibt es viele Frauen, die ihren Beschäftigungsumfang aufgrund persönlicher oder familiärer Verpflichtungen einschränken. Im Jahr 2007 betraf dies 90 Prozent der teilzeitbeschäftigten Mütter (Statistisches Bundesamt 2008a: 17). In Ostdeutschland lag der Anteil bei 52 Prozent.

Nach wie vor übersehen Politik und Unternehmen häufig, dass junge Menschen in Konflikte geraten, wenn sie aufgrund schlechter Rahmenbedingungen dazu gezwungen sind, sich zwischen der Realisierung ihrer Kinderwünsche und der Realisierung ihrer Erwerbswünsche zu entscheiden, das betrifft die jungen Frauen genauso wie die Männer. Die oben beschriebenen demografischen Fakten weisen darauf hin, dass diese Konflikte bestehen und dass es gesellschaftlich dringend geboten ist, sie aufzulösen oder zumindest zu verringern.

Im Folgenden werden verschiedene Erklärungsansätze für die beobachteten niedrigen Geburtenraten diskutiert und es wird der Zusammenhang zwischen Fertilitäts- und Erwerbsentscheidungen von Frauen bzw. Familien genauer beleuchtet. Dabei spielt das Angebot an außerfamiliären Kinderbetreuungsangeboten eine herausragende Rolle, nicht nur um die Geburtenrate und das Arbeitsangebot von Frauen zu erhöhen, sondern vor allem auch, um bestehende Ungleichheiten beim Bildungszugang und -erfolg zu verringern und so das durchschnittliche Qualifikationsniveau der nachkommenden Generationen zu verbessern.

Je stärker das Erwerbspersonenpotenzial sinken wird, desto wichtiger wird es, dass die verfügbaren Arbeitskräfte mit ihrem Qualifikationsprofil zu den Anforderungen der Gesellschaft und der Unternehmen passen. In ihrem Artikel „Arbeitsmarktbilanz bis 2025. Demografie gibt die Richtung vor“ prognostizieren Fuchs/Zika (2010), dass sich in Ost- und Westdeutschland die noch bestehende Differenz zwischen Angebot und Nachfrage bis zum Jahr 2025 verringern und die Unterbeschäftigung stark zurückgehen wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass „der projizierte Arbeitskräftebedarf auch tatsächlich gedeckt werden kann und es zu keinen größeren Stellenbesetzungsproblemen kommt“ (Fuchs/Zika 2010: 8). Die Autoren verweisen auf die Notwendigkeit stärkerer Bildungsanstrengungen in Deutschland, um das Qualifikationsniveau zu erhöhen und die Passgenauigkeit zwischen Nachfrage und Angebot zu verbessern. Dass diese Passgenauigkeit bereits aktuell nicht ausreichend besteht, hat Teil I dieser Dissertation (Kettner 2012) gezeigt.

Abbildung 2: Anteil der in Teilzeit beschäftigten Frauen an allen beschäftigten Frauen in den europäischen Ländern, 2010



Quelle: Eurostat (2011b), eigene Darstellung.

2 Erklärungsansätze für niedrige Geburtenraten

2.1 Veränderungen in der Kosten-Nutzen-Bewertung von Kindern

Entsprechend der ökonomischen Theorie der Fertilität von Becker ist die Entscheidung für oder gegen Kinder eine rationale Entscheidung auf Basis einer Kosten-Nutzen-Analyse (Becker 1993; 1960). Allerdings basieren seine Überlegungen auf dem traditionellen Familienbild, nach dem der Mann der Alleinernährer der Familie ist und die nicht erwerbstätige Frau sich um Haushalt und Kinder kümmert. Seit der zweiten demografischen Veränderung haben dieses Familienbild und die darin zum Ausdruck kommende geschlechtliche Rollenverteilung ihre Bedeutung zwar nicht gänzlich verloren, aber bei jüngeren Familien sind sie seltener anzutreffen. Die Veränderung des Wertesystems in der Gesellschaft, die Einführung der Antibabypille und die zunehmende Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen spielten dafür die entscheidenden Rollen (van de Kaa 2001; Lesthaeghe/Meekers 1986).

Die veränderten Wertevorstellungen werden in den Ergebnissen repräsentativer Befragungen zur Rolle von Werten und Einstellungen, wie beispielsweise der Population Policy Acceptance Study, deutlich.⁵ Zwar gaben die Befragten den Werten „Ehe/Partnerschaft“ und „Kindern“ wie schon in früheren Umfragen die höchste Priorität, mit deutlichem Abstand zu anderen Kategorien wie „genügend Einkommen“, „Zeit für eigene Interessen“ und „Respekt und Anerkennung außerhalb der Familie“. Allerdings bewerteten jüngere Befragte im Alter zwischen 20 und 39 Jahren diese anderen Kategorien deutlich höher als die älteren Befragten zwischen 40 und 65 Jahren (Dobritz/Lengerer/Ruckdeschel 2005).

Bei der individuellen Abwägung für oder gegen Kinder spielen diese Wertevorstellungen eine wichtige Rolle, denn die Realisierung von „genügend Einkommen“, „Zeit für eigene Interessen“ sowie „Respekt und Anerkennung außerhalb der Familie“ erfordert Lebensumstände, die mit einem Kind oder mehreren Kindern nicht ohne Einschränkungen umsetzbar sind. Im Vergleich zu älteren Generationen verfügen Frauen heute über einen deutlich höheren Bildungsstand (Statistisches Bundesamt 2010b). Unabhängig von einem männlichen Hauptverdiener können sie am Arbeitsmarkt Einkommen erzielen und ihr Leben unabhängig gestalten. Die ökonomische Theorie der Fertilität von Becker, die auch heute noch vielfach zi-

5 „Dialog – Population Policy Acceptance Study. The Viewpoint of Citizens and Policy Actors Regarding the Management of Population Related Change“ ist eine Befragung hinsichtlich der Einstellungen der Bevölkerung zum demografischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politikbereichen in 14 europäischen Ländern, darunter Deutschland. Sie wurde im Jahr 2003 unter jeweils 2.000 Personen in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Das Projekt wurde von der EU gefördert und vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung koordiniert, vgl. Dobritz/Lengerer/Ruckdeschel (2005).

tiert wird, verliert deshalb für den Großteil der jüngeren Bevölkerungsjahrgänge an Relevanz. Die gestiegene Bedeutung der oben genannten Werte für jüngere Frauen und Familien heißt auch, dass sich die Opportunitätskosten von Kindern beträchtlich erhöht haben. Für sie bedeuten Kinder relativ gesehen einen größeren Verzicht an Einkommen sowie an persönlicher Zeit und möglicher Anerkennung außerhalb der Familie, als es für ältere Generationen, insbesondere für die Frauen, der Fall war.

Gleichzeitig hat sich der Nutzen von Kindern für ihre Eltern in den letzten Jahrzehnten verringert. Er ist heute nur noch emotionaler Natur und besteht nicht mehr wie früher darin, das Familieneinkommen zu erhöhen und die Versorgung der Eltern im Alter zu sichern. Für die meisten Eltern wird der Grenznutzen von Kindern bereits nach dem ersten oder zweiten Kind negativ (Nauck 2001). Dies erklärt die vergleichsweise geringe Anzahl von Familien mit drei und mehr Kindern in der heutigen Zeit.

2.2 Vorübergehende Einkommensverringeringen durch Kinder

Üblicherweise unterbrechen Frauen ihre Erwerbstätigkeit für die Geburt von Kindern. Im Rahmen des gesetzlichen Mutterschutzes erhalten sie ab der sechsten Woche vor der Geburt und bis zum Ende der achten Woche nach der Geburt vom Arbeitgeber eine hundertprozentige Lohnfortzahlung. Danach können die Mütter oder Väter für maximal 14 Monate ein Erziehungsgeld beziehen, das 60 Prozent des früheren Nettolohnes beträgt, maximal 1.800 Euro monatlich (vgl. Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz – MuSchG) 2002 sowie Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) 2006).

Somit kommt es nach Ablauf von acht Wochen nach der Geburt zu einer Reduktion des Familieneinkommens, wenn die Mütter oder Väter ihre frühere Erwerbstätigkeit nicht oder nur mit geringerem zeitlichen Umfang wieder aufnehmen. Gleichzeitig steigt der finanzielle Bedarf der Familien durch ein (weiteres) Kind an. Perioden, in denen Kinder geboren und betreut werden, sind deshalb oft dadurch gekennzeichnet, dass der Konsum das Haushaltseinkommen übersteigt und die Familien auf Ersparnisse oder Kreditaufnahme zurückgreifen. Staatliche Transferzahlungen wie Elterngeld und Kindergeld können den Rückgang des Einkommens nicht vollständig ausgleichen.

Das entgangene Einkommen ist umso höher, je höher es vor der Erwerbsunterbrechung war und je länger die Erwerbsunterbrechung andauert. Kalwij (2003) zeigt mit Daten des niederländischen sozioökonomischen Panels, dass Familien diese Kosten antizipieren und dass die Höhe des vorhandenen Haushaltsvermögens Einfluss darauf hat, wann Kinder geboren werden. Die Ergebnisse sind ein Beitrag

zur Erklärung, warum Frauen Geburten in ein höheres Lebensalter verschieben: Erst wenn eine Familie über genügend finanzielle Mittel verfügt, erfolgt eine bewusste Entscheidung für Kinder.

2.3 Ausbildung und berufliche Etablierung als individuelle Lebensziele

Brose untersucht auf Basis des deutschen sozioökonomischen Panels für rund 6.000 westdeutsche Frauen die Einflussfaktoren auf die Zeitpunkte von Familiengründung und -erweiterung. Familiengründungen sind demnach viel stärker von Unsicherheiten beeinflusst als Erweiterungen (Brose 2008). Der Zeitpunkt des Übergangs zum ersten Kind ist vor allem von früheren wiederkehrenden und längeren Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit geprägt. Brose schreibt „Offenbar sind es die beruflich halbwegs sattelfesten Frauen, die den Schritt in die Familiengründung wagen“ (ebenda: 42). Die berufliche Etablierung ist für viele Frauen eine wichtige Voraussetzung für die Familiengründung. Darüber hinaus beeinflussen das Erwerbseinkommen des Partners und eine Vollzeitberufstätigkeit der Frauen vor der Geburt den Übergang zum ersten Kind positiv, was die Argumentation von Kalwij (2003) zur Bedeutung von Einkommen und Vermögen unterstützt.

Die Familienerweiterung wird Brose (2008) zufolge negativ durch eine vorherige Vollzeitbeschäftigung beeinflusst, was die Problematik der Vereinbarkeit von Vollzeitberufstätigkeit und Kinderbetreuung zum Ausdruck bringt. Eine Nichterwerbstätigkeit oder eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit vor der Familienerweiterung bedingen die Geburt weiterer Kinder dagegen positiv. Brose führt dies darauf zurück, dass Frauen ohne eigenes oder mit nur geringem Einkommen bei der Entscheidung über weitere Kinder keine oder nur geringe mögliche Einkommensverluste berücksichtigen müssen, wenn sie schon zuvor keiner oder nur einer geringen Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Ein weiteres Kind hat dann kaum zusätzliche negative Einkommenseffekte. Kurzfristige Schwankungen des Partnereinkommens haben laut Brose keinen Einfluss auf Familienerweiterungen, ein dauerhafter Rückgang des Partnereinkommens beeinflusst sie dagegen negativ. Auch dies unterstreicht die Bedeutung materieller Ressourcen für Familien.

Nicoletti/Tanturri (2005) untersuchen die Bedeutung des Bildungsniveaus und des Arbeitsmarktstatus für die zeitliche Verschiebung von Geburten. Sie verwenden dafür Daten des European Community Household Panels für zehn europäische Länder. Ihren Ergebnissen zufolge hängt die zeitliche Verschiebung mit dem Alter der Frauen bei Erreichen ihres Bildungsabschlusses und mit dem Zeitpunkt ihres Eintritts in den Arbeitsmarkt zusammen. Je früher Frauen ihren höchsten Bildungsabschluss erreichen und je früher ihr Eintritt in den Arbeitsmarkt erfolgt, desto eher

bekommen sie ihr erstes Kind. Auch dies bestätigt die Hypothese, dass Frauen sich zunächst am Arbeitsmarkt etablieren und Einkommen erzielen wollen, bevor sie sich für die Familiengründung und damit bewusst auch für (vorübergehende oder länger andauernde) Einkommensverluste entscheiden. Bei Akademikern dauert die Ausbildung aufgrund des längeren Schulbesuchs und des anschließenden Studiums besonders lange. Sie beginnen ihr Erwerbsleben und ihre Karriereentwicklung vergleichsweise spät und, ebenso wie die anderen Qualifikationsgruppen, häufig im Rahmen befristeter Arbeitsverhältnisse.

Unterscheidet man alle Neueinstellungen nach Geschlecht und Alter, so wird sichtbar, dass Frauen weit häufiger befristet eingestellt werden als Männer, vgl. Tabelle 2. Im Jahr 2010 erfolgten 51 Prozent aller Neueinstellungen von Frauen zwischen 16 und 67 Jahren befristet, bei Männern waren es 43 Prozent. Der Unterschied ist in allen Altersgruppen zu beobachten, außer bei jungen Menschen bis zum Alter von 24 Jahren.

Tabelle 2: Anteile der befristeten Neueinstellungen nach Alter und Geschlecht, 2006 und 2010

Alter	2006		2010	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
16–24	61 %	49 %	58 %	56 %
25–29	44 %	32 %	48 %	37 %
30–34	44 %	29 %	50 %	44 %
35–39	43 %	34 %	54 %	47 %
40–44	52 %	51 %	45 %	33 %
45–49	55 %	28 %	51 %	36 %
50+	67 %	46 %	51 %	45 %
Insgesamt	52 %	39 %	51 %	43 %

Quelle: IAB-EGS⁶, eigene Berechnung.

Bei der Einstellung jüngerer Frauen müssen Betriebe für die Zukunft mit Ausfallzeiten durch Mutterschutz und Elternzeit rechnen und mit dem Wunsch der Frauen, familienbedingt die Arbeitszeiten flexibler zu gestalten oder zu reduzieren. Das Risiko solcher zusätzlichen Kosten versuchen Betriebe durch befristete Einstellungen gering zu halten. Gegenüber 2006 hat sich die Situation für eingestellte Frauen im Durchschnitt weiter verschlechtert, der Anteil der Befristungen ist nochmals

6 IAB-EGS: IAB-Erhebung des Gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots. Für nähere Informationen zu dieser repräsentativen Betriebsbefragung vgl. Teil I dieser Dissertation (Kettner 2012) sowie Kettner et al. (2011).

angestiegen. In der Altersgruppe von 35 bis 39 Jahren (dem typischen Alter, in dem kleinere Kinder in der Familie leben), wurden im Jahr 2010 rund 54 Prozent aller Frauen befristet eingestellt. Auch bis zum Alter von 49 Jahren war der Befristungsanteil sehr hoch und lag zudem deutlich oberhalb des Anteils bei Männern dieser Altersgruppen.

Nur zum Teil dürften diese Unterschiede darauf zurückzuführen sein, dass Frauen häufiger als Männer in Beschäftigungsverhältnisse eingestellt werden, die der vorübergehenden Vertretung einer anderen Frau in Mutterschutz oder Elternzeit dienen und deshalb von vornherein befristet sind. Noch bewerten viele Betriebe die Einstellung von Frauen und das damit verbundene Risiko zusätzlicher Kosten ausschließlich in betriebswirtschaftlicher und kurzfristiger Perspektive, was für die Volkswirtschaft insgesamt aber negative Konsequenzen hat.

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen hat signifikanten Einfluss auf die Fertilitätsentscheidungen, wie Adsera auf Basis von Daten des European Community Household Panel zeigt (Adsera 2005a, 2005b). Sie untersucht für 13 europäische Länder den Einfluss der Beschäftigungsstabilität auf die Fertilität. Demnach hat lang andauernde Arbeitslosigkeit einen negativen Effekt auf Fertilitätsentscheidungen, während die Verfügbarkeit unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse und die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen sie positiv beeinflussen. Die Ergebnisse weisen auf die gesellschaftliche Bedeutung einer gestiegenen Unsicherheit für junge Menschen in Europa hin: Während ältere Arbeitnehmer häufig unbefristet beschäftigt sind und die Kosten ihrer Entlassung für Unternehmen sehr hoch sind (was die Wahrscheinlichkeit ihrer Entlassung reduziert), werden junge Menschen oft in befristete und damit instabile Beschäftigungsverhältnisse eingestellt, die Unternehmen unkompliziert wieder beenden können.

Die Erhöhung des Anteils befristeter Beschäftigung bzw. die Verringerung von Kündigungsbarrieren erhöht zwar die Dynamik am Arbeitsmarkt und kann so zur Senkung der Arbeitslosigkeit beitragen. Jedoch verursacht diese gestiegene Dynamik aufgrund der Anforderungen an die Flexibilität und Mobilität von Arbeitnehmern volkswirtschaftliche Kosten an anderer Stelle: Infolge einer höheren Unsicherheit hinsichtlich ihres zukünftigen Erwerbsverlaufs und des zukünftigen Erwerbseinkommens entscheiden sich junge Menschen seltener und später für eine Familiengründung. So besteht für Frauen, die ihre befristete Beschäftigung für die Betreuung eines Kindes im Rahmen der Elternzeit unterbrechen, dieses Arbeitsverhältnis unter Umständen nach der geplanten Rückkehr an den Arbeitsmarkt gar nicht mehr oder es besteht dann nur noch für kurze Zeit.

In diesem Zusammenhang ist die aus der Soziologie stammende biografische Theorie der Fertilität von Bedeutung. Sie betont, dass es sich bei der Entscheidung für Kinder um langfristige biografische Festlegungen handelt, die zukünftige

Handlungsoptionen der Eltern für längere Zeit einschränken und Pfadabhängigkeiten erzeugen (Birg 1992; Birg/Flöthmann/Reiter 1984). Die Biografie von Personen und insbesondere der Frauen ändert sich mit Familiengründung und -erweiterung nachhaltig, denn im Unterschied zu Konsumgütern können Kinder nicht wieder abgeschafft werden (siehe auch Brose 2008). Familiengründungen sind deshalb immer häufiger einem Abschluss der Ausbildung und der beruflichen Etablierung nachgelagert und Unsicherheiten über die weitere Einkommensentwicklung und den weiteren Status am Arbeitsmarkt (Risiko befristeter Beschäftigung, Risiko von Arbeitslosigkeit etc.) können die Geburt von Kindern verhindern oder zeitlich verschieben.

2.4 Langfristige Einkommensverringerungen und Karrierebrüche durch Kinder

Die Geburt eines (weiteren) Kindes ist häufig nicht nur vorübergehend, sondern auch langfristig mit Einkommensverlusten und Karrierebrüchen verbunden, da die Erwerbsarbeit häufig langfristig reduziert oder verändert wird. Damit verringern sich auch die zukünftig zu erwartenden Rentenansprüche beträchtlich. Betroffen sind überwiegend Frauen, denn nach wie vor unterbrechen oder reduzieren in Deutschland nur wenige Väter ihre Erwerbsarbeit.⁷

Geyer und Steiner zeigen in einem Vergleich von Dänemark, Deutschland, Italien und Großbritannien für Deutschland sowohl kurz- als auch langfristig die stärksten negativen Erwerbseffekte nach der Geburt von Kindern (Geyer/Steiner 2007). Sie betonen starke Pfadabhängigkeiten, weniger hinsichtlich der Beschäftigungsraten, als vielmehr hinsichtlich der Arbeitszeiten, die deutsche Mütter nach der Geburt von Kindern für sehr lange Zeit reduzieren.

So waren im Jahr 2007 von den rund sieben Mio. Müttern, die mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren im Haushalt lebten, nur 56 Prozent überhaupt erwerbstätig (bei den rund sechs Mio. Vätern lag der Anteil der Erwerbstätigen bei 86 Prozent) (Statistisches Bundesamt 2008a: 16). Eine Erklärung bietet dafür die Rolleninkompatibilitätshypothese. Ihr zufolge können nicht beide Rollen – die der Mutter und die der Einkommensbezieherin – gleich gut erfüllt werden: Mütter können sich im Falle von Erwerbstätigkeit ihren Kindern nicht in gleichem Maße widmen wie nichterwerbstätige Mütter. Am Arbeitsmarkt wiederum werden der

⁷ Aktuelle Umfragen belegen zwar, dass auch junge Väter ihre Arbeitszeiten gern reduzieren würden. In der Realität der Unternehmen sind Männer, die aufgrund ihrer Vaterschaft die Arbeitszeiten reduzieren oder längere Zeit die Erwerbstätigkeit unterbrechen, jedoch die Ausnahme. Ein Großteil der Väter (64 Prozent) gab in einer entsprechenden Befragung an, dass es die Betriebe nicht gern sehen, wenn Väter Elternzeit nutzen. 51 Prozent der Väter befürchteten berufliche Nachteile, falls sie sich dafür entscheiden würden (Institut für Demoskopie Allensbach 2010).

Umfang ihrer möglichen Erwerbstätigkeit und ihre Produktivität durch die Notwendigkeit, Kinder zu betreuen, eingeschränkt (Brewster/Rindfuss 2000).

Ein Ost-West-Vergleich zeigt beträchtliche Unterschiede im Erwerbsverhalten von Müttern, auch in Abhängigkeit vom Alter ihrer Kinder, vgl. Tabelle 3: Waren in Ostdeutschland 2009 rund 35 Prozent aller Mütter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig, so waren es in Westdeutschland nur 29 Prozent (Rübenach/Keller 2011: 332). Von diesen Müttern arbeiteten im Osten 51 Prozent in Vollzeit, im Westen nur 25 Prozent. Auch wenn das jüngste Kind zwischen drei und fünf Jahren alt war, waren Mütter in Ostdeutschland häufiger erwerbstätig und weit häufiger in Vollzeit beschäftigt. Die Rolleninkompatibilitätshypothese hat hier offensichtlich weniger Gültigkeit: Auch mit Kindern ist die Mehrheit der Frauen erwerbstätig und über alle Altersgruppen der Kinder hinweg zum Großteil in Vollzeit. In Westdeutschland ist dies in allen Kinderaltersgruppen die Ausnahme, maximal eine von vier Müttern ist hier in Vollzeit erwerbstätig. Im gesamtdeutschen Durchschnitt arbeiten insgesamt 70 Prozent aller erwerbstätigen Mütter in Teilzeit (ebenda: 333).

Bei Vätern macht sich das Alter ihrer Kinder hinsichtlich der Arbeitsmarkt-beteiligung und des Arbeitsumfangs kaum bemerkbar, siehe Tabelle 4. Sie reagieren in ihrem Erwerbsumfang kaum auf Familiengründungen oder -erweiterungen und sind somit nur selten von familienbedingten vorübergehenden oder gar langfristigen Einkommensreduktionen betroffen.

Tabelle 3: Erwerbstätigenquote und Vollzeiterwerbsquote von Müttern, 2009 und 1996

	Jüngstes Kind im Alter von ...	Erwerbstätigenquote der Mütter		Vollzeitquote der Mütter	
		Ostdeutschland	West- deutschland	Ostdeutschland	West- deutschland
2009	unter 3 Jahren	35,3 %	28,7 %	51,3 %	24,7 %
	3 bis 5 Jahren	65,5 %	58,0 %	50,5 %	18,5 %
	6 bis 9 Jahren	70,4 %	65,1 %	53,5 %	19,9 %
	10 bis 14 Jahren	71,4 %	70,1 %	57,9 %	25,0 %
	bis 18 Jahre	60,9 %	58,2 %	54,6 %	24,4 %
1996	unter 3 Jahren	32,5 %	25,6 %	68,0 %	43,4 %
	3 bis 5 Jahren	63,8 %	46,9 %	69,4 %	28,3 %
	6 bis 9 Jahren	75,3 %	58,1 %	75,6 %	30,9 %
	10 bis 14 Jahren	77,8 %	65,5 %	79,0 %	39,5 %
	bis 18 Jahre	69,5 %	50,5 %	76,7 %	37,5 %

Quelle: Rübenach/Keller (2011: 332), eigene Darstellung.

Tabelle 4: Erwerbstätigenquote und Vollzeitwerbsquote von Vätern, 2009

	jüngstes Kind im Alter von ...	Erwerbstätigenquote der Väter		Vollzeitquote der Väter	
		Ostdeutschland	West- deutschland	Ostdeutschland	West- deutschland
2009	unter 3 Jahren	77,9 %	81,7 %	89,7 %	94,0 %
	3 bis 5 Jahren	79,5 %	83,7 %	93,4 %	94,9 %
	6 bis 9 Jahren	81,4 %	84,4 %	93,4 %	94,9 %
	10 bis 14 Jahren	79,2 %	85,0 %	92,7 %	95,6 %
	bis 18 Jahre	79,3 %	83,6 %	92,4 %	94,4 %

Quelle: Rübenach/Keller (2011: 332), eigene Darstellung.

Die negativen Lohneffekte von Erwerbsunterbrechungen haben Beblo/Bender/Wolf (2006) anhand von Daten der Bundesagentur für Arbeit und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht. Es wurden zwei Gruppen von Frauen verglichen: Die eine Gruppe umfasste Frauen, die nach der Geburt von Kindern ihre Erwerbstätigkeit unterbrachen und anschließend in den vorherigen Betrieb zurückkehrten. Die andere Gruppe bestand aus Frauen in demselben Betrieb, die keine Kinder bekommen hatten und im Beobachtungszeitraum durchgängig erwerbstätig waren. Die Ergebnisse zeigen, dass die Löhne von Frauen mit Erwerbsunterbrechung nach der Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung um 16 bis 19 Prozent niedriger lagen als bei den durchgängig erwerbstätigen Frauen. Der Reallohn der Berufsrückkehrerinnen lag dabei kaum niedriger als vor der Unterbrechung. Der größte Teil des Unterschiedes resultierte stattdessen daraus, dass die durchgängig erwerbstätigen Frauen zwischenzeitlich Lohnerhöhungen durch Verhandlungen oder Aufstiege realisieren konnten.

Durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen verschlechtert sich häufig die berufliche Weiterentwicklung, wenn sie nicht sogar beendet ist. So zeigt Ziefle (2004) auf Basis des Sozioökonomischen Panels, dass sich die Karrierechancen von Frauen mit zunehmender Dauer der Erwerbsunterbrechung verringern und dass der negative Karriereeinfluss der Erwerbsunterbrechung auch mittel- und langfristig bestehen bleibt. Ziefle erklärt dies mit dem Signalmodell, demzufolge eine Entscheidung für eine Erwerbsunterbrechung von Arbeitgebern als Signal für geringe Karriereorientierung bewertet und in der Folge die arbeitgeberseitige berufliche Förderung reduziert wird (zum Signalmodell vgl. Stafford/Sundström 1996). Arbeitgeber bewerten Erwerbsunterbrechungen bei Frauen und Männern allerdings unterschiedlich. So zeigen Beblo/Wolf (2003), dass die negativen Lohneffekte von Erwerbsunterbrechungen bei Frauen größer sind als bei Männern und dass diese im weiteren Erwerbsleben bei Frauen sich kaum ausgleichen bzw. kaum abnehmen, wie es bei Männern der Fall ist.

Die Sorge vor langfristigen Einkommensverringierungen und Unsicherheiten hinsichtlich der beruflichen Entwicklung im Falle einer Familiengründung können die Entscheidung für oder gegen Kinder sowie die Entscheidung über den Zeitpunkt der Familiengründung stark beeinflussen. Dies machen auch die Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen deutlich. So sind der Population Policy and Acceptance Study zufolge die Sorgen über die Zukunft für das Kind, die Sorge vor sinkendem Lebensstandard und die hohen Kosten von Kindern wesentliche Gründe dafür, dass Frauen sich gegen ein (weiteres) Kind entscheiden (Dobritz/Lengerer/Ruckdeschel 2005: 37). In Ostdeutschland wurden von den Befragten vorrangig die Probleme junger Menschen, einen Arbeitsplatz zu finden, und die zu niedrigen Einkommen als Ursache für die Entscheidung gegen (weitere) Kinder angegeben. Die Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Situation im Haushalt sind hier aufgrund der schwächeren Arbeitsmarktlage noch stärker ausgeprägt als im Westen.

2.5 Steigendes Armutsrisiko durch Kinder

Die Geburt von Kindern und eine damit verbundene Erwerbsunterbrechung bzw. -reduktion können dazu führen, dass Familien finanziell in den Status der Armut gelangen. Staatliche Transferzahlungen, wie Elterngeld und Kindergeld, können eine Reduktion des Familieneinkommens nur zum Teil ausgleichen. Aber auch die Trennung vom Lebens- oder Ehepartner kann ursächlich dafür sein, dass ein Elternteil mit dem Kind/den Kindern in den Status der Armut fällt.

Der Anteil alleinerziehender Eltern hat in den letzten Jahren stark zugenommen (vgl. auch Abschnitt 1.1). Sie verfügen über besonders geringe Einkommen und sind überproportional häufig von staatlichen Transferzahlungen abhängig (Statistisches Bundesamt 2010a). Im Jahr 2005 waren Alleinerziehende mit 26 Prozent rund dreimal so häufig von Armut betroffen wie Familien mit zwei oder mehr Erwachsenen (Statistisches Bundesamt 2008a: 30 f.).⁸ Steigt die Zahl der Kinder auf drei oder mehr an, so erhöht sich die Armutsgefährdungsquote der Alleinerziehenden auf 42 Prozent. Bei Familien mit zwei oder mehr Erwachsenen steigt sie dagegen nur geringfügig auf 13 Prozent.

Hier sei bereits auf die Bedeutung von außerfamiliären Kinderbetreuungsmöglichkeiten hingewiesen, die in den folgenden Abschnitten vertiefend diskutiert wird. Sie beeinflussen das Armutsrisiko von Familien ganz entscheidend, denn von ihnen ist es abhängig, ob die Eltern trotz des Zusammenlebens mit Kindern eine

⁸ Die Armutsgefährdungsquote gibt dabei den Anteil der Bevölkerung an, der ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der gesamten Bevölkerung hat (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 29).

Erwerbstätigkeit aufnehmen und ein ausreichend hohes Erwerbseinkommen erzielen können oder nicht. Außerfamiliäre Betreuungsangebote können gerade für Alleinerziehende den nötigen zeitlichen Freiraum schaffen, um den Status der Armut wieder zu verlassen bzw. um nicht in diesen Status zu gelangen.

2.6 Fertilität und Erwerbsverhalten bedingen sich gegenseitig

Mishra/Nielsen/Smyth (2010) haben umfängliche ökonometrische Analysen durchgeführt, um die Frage zu beantworten: Beeinflusst das Erwerbsverhalten die Fertilitätsentscheidungen oder bestimmen Familiengründung oder -erweiterung das Erwerbsverhalten? Grundlage war ein Paneldatensatz der G7-Länder für die Jahre 1960 bis 2006. Die Ergebnisse belegen, dass die Geburtenrate einen kausalen negativen Effekt auf die Arbeitsmarktpartizipationsrate von Frauen hat, dass es umgekehrt aber auch einen kausalen negativen Einfluss der Erwerbstätigkeit auf die Fertilität gibt. Damit bestätigt sich zwar einerseits die Rolleninkompatibilitätshypothese. Andererseits aber verdeutlicht die Studie, welche Bedeutung eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit dafür hat, dass sowohl die Geburtenrate als auch die Frauenerwerbstätigkeit erhöht werden bzw. dass eine Ausweitung der Arbeitsmarktbeitilgung von Frauen nicht zu einem weiteren Rückgang der Geburtenrate führt.

Zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit diskutieren viele Studien die Notwendigkeit, die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze zu erhöhen und Änderungen im Steuersystem vorzunehmen (vgl. zahlreiche zitierte Studien in Schröder 2005). Für Deutschland wären Steuergesetzänderungen überaus wichtig. Sie sollten so gestaltet werden, dass im Ergebnis eine Arbeitsaufnahme auch für die zweite verdienende Person im Haushalt und auch bei geringerer Entlohnung bzw. geringer Stundenzahl attraktiv wird (vgl. auch Gutiérrez-Domènech 2005). Das bisherige Steuermodell ist mit den Möglichkeiten des Ehegattensplittings nicht entsprechend gestaltet und es benachteiligt die zunehmende Zahl alleinerziehender und nicht verheirateter Eltern, für die ein höherer Steuersatz gilt als für Verheiratete.

Viele Studien berücksichtigen jedoch im Rahmen ihrer empirischen Ansätze nicht, welchen Einfluss Kinderbetreuungsangebote in diesem Kontext haben können. Öffentlich geförderten Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen (einschließlich Kinderkrippen) kommt dabei die größte Bedeutung zu, denn nur wenige Eltern verfügen über regelmäßige Betreuungsmöglichkeiten innerhalb ihrer Familien oder können sich die Kinderbetreuung als private Dienstleistung einkaufen.

Häufig wird nur in den zusammenfassenden Schlussfolgerungen der Studien auf die Bedeutung von Betreuungsangeboten hingewiesen, ihr Einfluss ist aber selten modelliert. Ein Grund dafür ist, dass lange Zeit in den meisten Ländern kein

ausreichendes Datenmaterial für außerfamiliäre Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung stand. Auch in Deutschland gibt es erst seit 2004 regelmäßige und tiefer disaggregierte Daten. Zudem haben die Statistiken erst in den letzten Jahren eine hinreichende Qualität erreicht (vgl. Kolvenbach/Taubmann 2006). Ähnlich ist es in anderen europäischen Ländern (vgl. Eurostat 2011c).

Statt amtlicher Daten wurden deshalb meist die Ergebnisse repräsentativer Befragungen genutzt, um den Einfluss der Betreuungsangebote zu bestimmen. Für Deutschland wurden insbesondere Analysen auf Basis des Sozioökonomischen Panels durchgeführt.

Im Folgenden werden die folgenden Begriffe verwendet (vgl. auch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010a): *Kindertageseinrichtungen* bzw. *Kindertagesstätten* sind Sammelbegriffe für Institutionen zur Betreuung von Kindern aller Altersklassen bis zum Schulbeginn (oder sogar zur Nachmittags- bzw. Hortbetreuung in den ersten Schuljahren). Davon zu unterscheiden ist die *Kindertagespflege* für Kinder aller Altersklassen, die in privaten Wohnungen erfolgt. Unter den institutionellen Einrichtungen gibt es die *Kinderkrippen*, in denen ausschließlich Kinder bis zum dritten Lebensjahr betreut werden. Je nach Bundesland kann hier eine Betreuung ab dem Alter von einem Jahr erfolgen oder auch schon früher. *Kindergarten* ist ein Begriff, der heute seltener verwendet wird. Früher bezeichnete er Institutionen für Kinder zwischen drei und sechs Jahren bis zum Schuleintritt. Heute spricht man auch bei dieser Betreuungsform meist von Kindertageseinrichtungen oder Kindertagesstätten, denn zunehmend öffnen sich die Einrichtungen für eine Betreuung von jüngeren oder älteren Kindern.

3 Kurz- und langfristige Bedeutung staatlicher Investitionen in Kinderbetreuung

3.1 Effekte auf die Fertilität und das Arbeitsangebot von Frauen

Hank/Kreyenfeld/Spieß (2004) untersuchen auf Basis des SOEP⁹ den Übergang zum ersten Kind in Abhängigkeit von der regionalen Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen für die Jahre 1996 bis 2000. Dieser Zeitraum war in Ostdeutschland durch eine vergleichsweise hohe Zahl von Betreuungsplätzen je Kind und einen hohen Anteil an Ganztagsangeboten geprägt. So stand 1998 für alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren ein Betreuungsangebot zur Verfügung, 98 Prozent davon ganztags. Im Westen war für 87 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe ein Platz verfügbar, davon nur für 19 Prozent ganztags (Deutsches Jugendinstitut 2002, zitiert in Hank et al. 2004). Darüber hinaus war in Ostdeutschland für jedes dritte Kind bis zum Alter von drei Jahren ein Krippenplatz vorhanden, 86 Prozent davon in Ganztagsbetreuung. In Westdeutschland stand 1998 nur für 3 Prozent aller Kinder ein Krippenplatz zur Verfügung. Demnach gab es im Beobachtungszeitraum der Studie hier kaum nennenswerte Angebote für unter 3-Jährige und die Angebote für 3- bis 6-Jährige bestanden in der Regel in stundenweiser Betreuung ohne Essensversorgung der Kinder. Nur sehr wenige westdeutsche Eltern (weniger als 5 Prozent) haben Tagespflege als alternative Betreuungsform genutzt.

Die Ergebnisse der multivariaten Analysen von Hank/Kreyenfeld/Spieß (2004) zeigen, dass in Ostdeutschland eine hohe Versorgung mit Betreuungsplätzen in Kindergärten den Übergang zum ersten Kind beschleunigt hat. In Westdeutschland spielten die vorhandenen Betreuungsangebote dagegen keine Rolle. Hier hatte stattdessen die Verfügbarkeit informeller Betreuung einen Einfluss: Wenn die Großmutter im selben Kreis wohnte, zeigte sich bei westdeutschen Frauen ein früherer Übergang zum ersten Kind. Die Autoren schlussfolgern, dass in westdeutschen Regionen, in denen es kein oder nur ein sehr eingeschränktes Kinderbetreuungsangebot im Rahmen öffentlicher Einrichtungen gibt, zunächst ein gewisser Schwellenwert beim Angebot erreicht werden muss, bevor dieses überhaupt entscheidungsrelevant wird. So ermöglichen Halbtagsangebote ohne Essensversorgung den Müttern bestenfalls eine sehr eingeschränkte Erwerbstätigkeit: Bei einem Angebot von drei oder vier Stunden täglich müssen zusätzliche Hol- und Bringzeiten berücksichtigt werden, sodass insgesamt nur wenige Stunden für eine Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen.

9 SOEP: Sozioökonomisches Panel, für nähere Informationen siehe <http://www.diw.de/soep/>.

Ähnliche Schwellenwerte dürften auch bei der Qualität der Angebote relevant sein, wie später noch diskutiert wird. Erst wenn es eine ausreichende Anzahl von Plätzen gibt, deren pädagogische Qualität und organisatorische Gestaltung die Eltern überzeugen, finden die Angebote im Rahmen ihrer Kosten-Nutzen-Abwägungen Berücksichtigung und die Theorie der Rolleninkompatibilität verliert an Gültigkeit.

In einer ähnlichen Studie mit schwedischen Daten kommen Hank et al. (2004) zu dem Ergebnis, dass es in Schweden deshalb keinen signifikanten Einfluss der Kinderbetreuungsangebote auf die individuelle Fertilitätsentscheidung der Mütter gibt, weil das Niveau der Kinderbetreuung zum damaligen Zeitpunkt in Schweden bereits so hoch war, dass „Eltern ihre Entscheidung für oder gegen weitere Kinder im Vertrauen auf das Vorhandensein eines angemessenen öffentlichen Angebots treffen können“ (Hank et al. 2004: 55).

Beide Studien offenbaren die Schwierigkeiten, den Einfluss des öffentlichen Angebots an Kinderbetreuung auf die Fertilität empirisch zu bestimmen: Ist das Angebot flächendeckend sehr niedrig, ist es für Mütter bzw. Eltern nicht entscheidungsrelevant und zeigt keinen Einfluss in den empirischen Untersuchungen. Ist das Angebot flächendeckend ausreichend hoch (quantitativ und qualitativ), zeigt es ebenfalls keine Wirkung. Aus einer Nichtsignifikanz der Parameter kann jedoch nicht geschlossen werden, dass Betreuungsangebote keinen Effekt auf die Fertilität haben. Insbesondere ist dann kein Effekt messbar, wenn keine ausreichend starke regionale Variation der Betreuungsangebote vorliegt oder wenn die Angebote hinsichtlich ihrer qualitativen Merkmale statistisch nicht hinreichend erfasst sind.

Gleiches gilt für die Messung des Einflusses von Betreuungsangeboten auf das Erwerbsverhalten von Frauen. So konnten mehrere Studien für Westdeutschland keinen signifikanten Einfluss feststellen (Kreyenfeld/Hank 2000, 1999; Merkle 1994). Allerdings waren in diesen Studien sowohl die Betreuungsangebote als auch die Kennziffern zur Erwerbstätigkeit nur in stark aggregierten Variablen ausgedrückt. Im Unterschied dazu haben Spieß und Büchel auf Basis des Sozioökonomischen Panels nur Mütter in Westdeutschland berücksichtigt, deren jüngstes Kind im Kindergartenalter (Alter drei bis sechs Jahre) war (Spieß/Büchel 2003). Sie haben zwischen Halbtags- und Ganztagsangeboten auf Kreisebene unterschieden und nicht nur die Erwerbsbeteiligung der Mütter gemessen, sondern zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung differenziert und Effekte auf das Erwerbsvolumen untersucht. Die Analysen ergaben, dass eine höhere Versorgungsquote und ein höherer Anteil an Ganztagsbetreuung eine höhere Wahrscheinlichkeit für die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung der Mütter bedingt. Der Anteil der Ganztagsbetreuung beeinflusst die Wahrscheinlichkeit der Aufnahme einer Voll-

zeitbeschäftigung durch die Mütter positiv. Eine bessere Versorgung und mehr Ganztagsplätze erhöhen ihr Erwerbsvolumen.

Einige Studien untersuchen den Einfluss der Betreuungsangebote auf das Arbeitsangebot von Müttern in Zusammenhang mit den Kosten der Betreuung (z. B. Lefebvre/Merrigan 2008; Heckman 1974). Demnach haben die Kosten einen signifikant negativen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Mütter. Wrohlich (2006) zeigt für Deutschland, dass sich das Nettoeinkommen von Familien durch die Arbeitsaufnahme von Müttern meist nur gering erhöht, weil ihr zusätzliches Einkommen im Rahmen des Familieneinkommens sofort besteuert wird bzw. weil Alleinerziehende im Falle einer Arbeitsaufnahme einen Teil der zuvor bezogenen staatlichen Transferzahlungen nicht mehr erhalten. Für das Jahr 2002 bedeutete die Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung von rund acht Stunden pro Woche im Durchschnitt ein zusätzliches Nettohaushaltseinkommen von rund 230 Euro, bei einer Teilzeitbeschäftigung von 20 Stunden waren es 465 Euro und bei einer Vollzeitbeschäftigung im Durchschnitt 837 Euro pro Monat. Je nach den Kosten eines Betreuungsplatzes in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege kann sich trotz Vollzeiterwerbstätigkeit der Mutter das Haushaltseinkommen reduzieren, insbesondere wenn die Kinder jünger als drei Jahre sind und die Elternbeiträge zur Betreuung mehrere hundert Euro betragen.¹⁰

Aus statistischer Sicht besteht bislang bei allen Studien, die den Einfluss von Betreuungsangeboten auf die Fertilität oder das Erwerbsverhalten der Mütter untersuchen, ein Messproblem: Zum einen müsste neben der Zahl der verfügbaren Betreuungsangebote auch die Qualität dieser Angebote berücksichtigt werden. Kinderbetreuung ist eine „Vertrauensdienstleistung“, denn für die meisten Familien kann angenommen werden, dass ohne Vertrauen in die Qualität eines Angebots dieses – insbesondere bei sehr kleinen Kindern – nicht angenommen wird und auch nicht entscheidungsrelevant ist (Spieß 2005). Zum anderen prägen kulturelle und religiöse Zugehörigkeiten die prinzipielle Erwerbsneigung von Müttern (vgl. dazu Gutiérrez-Domènech 2005; Schröder 2005) und damit auch die Nachfrage nach Kinderbetreuung, was in empirischen Untersuchungen ebenfalls Berücksichtigung finden müsste.

Dennoch lassen die vorliegenden Forschungsarbeiten den Schluss zu, dass ein ausreichendes Angebot an qualitativ hochwertiger und an die Betreuungswünsche der Eltern angepasster Kinderbetreuung die Realisation von Kinderwünschen unterstützt und das Erwerbsverhalten von Müttern positiv beeinflusst. Der hohe Nut-

10 Dies ist bei der Ganztagsbetreuung von Kleinkindern häufig der Fall. Für die Betreuung von Kindern ab drei Jahren werden geringere Elternbeiträge erhoben. Aber auch hier spielen Kosten-Nutzen-Abwägungen bei der Nachfrage nach Betreuungsplätzen eine Rolle, insbesondere für Mütter und Väter, die am Arbeitsmarkt nur geringe Löhne erzielen können.

zen von Kinderbetreuungsangeboten aus Sicht der Eltern zeigt sich auch in den Ergebnissen repräsentativer Personenbefragungen, auf deren Basis Werte und Einstellungen der Bevölkerung untersucht werden, z. B. in der Population Policy and Acceptance Study (PPAS) von 2003¹¹, der Generation and Gender Survey (GGs)¹² aus dem Jahr 2005 und einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2010.¹³ In allen Umfragen brachte ein hoher Anteil der Befragten den Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Ausdruck, anders als in früheren Befragungen. Nicht mehr die direkten finanziellen Maßnahmen, wie direkte Zuschüsse an Familien oder niedrigere Steuersätze, hatten beispielsweise in der PPAS 2003 die größte Bedeutung für die Unterstützung von Familien, sondern es waren Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie ermöglichen. 90 Prozent aller Befragten wünschten sich flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern. 89 Prozent wünschten sich eine bessere Betreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schuleintritt, ebenso viele Befragte wünschten sich mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Frauen (Dobritz/Lengener/Ruckdeschel 2005: 41). Der Generations and Gender Survey kommt zu einem sehr ähnlichen Ergebnis, auch hier hat sich die Rangfolge der gewünschten Maßnahmen im Vergleich zu früher zugunsten von Teilzeitarbeitsplätzen und Angeboten der Kinderbetreuung verändert (Höhn/Ette/Ruckdeschel 2006).

Danach befragt, inwiefern die Verwirklichung dieser Wünsche dazu führen würde, dass die Umsetzung von Kinderwünschen erleichtert wird bzw. dass Kinderwünsche früher realisiert werden würden, zeigte sich in der PPAS-Befragung mehr als die Hälfte aller Befragten positiv gegenüber der Geburt eines (weiteren) Kindes eingestellt, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern würden (Dobritz/Lengener/Ruckdeschel 2005: 42). In dem zwei Jahre später durchgeführten GGS gaben 78 Prozent der befragten Frauen an, dass sie sich wahrscheinlich für ein (weiteres) Kind entscheiden würden, wenn die von ihnen gewünschten Maßnahmen umgesetzt werden würden (Höhn/Ette/Ruckdeschel 2006: 64). Auch wenn es sich nur um eine hypothetische Entscheidungssituation handelt, zeigen diese Anteile die hohe Bedeutung einer Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit für die Fertilität. Dabei waren je nach Familiengröße verschiedene Maßnahmen bedeut-

11 Vgl. Fußnote 5.

12 Der Generations and Gender Survey ist eine international vergleichende und repräsentative Bevölkerungsumfrage, die 2005 in Deutschland unter 10.000 Personen durchgeführt wurde, darunter ca. 5.000 Personen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren. Der Survey ist Teil des Generation and Gender Programms der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, vgl. Höhn/Ette/Ruckdeschel (2006).

13 Im Rahmen dieser repräsentativen Studie über Familienleben, Einstellungen zur Familie und die Rolle familienpolitischer Maßnahmen wurden im April 2010 insgesamt 1.814 Personen mündlich interviewt, vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2010).

sam: Größere Familien wünschten sich mehr finanzielle Unterstützung, während sich kleine Familien, darunter auch alleinerziehende Eltern, sowie Frauen mit hohem Bildungsgrad vor allem bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten wünschten.

Im Unterschied zu den beiden erstgenannten Studien wurde die jüngste Studie aus dem Jahr 2010 in einer Zeit durchgeführt, in der sich die Zahl der Betreuungsplätze in Kindertagesstätten in Westdeutschland im Vergleich zu früher bereits deutlich erhöht hatte, auch wenn sie nach wie vor nicht als ausreichend gelten kann (vgl. Abschnitt 4.4). Dafür spricht, dass erneut ein hoher Anteil der Befragten – insbesondere der befragten Mütter – Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie angab und einen Ausbau der Betreuungsangebote wünschte (Institut für Demoskopie Allensbach 2010). Insgesamt gaben 78 Prozent der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren an, dass der Schwerpunkt der Familienpolitik auf einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen sollte (ebenda: 8 f.). Rund die Hälfte aller jungen Eltern befürwortete dafür einen Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige (50 Prozent), einen Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen (50 Prozent), den kostenlosen Besuch von Kindergärten (50 Prozent) und eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten (59 Prozent). Rund 46 Prozent der Eltern und 45 Prozent der Gesamtbevölkerung sahen einen notwendigen Schwerpunkt der Familienpolitik in der Schaffung von Voraussetzungen dafür, dass in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden.

Als *unbedingte* Voraussetzung für die Geburt von Kindern betrachteten 56 Prozent aller Befragten unter 45 Jahren eine gute finanzielle Situation, 51 Prozent ein ausreichend hohes Familieneinkommen, 42 Prozent eine abgeschlossene Berufsausbildung für beide Partner und 27 Prozent die Zusicherung von Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder. Des Weiteren wurde danach gefragt, welche Bedingungen *möglichst* erfüllt sein sollten, bevor Kinder geboren werden. Weitere 40 Prozent der Befragten nannten hierfür eine gute finanzielle Situation, 41 Prozent ein ausreichend hohes Familieneinkommen, 39 Prozent eine abgeschlossene Berufsausbildung für beide Partner. 55 Prozent gaben an, dass Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sein sollten. Insgesamt spielt demnach bei 82 Prozent aller Eltern die Zusicherung von Betreuungsangeboten eine Rolle bei der Entscheidung über die Gründung oder Erweiterung einer Familie.

Die Befragungsergebnisse unterstreichen die Bedeutung der hohen Opportunitätskosten von Kindern, aber auch den Einfluss, den eine Verbesserung der Kinderbetreuung auf die Fertilität und auf die Erwerbsbeteiligung von Eltern haben kann. Im Folgenden werden die möglichen positiven Effekte von außerfamiliären Kinderbetreuungsangeboten differenziert diskutiert, wobei auch die Anforderungen an die Qualität in den Blick genommen werden.

3.2 Die Bedeutung von Betreuungsangeboten für die betreuten Kinder

3.2.1 Verringerung des Armutsrisikos und der negativen Auswirkungen von Armut

Eine Erhöhung des Familieneinkommens durch die Aufnahme oder Ausweitung der elterlichen Erwerbstätigkeit wird als Schlüssel bei der Bekämpfung von Kinderarmut betrachtet. Die OECD berechnet die Armutsquote von Kindern auf Basis des Anteils aller Kinder in Familien, die über weniger als die Hälfte des Medianeinkommens in der gesamten Bevölkerung des jeweiligen Landes verfügen. Unter den 30 untersuchten Ländern belegt Deutschland den 23. Platz. Demnach sind Kinder hier stärker durch Armut gefährdet als in vielen anderen Ländern, mit 16,3 Prozent liegt die Quote weit über dem Durchschnitt (OECD 2009: 35). Laut OECD investiert Deutschland zu wenig in die Bekämpfung von Kinderarmut über eine Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten für Eltern: Zwar wird ein überdurchschnittlich hoher Anteil des BIP für familienbezogenen Leistungen ausgegeben, aber unterdurchschnittlich wenig in Sachleistungen und in das Angebot von Kinderbetreuung investiert (siehe auch Bundesregierung 2008).

In den letzten Jahren hat sich die Armutsquote der Kinder in Deutschland erhöht. Zwischen 1996 und 2006 stieg sie sowohl bei Anwendung der 60-Prozent-Schwelle als auch bei Anwendung der 50-Prozent-Schwelle (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008a: 9). Auch die Betroffenheit von schwerer Armut, für deren Berechnung die 40-Prozent-Schwelle angelegt wird, hat sich in diesem Zeitraum (wenn auch nur leicht) erhöht. Dazu beigetragen hat vor allem die gestiegene Zahl von Alleinerziehenden und der Familien mit Eltern in prekären Erwerbssituationen.

Am höchsten ist das Armutsrisiko für Kinder in Familien, in denen kein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder die in den Regelbereich des SGB II fallen. In einigen Regionen Deutschlands trifft dies auf jedes dritte Kind zu, wie beispielsweise im Jahr 2010 in Sachsen-Anhalt, Berlin und Bremen, vgl. Tabelle 5 (Bertelsmann Stiftung 2011). Hier erhielten jeweils rund 38 Prozent aller Kinder, die jünger als sechs Jahre waren, Sozialleistungen nach dem SGB II, d. h. HartzIV-Geld oder Sozialgeld. In den ostdeutschen Bundesländern liegt die Quote im Allgemeinen höher als in Westdeutschland. Während im Osten im Durchschnitt jedes dritte Kind staatliche Transferzahlungen bezieht, bekommt in Baden-Württemberg und Bayern nur jedes zehnte Kind Sozialleistungen. Der Vergleich mit dem Jahr 2007 zeigt außerdem, dass seitdem der Anteil der Kinder im SGB-II-Leistungsbezug in der Mehrzahl der Bundesländer (diese sind in der Tabelle grau unterlegt) angestiegen ist. Nur

in wenigen Regionen gab es 2010 anteilig weniger Kinder im SGB-II-Leistungsbezug als drei Jahre zuvor.

Rund ein Drittel aller von Armut betroffenen Kinder verbleibt länger als drei Jahre in diesem Status (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008a: 17). Gelangt eine Familie in Armut, so bemühen sich die meisten Eltern zunächst darum, die Bedürfnisse der Kinder weiter zu erfüllen und sparen an der Erfüllung eigener Wünsche, wie Urlaub, Bildung oder Kultur. Dauert die Einkommensarmut jedoch länger an und liegen die staatlichen Transferzahlungen deutlich unterhalb des früheren Haushaltseinkommens, spüren auch die Kinder die ökonomischen, gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen. Obwohl Kinderarmut mit der Armut der Eltern verknüpft ist, stellt sie dennoch ein eigenes Phänomen dar: „Es sind – aufgrund der überdurchschnittlichen Kinderzahl bei Langzeitarbeitslosen – mehr Kinder als Erwachsene von Armut betroffen, und diese Betroffenheit hat für Kinder gravierendere Folgen. Sie reichen von Fehlernährung über mangelnde Körperpflege und sportliche Passivität bis hin zu einer unzureichenden Förderung der Sprach- und Intelligenzentwicklung“ (Schönig 2000: 20).

Tabelle 5: Anteil der Kinder im Alter unter sechs Jahren mit SGB-II-Leistungsbezug an allen unter 6-Jährigen, 2010 und 2007

	2010	2007
Sachsen-Anhalt	37,7 %	37,5 %
Berlin	37,6 %	41,5 %
Bremen	37,6 %	37,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	36,7 %	37,5 %
Brandenburg	30,1 %	31,3 %
Sachsen	29,8 %	31,3 %
Thüringen	28,9 %	29,7 %
Hamburg	25,8 %	27,4 %
Nordrhein-Westfalen	22,3 %	21,5 %
Saarland	22,0 %	21,1 %
Schleswig-Holstein	21,9 %	20,7 %
Niedersachsen	21,8 %	20,3 %
Hessen	18,5 %	18,3 %
Rheinland-Pfalz	16,9 %	16,0 %
Baden-Württemberg	11,8 %	11,1 %
Bayern	11,0 %	10,4 %

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2011), eigene Darstellung.

Auch im dritten Bericht der Bundesregierung zu Lebenslagen in Deutschland heißt es: „Armutsrisiken in Familien beschränken sich dabei nicht allein auf unzureichende finanzielle Mittel. Bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich zusätzlich Entwick-

lungsdefizite, Unterversorgung mit der Folge gesundheitlicher Probleme und soziale Benachteiligungen, etwa durch mangelnde Integration in der Schule und unter den Gleichaltrigen. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen gesundheitlicher Entwicklung (körperlich und seelisch) und materieller Versorgung. Ernährungs- und Gesundheitsverhalten sind beeinträchtigt: Je knapper die sozioökonomischen Ressourcen, desto schlechter ist auch die Ernährung“ (Bundesregierung 2008: 89).

Der Kinder- und Gesundheitssurvey des Robert-Koch-Instituts zufolge sind Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Sozialstatus mehr als doppelt so oft übergewichtig und knapp viermal so oft von psychischen Erkrankungen und Verhaltensauffälligkeiten betroffen wie Kinder mit mittlerem und hohem Sozialstatus. Kinder aus einkommensarmen Familien zeigen eine geringere körperliche Aktivität, haben häufiger Essstörungen und nehmen seltener an Krankheitsfrüherkennungsprogrammen teil (Lampert/Kurth 2007). Die Mehrzahl der Kinder mit Krankheiten und Gesundheitsstörungen stammen aus sozial benachteiligten Familien (Bundesregierung 2008: 107).

Allerdings sind nicht bei allen Kindern, die in einer einkommensarmen Familie aufwachsen, diese möglichen negativen Konsequenzen zu beobachten. Die Resilienzforschung untersucht, welche Faktoren die psychische Widerstandsfähigkeit von Kindern gegenüber biologischen, psychischen und psychosozialen Entwicklungsrisiken positiv beeinflussen (Balz 2008).¹⁴ Demnach sind das Vorhandensein sozialer und personaler Ressourcen in Form unterstützender sozialer Beziehungen und Netzwerke im Umfeld der Familie entscheidend dafür, ob es Kindern und Jugendlichen gelingt, sich trotz der schwierigen Familiensituation positiv zu entwickeln.

Qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote erfüllen hierbei eine wichtige Funktion: Neben der Verbesserung der Einkommenserzielungsmöglichkeiten für die Eltern bieten sie den Kindern Zugang zu sozialen Beziehungen, Netzwerken und Bildungsangeboten, die innerhalb der Familien in dieser Form nicht verfügbar sind (siehe auch Abschnitt 3.2.3 und 3.2.4). Dies betrifft nicht nur die Kinder einkommensschwacher oder anderweitig benachteiligter Eltern, sondern alle Kinder. Aber für erstgenannte sind die Angebote von noch größerer Bedeutung, denn sie können verhindern, dass vorliegende Belastungsfaktoren langfristig negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder haben bzw. sie können diese Auswirkungen verringern. So fördert eine gute Betreuung in Kindertagesstätten die Kinder z. B. auch über das Angebot an körperlichen Aktivitäten und durch regelmäßige und gesunde Mahlzeiten.

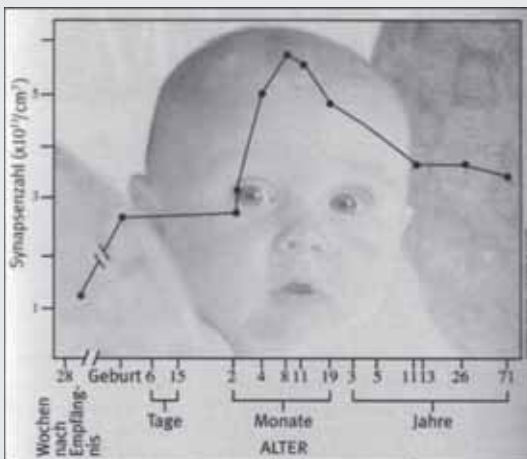
¹⁴ Unter Resilienz wird in der Psychologie die Fähigkeit verstanden, „Krisen im Lebenszyklus unter Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklung zu nutzen“ (Welter-Endering/Hildenbrand 2006: 13).

3.2.2 Unterstützung der geistigen und emotionalen Entwicklung, Förderung der Selbstproduktivität

Neuere Erkenntnisse aus der Hirnforschung belegen, dass vor allem die ersten Lebensjahre für die Entwicklung jedes Individuums von besonderer und lebenslanger Bedeutung sind. Nie wieder im späteren Lebensverlauf ist das Potenzial zur Entwicklung von Lernfähigkeit und Lernbereitschaft so hoch. Der Hirnforscher Gerald Hüther veranschaulicht dies anhand von Abbildung 3. Sie zeigt die Dichte der Synapsen im menschlichen Gehirn im Lebensverlauf. Synapsen sind Kontaktzellen zwischen Nervenzellen und anderen Zellen, die als Angebote für Netzwerkverbindungen im Gehirn betrachtet werden können. Um die Verbindungen herzustellen und damit bestimmte Reaktionen des Menschen zu erzeugen, ist ein sogenanntes Erregungs- oder Aktionspotenzial notwendig. Dieses muss wiederholt auftreten, damit sich Verbindungen stabilisieren (Hüther 2007a).

Am größten ist die Zahl der Synapsen am Ende des ersten Lebensjahres. Es steht dann eine sehr große Menge von Angeboten für Verbindungen zwischen Nervenzellen zur Verfügung. Kinder lernen in dieser Lebensphase sehr schnell sehr viele verschiedene Dinge, wenn sie dazu angeregt werden. Der größte Teil der synaptischen Angebote im menschlichen Gehirn wird nie genutzt, sondern verkümmert wieder, auch bei einem sehr hohen Erregungs- oder Aktionspotenzial. Nachgewiesen ist jedoch, dass das Potenzial für Netzwerkverknüpfungen im Gehirn nie wieder so hoch ist wie zu Beginn des Lebens. Ab dem Alter von 11 Jahren ist die Zahl der Synapsen wieder niedriger als im Alter von vier Monaten und bleibt dann bis zum Lebensende nahezu konstant.

Abbildung 3: Entwicklung der Zahl von Synapsen im menschlichen Gehirn im Lebensverlauf



Entnommen aus: Hüther (2007a).

Entscheidend für die Entwicklung der Verbindungen und ihre Stabilisierung ist, wie vielfältig das Gehirn der Kinder „aktiviert“ bzw. herausgefordert wird und welche Möglichkeiten Kinder haben, Erlerntes zu stabilisieren. Jede Erfahrung hinterlässt ihre Spuren im menschlichen Gehirn. Werden bestimmte Erfahrungen häufiger gemacht und sind die Reaktionen auf diese Erfahrungen ähnlich, so werden sie als Muster im Gehirn gespeichert. In vergleichbaren Situationen zu späteren Zeitpunkten werden diese Muster reaktiviert und das „erlernte“ Verhalten wird ausgeübt, beim späteren Schulbesuch, im Erwerbsleben und in der Kommunikation mit anderen Personen. Je nachdem, welche Verhaltensweisen bzw. Muster in der frühen Kindheit erlernt wurden, ist der Umgang einzelner Personen mit der gleichen Situation sehr unterschiedlich (vgl. auch Hüther 2009, 2007b).

Caspi/Roberts/Shiner (2005) geben einen Überblick über die psychologische Forschung zu der Frage, unter welchen Bedingungen bestimmte Persönlichkeitsmerkmale und Charakterzüge entstehen, durch die einzelne Personen sich voneinander unterscheiden. Sie folgen der Überlegung, dass Kinder und Jugendliche in der Art ihrer emotionalen, geistigen und körperlichen Entwicklung auf ihr unmittelbares Umfeld und dessen Verhalten reagieren. Je nachdem, ob ihr Umfeld aufgeschlossen, fördernd, ermutigend oder zurückhaltend, ängstlich oder aggressiv agiert, erlernen Kinder und Jugendliche, durch ihr eigenes „richtiges“ Agieren in diesem Umfeld zurechtzukommen. Die von den Autoren zitierten Studien zeigen, dass vor allem Merkmale wie Offenheit/Intellekt und die Art und Weise, wie Individuen soziale Kontakte aufnehmen und unterhalten, von der Entwicklung in der sehr frühen Kindheit bedingt werden. Diese Lebensphase spielt deshalb eine so besondere Rolle, weil sich hier auf Basis der ersten Erfahrungen Verhaltensmuster bilden, die im späteren Lebensverlauf oft beibehalten werden.

Auf Basis eigener Längsschnittuntersuchungen zeigen Caspi/Roberts/Shiner (2005), dass Erwachsene, die aktiv in ihren Bildungs- und Berufsverlauf investieren, die sich dafür anstrengen und deren Berufsleben erfolgreich verläuft, bereits in der Kindheit bestimmte Eigenschaften entwickelt hatten. Dafür war ihr unmittelbares Umfeld von großer Bedeutung. Werden Kinder von Erwachsenen mit positiven Einstellungen und Gefühlen ins Leben begleitet und lernen sie, aufmerksam und effizient an Aufgaben heranzugehen, so studieren sie später häufiger und erfolgreicher als Kinder, die ein weniger positives und stimulierendes Umfeld erlebt haben. Das Erleben positiver Emotionalität im Kleinkindalter ist der psychologischen Forschung zufolge eng mit dem Erlernen der Fähigkeit verbunden, komplexe Informationen effizient zu verarbeiten und Probleme kreativ zu lösen, eine Anforderung, die im modernen Arbeitsleben immer häufiger gestellt wird.

Die Entwicklung der Leistungsmotivation von Kindern ist eng mit dem elterlichen Erziehungsverhalten verknüpft, wie Holodynski (2006) anhand zahlreicher

zitatierter psychologischer Studien ausführt. Leistungsmotivation äußert sich in der Herausbildung bestimmter Emotionen und Handlungsweisen bei Erfolg oder Misserfolg im Bewältigen von Aufgaben, unabhängig von den unmittelbaren Handlungen Erwachsener. Diese Entwicklung findet gegen Ende des dritten Lebensjahres statt. Entscheidend für die Art der entwickelten Leistungsmotivation ist der Kontext, in dem ein Kind aufwächst, hierbei vor allem das Niveau der Leistungsanforderungen, der Anregungsgehalt der Umgebung und die unmittelbaren Reaktionen auf Erfolge und Misserfolge. Kinder können eine erfolgsorientierte Strategie erlernen, die mit ausdauerndem Leistungsverhalten und Stolz auf eigene Leistungen verbunden ist. Sie können aber auch eine misserfolgsorientierte Strategie erlernen, die auf Fehlschläge fokussiert und mit weniger Ausdauer verbunden ist. Kinder, die die zuletzt genannte Strategie erlernen, suchen sich selbst weniger anspruchsvolle Aufgaben, während Kinder mit einer erfolgsorientierten Strategie bewusst neue Herausforderungen suchen. Holodinsky (2006) erklärt, dass die Entwicklung von leistungsmotiviertem Handeln an die Präsenz einer wertschätzenden anderen Person gebunden ist. Diese Rolle übernehmen im Allgemeinen die Eltern bzw. die Familie, sie kann aber auch von Personen außerhalb der Familien, z. B. in Betreuungseinrichtungen, erfolgreich umgesetzt werden, um die Familien und die Entwicklung der Kinder zu unterstützen. Diese Kompensation ist ganz besonders für jene Kinder von Bedeutung, die solches Verhalten zuhause nicht erleben.¹⁵

Auch in der neueren ökonomischen Theorie wird die besondere Bedeutung frühzeitiger Bildung diskutiert. Von Cunha et al. (2006) wurde hierzu der Begriff der Selbstproduktivität eingeführt. Anhand einer Fähigkeitsproduktionsfunktion argumentieren die Autoren, dass Fähigkeiten und Kenntnisse, die ein Individuum zu einem frühen Lebenszeitpunkt erworben hat, Einfluss auf das Ausmaß an Fähigkeiten und Kenntnissen hat, das er/sie aktuell und in der Zukunft erwerben kann (vgl. auch Cunha/Heckman/Schennach 2010; Cunha/Heckman 2009, 2007).

Coneus (2010) beschreibt diesen Selbstproduktivitätseffekt so: „Kinder, die mit einem geringen Anfangsbündel an Fähigkeiten ausgestattet sind, werden, *ceteris paribus*, einen geringeren zusätzlichen Erwerb von Fähigkeiten in den nächsten Perioden erzielen als Kinder, die mit einem höheren Fähigkeitsbündel ausgestattet sind“ (Coneus 2010: 46). Sie untersucht den Effekt mit Daten des Sozioökonomischen Panels anhand von Geschwisterpaaren und verschiedenen Fähigkeitsmaßen. Dazu gehören nichtkognitive, motorische, soziale und Alltags-Fähigkeiten, deren Ausprägung bei den Kindern durch ihre Mütter bewertet wurde. Daneben fließen

¹⁵ Laut Bundesregierung (2008: 109) leidet rund die Hälfte aller Alleinerziehenden an psychischen Störungen, was zu großen Teilen aus der besonderen Belastung und möglichen finanziellen Schwierigkeiten resultieren dürfte. Betroffen davon sind mindestens anteilig auch die Kinder in diesen Familien. Sie können durch eine ergänzende stabile und erfolgsorientierte Förderung außerhalb ihrer Familien in ihrer Entwicklung unterstützt werden.

das Geburtsgewicht und das fötale Wachstum (Gramm pro Woche) in die Untersuchung ein. Unterstützung durch die Väter und der postnatale Gesundheitszustand der Mutter werden als Einflussfaktoren auf die Mutter-Kind-Beziehung berücksichtigt. Diese Beziehung hat Einfluss auf die Entwicklung des Kindes, ebenso wie elterliche Aktivitäten mit dem Kind, wie Vorlesen und der Besuch von Spielplätzen. Insgesamt sind in der Analyse sehr vielfältige Einflussfaktoren berücksichtigt.

Die Ergebnisse bestätigen die Selbstproduktivitätstheorie, trotz der Problematik einer möglicherweise nicht objektiven Einschätzung des kindlichen Fähigkeitsstandes. Die Autorin schließt sich den Schlussfolgerungen der oben zitierten Studien an und schreibt: „Da die Entwicklung von Fähigkeiten ein dynamischer Prozess ist, sind die kompensatorischen Maßnahmen, wie z. B. der Besuch einer Kita oder die Unterstützung der Familie umso erfolgreicher, je früher sie unternommen werden“ (Coneus 2010: 53).

In diesem Kontext steht auch die Unterstützung elterlicher Entscheidungen durch frühzeitige Information, Beratung und Begleitung der Eltern (vgl. Zieglmeyer 2010). Eltern haben bestimmte Erwartungen bzw. treffen bestimmte Entscheidungen bezüglich der weiteren Entwicklung ihrer Kinder, in Abhängigkeit von ihnen vorliegenden Informationen und eigenen Erfahrungen. Die kognitiven Fähigkeiten der Eltern spielen dabei eine wichtige Rolle. So agieren Personen mit geringen kognitiven Fähigkeiten eher in kurzfristiger Perspektive, was auch erklärt, warum Eltern aus bildungsfernen Schichten die langfristigen Konsequenzen von Bildungsentscheidungen für ihre Kinder weniger stark gewichten als Akademiker (Frederick 2005 zitiert in Zieglmeyer 2010). Fehlende Informationen können dazu führen, dass Eltern bestimmte Handlungsoptionen überhaupt nicht in Betracht ziehen (und so z. B. ihr Kind lieber auf einer Förderschule statt in eine normale Grundschule schicken oder mögliche ergotherapeutische oder logopädische Unterstützungsleistungen nicht in Anspruch nehmen). Eine Betreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen ermöglicht dem pädagogischen Personal Zugang zu den Eltern, gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien ist diese indirekte Form der Förderung wichtig.

3.2.3 Verbesserung von Chancengleichheit durch Zugang zu kulturellem Kapital

Kinderbetreuung außerhalb der Familien hat auch in Hinblick auf den Zugang zu kulturellen Ressourcen kompensatorischen Charakter, wenn die Betreuung an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet ist. Da der im Folgenden verwendete Kapitalbegriff und die damit in Zusammenhang stehende Theorie des Habitus aus der Soziologie stammen und in der Ökonomie eher weniger bekannt sind, werden ihre Grundzüge zunächst erläutert.

Die soziologische Bildungsforschung hat umfänglich nachgewiesen, dass strukturelle Ungleichheiten in der Gesellschaft Einfluss auf den Bildungserfolg von Kindern haben und dass sich Ungleichheiten in der Ressourcenausstattung der Familien in ungleichen Bildungschancen der Kinder widerspiegeln (Georg 2006; Allmendinger/Aisenbrey 2002; Müller 1998). Kinder beginnen ihr Leben mit ungleich verteiltem Startkapital. Sie werden anschließend im deutschen Bildungssystem gemäß ihrer sozialen Herkunft und gemäß der Verteilung der familiären Ressourcen über verschiedene Selektionsstufen hinweg so sortiert, dass sich die ungleiche soziale Verteilung weitgehend in der Verteilung ihrer Bildungsabschlüsse und der am Arbeitsmarkt ausgeübten Berufe reproduziert: Kinder aus einkommensschwachen und bildungsarmen Familien erreichen deutlich seltener das Abitur und nehmen seltener ein Studium auf als Kinder, deren Eltern über akademische Abschlüsse verfügen. Die Ursache liegt nicht darin, dass Kinder, die in einkommensschwachen und bildungsfernen Familien geboren werden, über eine geringere Intelligenz verfügen und weniger lernfähig sind. Stattdessen verfügen akademische Haushalte über ein wesentlich breiteres Spektrum an finanziellen, kulturellen und sozialen Ressourcen, die es den hier geborenen Kindern erleichtern, im deutschen Bildungssystem erfolgreich zu sein.

Dabei ist nicht nur das tatsächliche Vorhandensein oder Nichtvorhandensein dieser Ressourcen entscheidend, sondern auch die Erwartungen darüber. So haben zahlreiche Studien gezeigt, dass bei gleicher schulischer Leistung Kinder aus bildungsfernen Familien von ihren Lehrern seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten und auch von ihren Eltern seltener auf das Gymnasium geschickt werden als Kinder aus Akademikerhaushalten (vgl. Georg 2006). Sowohl die Lehrer als auch die Eltern selbst antizipieren, dass es diesen Kindern aufgrund fehlender oder geringer unterstützender Ressourcen aus ihren Familien ungleich schwerer fallen wird, in den nachfolgenden Schuljahren auf einem Gymnasium erfolgreich zu sein. Im Ergebnis treffen sie häufig eine Entscheidung für eine nicht gymnasiale Schulform und eine eher praxisorientierte Berufslaufbahn, auch wenn das bisher gezeigte Leistungsniveau objektiv ausreichend wäre, um das Kind für das Abitur und ein Hochschulstudium zu befähigen.

Bislang ist das deutsche Bildungssystem nicht in der Lage, solche ungleichen bzw. fehlenden Ressourcen zu kompensieren, weshalb in empirischen Untersuchungen der sozioökonomische Hintergrund der Kinder starken Einfluss auf ihren Bildungsweg und ihren Bildungserfolg hat. Dieser Zusammenhang ist eines der wichtigsten Ergebnisse der internationalen PISA-Studien, in denen in regelmäßigen Abständen das Leistungsniveau von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern sowie der Aufbau und die Funktionsweise der Schulsysteme zwischen den OECD-Ländern und zahlreichen Partnerländern verglichen werden (vgl. OECD 2010,

2007, 2006, 2004, 2000).¹⁶ Für Deutschland weist die OECD in ihren Publikationen seit Jahren darauf hin, dass das Leistungsniveau der Schüler überdurchschnittlich stark durch ihren sozioökonomischen Hintergrund bestimmt wird und dass die Bildungschancen sehr ungleich verteilt sind. Obwohl der sozioökonomische Hintergrund zwischen allen Schülern weniger stark variiert als in zahlreichen anderen Ländern, haben die bestehenden Unterschiede in Deutschland einen überdurchschnittlich hohen Einfluss auf die Schülerleistung (vgl. OECD 2010: 51 ff.) Die in den Familien vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Ressourcen spielen in Deutschland eine größere Rolle für individuellen Bildungserfolg als in den meisten OECD-Ländern.

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat sich intensiv mit den Zusammenhängen zwischen Herkunft und Bildungserfolg beschäftigt. Für ihn kommt dem Zugang zu Kapital, insbesondere zu kulturellem Kapital, eine herausragende Bedeutung bei der Erklärung unterschiedlicher Bildungschancen zu. Den Begriff des kulturellen Kapitals prägte Bourdieu in Zusammenhang mit seiner Habitus-theorie (vgl. Bourdieu 1983; Bourdieu/Passeron 1973). Er betrachtet die moderne Gesellschaft als eine Klassengesellschaft, in der Kapital unterschiedlich verteilt ist und in der der Zugang zu Kapital über die Platzierung eines Individuums im sozialen Raum entscheidet. Zu den grundlegenden Formen des Kapitals zählt er folgende:

- Ökonomisches Kapital (Einkommen, Gewinne, Vermögen, Besitz)
- Soziales Kapital (Zugang zu sozialen Netzwerken und Einbindung in soziale Beziehungen, die eine Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen zum Ausdruck bringen)
- Kulturelles Kapital (inkorporiertes kulturelles Kapital in Form von persönlichen Denk- und Verhaltensweisen sowie persönlicher Werteorientierung, korporiertes kulturelles Kapital in Form von Besitz von oder Zugang zu kulturellen Gütern wie Büchern, Kunstgegenständen, Musikinstrumenten, institutionalisiertes kulturelles Kapital in Form von Titeln)
- Symbolisches Kapital (Ansehen und Prestige einer Person innerhalb der Gesellschaft, sich ergebend aus dem Vorhandensein und Zusammenwirken der drei anderen Kapitalsorten)

Inkorporiertes kulturelles Kapital ist Bestandteil des Habitus jeder Person. Dieser Habitus kommt in der individuellen Form des Wahrnehmens, Denkens und Handelns zum Ausdruck und spiegelt die erlernte (aus Sicht der Familie weitergegebene) kulturelle Praxis wider. Bourdieu zufolge unterscheiden sich die Klassen in

¹⁶ Vergleichbare Studien für den erzielten Bildungserfolg vor Eintritt in das formale Schulsystem liegen weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene vor.

ihrer kulturellen Praxis und sie grenzen sich dadurch auch voneinander ab. Durch die kulturelle Praxis werden Klassenunterschiede sowohl aufrechterhalten als auch reproduziert.

Bourdieu (1987) schreibt:¹⁷

„Dafür, dass die soziale Ordnung sich fortschreitend in den Köpfen und Gehirnen der Menschen festsetzt, sorgen neben den mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen gegebenen unterschiedlichen und Unterschiede produzierenden Konditionierungsprozessen die der Sozialstruktur und deren strukturierender Wirkung zugrundeliegenden Ein- und Ausschließungen, die Vereinigungen (Heiraten, emotionale Bindungen, Zweckbündnisse etc.) und Trennungen (Unvereinbarkeiten, Brüche, Auseinandersetzungen, Kämpfe etc.), sorgen all die Rangordnungen und Klassifikationssysteme, die den – zumal kulturellen – Objekten, den Institutionen (wie der Schule) oder auch der Sprache eingebunden sind, dafür sorgen nicht zuletzt auch die Bewertungen, Urteile, Rangzuweisungen und Maßregelungen, die, in den alltagspraktischen Begegnungen gang und gäbe, von den eigens dafür eingerichteten Institutionen wie Familie und Schule aufoktroiert werden. Aus gesellschaftlichen Unterteilungen und Gliederungen werden das gesellschaftliche Weltbild organisierende Teilungsprinzipien. Aus objektiven Grenzen wird der Sinn für Grenzen, die durch Erfahrung der objektiven Grenzen erworbene Fähigkeit zur praktischen Vorwegnahme dieser Grenzen, wird der sense of one's place, der ausschließen lässt (Objekte, Menschen, Orte etc.), was einen selbst ausschließt“ (Bourdieu 1987: 734).

Der Habitus ist einer Person nicht angeboren, sondern entwickelt sich durch ihre Interaktionen im sozialen Raum und durch das Vorhandensein von bzw. den Zugang zu Kapital. Laut Bourdieu beeinflusst vor allem der Zugang zu kulturellem Kapital den Habitus einer Person: Steht im Elternhaus kein kulturelles Kapital zur Verfügung, so erhalten Kinder keinen Zugang zu Hochkultur (Literatur, Theater, Kunst). Sie können sich weder in ihrer Kindheit, noch später im Erwachsenenleben über Themen der Hochkultur austauschen.¹⁸ Innerhalb des institutionalisierten Schulsystems wird diese Benachteiligung Bourdieu zufolge nicht aufgehoben, sondern weiter verstärkt. Hier kann kulturelles Kapital oft nur von den Kindern aufgenommen werden, bei denen die Basis dafür (Interesse, Wertschätzung, kulturelle Praxis) bereits vorher angelegt war und die bereits einen gewissen (kulturellen) Habitus herausgebildet haben. Wie die Hirnforschung zeigt, werden vor allem in den ersten Lebensjahren Denk- und Verhaltensmuster entwickelt, die ein Leben

¹⁷ Es handelt sich hier tatsächlich um ein Zitat von Bourdieu. Wortwahl und Satzbau wurden wie im Original zitiert.

¹⁸ In empirischen Studien wird kulturelles Kapital über kulturelle Aktivitäten (Lesen, künstlerische und kulturelle Aktivitäten), den Zugang und die Nutzung von Informationen über Kultur, Literatur, Kunst, Musik, die Herausbildung von Einstellungen und Interessen zu kulturellen Fragen und Themen und die Verfügbarkeit bildungsrelevanter Ressourcen wie Bücher, Stifte, Theaterbesuche etc. operationalisiert, vgl. Georg (2006).

lang wirksam sind (Hüther 2007a). Kulturelles Interesse gehört dazu, wofür der frühzeitige Zugang zu kulturellem Kapital Voraussetzung ist.

Das Nicht-Zusammen-Passen des Habitus der Kinder aus bildungsfernen und kulturarmen Familien mit dem Habitus, der die Institution Schule kennzeichnet, ist laut Bourdieu eine Erklärung für den geringeren Bildungserfolg bzw. die geringeren Bildungsaufstiege von Kindern und Jugendlichen aus niedrigen sozialen Milieus. Der Umgang mit Hochkultur ist wichtiger Bestandteil der oberen Schichten, die wiederum die Ausprägung der Institution Schule wesentlich bestimmen: Innerhalb der Schulen gelten während der Weitergabe des institutionalisierten kulturellen Kapitals bestimmte Verhaltensnormen und es gibt unausgesprochene Erwartungen an den Habitus der Kinder und Jugendlichen. Die Lehrenden, die diese Verhaltensnormen und Erwartungen definieren, stammen häufig selbst aus höheren sozialen Statusgruppen und pflegen deshalb oft einen anderen Habitus als Schüler, Studierende oder Eltern aus niedrigen sozialen Milieus. Die Institution Schule verkörpert laut Bourdieu Werte, Normen und Leistungserwartungen, die die Interessen der höheren Schichten widerspiegeln,¹⁹ gleiches gilt für die akademische Hochschulbildung.²⁰

Der Zugang zu kulturellem Kapital und die Verinnerlichung kulturellen Wissens, einschließlich Geschmacksfragen und Benehmen, sieht er als Voraussetzung für Erfolg im Bildungssystem. Seine Überlegungen werden durch zahlreiche Studien belegt, unter anderem zum Studierverhalten und zum Studienerfolg von Studierenden aus Akademikerfamilien und Studierenden aus Nicht-Akademikerfamilien (Lange-Vester/Teiwes-Kügler 2006; Bülow-Schramm/Gerlof 2004). Letztere scheitern vor allem deshalb häufiger am deutschen Universitätssystem, weil sie die hier übliche akademische Sprachweise und den hier üblichen Habitus nur mühsam verstehen, sich mit ihrem eigenen Habitus nur schwer in der Institution Hochschule zurechtfinden und sich während des Studierens eher unwohl fühlen. Studierende mit akademisch gebildeten Eltern dagegen haben den akademischen Habitus von Kindheit an „beim täglichen Abendbrot“ mit den Eltern erlernt. Ihnen sind der Umgang mit anderen Studierenden aus akademischen Schichten, deren Habitus und kulturelle Interessen sowie der Umgang mit dem akademischen Lehrpersonal bereits vertraut, wenn sie in das Hochschulsystem eintreten.

Für Kinder, die in ihren Familien wenig Zugang zu kulturellem Kapital haben, bedeutet Bildung Bourdieu zufolge immer auch Akkulturation. Für sie geht es in den Schulen und Universitäten nicht nur darum, bestimmte formale Leistungen zu

19 Bourdieu zufolge besteht dieses Interesse keinesfalls in einer sozialen Öffnung der Bildungseinrichtungen, sondern im Erhalt der Exklusionsmechanismen zur Bedienung der Interessen höherer Schichten.

20 de Graaf/de Graaf schreiben dazu: „Bourdieu fasst höhere Bildungsformen als eine Umgebung auf, in der sich Kinder hoher sozialer Herkunft zuhause fühlen, während Kinder mit niedrigem sozialem Status das Schulsystem lieber relativ früh verlassen“ (de Graaf und de Graaf 2006: 149).

zeigen, sondern sie müssen außerdem bzw. zuallererst eine kulturelle Anpassungsleistung erbringen, um die geltenden Denkweisen, Verhaltensregeln und Erwartungen der Bildungsinstitutionen und der Lehrenden verstehen zu können. Sie müssen sich in einem System, das ihnen nicht vertraut ist und nicht ihren in der Familie erlernten Verhaltensweisen entspricht, zurechtfinden; gleichzeitig aber, parallel zu den anderen Kindern aus höheren Schichten, die geforderten formalen Leistungen erbringen.²¹

Erweitert man den Begriff des kulturellen Kapitals um den Begriff des ethischen Kapitals, so lässt sich ableiten, dass Kinder höchst unterschiedliche und oft multiple Anpassungsleistungen erbringen müssen, wenn sie im Bildungssystem erfolgreich sein wollen. Bislang kann das deutsche System bestehende soziale, kulturelle und ethische Ungleichheiten nicht ausgleichen. Diese werden beim Übergang zwischen den verschiedenen Bildungsstufen eher verstärkt.

Außerfamiliäre Betreuungsangebote in Kindertagesstätten (einschließlich Kinderkrippen) können den Kindern (und partiell auch ihren Eltern) bereits sehr frühzeitig, noch vor ihrem Eintritt in das formale Schulwesen, Zugang zu kulturellem Kapital schaffen und damit zum Abbau systemimmanenter Bildungs- und Aufstiegsbarrieren beitragen. Bereits in den ersten Lebensjahren kann hier *allen* betreuten Kindern kulturelles Kapital vermittelt werden, unabhängig von ihrem familiären Hintergrund oder ihrer Herkunft. Betreuungsangebote verschaffen Zugang zu unterschiedlicher kultureller Praxis aus verschiedenen sozialen Milieus: Durch den spielerischen Austausch untereinander lernen die Kinder unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem Habitus das Verhalten anderer Schichten kennen und werden mit ihnen vertraut. So verändert sich quasi spielerisch ihr eigener individueller Habitus, indem sie gegenüber den Denk- und Verhaltensweisen von Kindern und Personen aus anderen Schichten offener werden.

Über die Verfügbarmachung von kulturellem Kapital, das über das „übliche“ milieuspezifische Kapital der Kinder und ihrer Eltern hinausreicht, kann die Gesellschaft so schon sehr frühzeitig Einfluss darauf nehmen, dass beispielsweise Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien und Kinder mit Migrationshintergrund weniger häufig in ihren traditionell unteren „Bildungs“-Schichten verbleiben und dass sich auch ihre Eltern für milieu-untypische Wege und für Bildungsaufstiege ihrer Kinder entscheiden.

21 Daraus lässt sich beispielsweise die Forderung an die Universitäten und die Professoren ableiten, Studierende aus bildungsfernen Schichten besser in das Universitätssystem einzuführen und ihre nichtakademisch geprägten Lern- und Verhaltensweisen nicht nur zu tolerieren, sondern diese bei der Form der Wissensvermittlung explizit zu berücksichtigen. Dies wiederum bedeutet eine Akkulturationsleistung aufseiten der Lehrenden. Mindestens bei den nachfolgenden Wissenschaftlergenerationen sollte sie zentraler Bestandteil der Vorbereitung auf eine Professorenkarriere und neben der wissenschaftlichen Exzellenz als Voraussetzung für eine Professorenposition an einer Universität oder Fachhochschule sein.

3.2.4 Verbesserung der Chancengleichheit durch Einbindung in soziale Netzwerke

Außerfamiliäre Betreuungsangebote bieten nicht nur Zugang zu kulturellem Kapital, sondern auch Zugang zu sozialen Netzwerken, die Kinder in ihrer Entwicklung fördern. Das Netzwerk eines jeden Individuums besteht aus der Gesamtheit von Personen, zu denen es Beziehungen hat. Diese kommen in unterschiedlicher Frequenz mit der Referenzperson in Kontakt und haben innerhalb des Netzwerkes unterschiedliche Rollen und funktionale Bedeutungen, im Kindesalter ebenso wie bei Erwachsenen. Die Psychologie sieht ihre besondere Rolle in der Entwicklung sozialer Kompetenzen, die Voraussetzung für erfolgreiches Agieren in persönlichen Beziehungen und im Arbeitsleben sind (Laireiter/Lager 2006).

Die Grundlagen sozialer Kompetenzen werden im frühen Kindesalter durch das Erleben positiver und unterstützender Beziehungen gelegt. Kinder erlernen soziales Agieren in ihrem unmittelbaren Umfeld, indem sie verschiedene Arten von Beziehungen erleben, beobachten und daran teilhaben. Eltern und Geschwisterkinder spielen in diesem Lernprozess eine wichtige Rolle. Doch auch stabile Beziehungen außerhalb der Familie beeinflussen die Entwicklung des Sozialverhaltens und die Art des Umgangs mit Gleichaltrigen, insbesondere bei Einzelkindern.²²

Laireiter/Lager (2006) unterscheiden in ihrer Studie zwischen belastenden und unterstützenden Beziehungen für ein Kind. Sie argumentieren, dass belastende Beziehungen sehr schädlich für die Entwicklung eines Kindes sein können, dass jedoch bei Vorhandensein eines positiven sozialen Selbstkonzepts, das sich aus der Verfügbarkeit von Vertrauenspersonen und Freunden ergibt, „eine Art Puffer oder Präventionsfaktor gegenüber belastenden und konflikthafter Beziehungen“ entsteht (Laireiter/Lager 2006: 77). Der Zugang zu unterstützenden Netzwerken im Rahmen außerfamiliärer Betreuungsangebote sowie der Aufbau stabiler und fördernder Beziehungen zum Betreuungspersonal und zu anderen Kindern kann die Resilienz benachteiligter Kinder stärken, hat aber darüber hinaus für alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft – eine große Bedeutung für die Entwicklung sozialer Beziehungen und sozialen Verhaltens.

3.3 Langfristige Effekte auf den individuellen Bildungserfolg

Einige empirische Untersuchungen beschäftigen sich mit der Messung der langfristigen Effekte, die der Besuch von Kindertageseinrichtungen auf den Bildungserfolg von Kindern hat. Insgesamt ist die Anzahl dieser Untersuchungen jedoch gering.

²² Jedes vierte Kind in Deutschland wächst ohne Geschwister auf (Statistisches Bundesamt 2011d: 13).

Dies liegt vor allem daran, dass es bis vor wenigen Jahren kein ausreichend differenziertes Datenmaterial zum Angebot bzw. zur Nutzung von Betreuungsangeboten in Deutschland gab. Es existiert kein repräsentativer Längsschnittdatensatz, der es erlaubt, Individuen von früher Kindheit an über mindestens zwei Jahrzehnte hinweg zu beobachten, und in dem ausreichend differenzierte Informationen über den Besuch von Einrichtungen und ihre Qualität enthalten sind. Darüber hinaus müssten Merkmale der Familie und des Umfeldes erfasst sein, um die langfristigen Bildungs- und Arbeitsmarkteffekte von Betreuungsangeboten messen und statistisch valide von anderen Einflussfaktoren abgrenzen zu können.

Das Sozioökonomische Panel hat in früheren Jahrzehnten zumindest in einigen Befragungsjahren Merkmale zum Besuch von Kindertageseinrichtungen erfasst. Sie beinhalten keine Informationen zur Qualität der Angebote und vernachlässigen damit eine entscheidende Wirkungskomponente. Dennoch liefern die darauf basierenden Studien wichtige Hinweise auf die positiven Effekte. So haben Büchel/Spieß/Wagner (1997) mit Daten für Westdeutschland untersucht, ob der Besuch eines Kindergartens (Einrichtungen für Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren) die Bildungschancen in Form der Zuweisung zu den unterschiedlichen Schulformen beeinflusst. Anhand einer Probit-Analyse konnten sie zeigen, dass bei Kindern mit Migrationshintergrund die Wahrscheinlichkeit des Besuchs der Hauptschule durch einen Besuch des Kindergartens signifikant verringert wurde. Sie leiten daraus eine kompensatorische Funktion des Kindergartenbesuchs für diese Kinder ab. Zentral dürften dabei der Zugang zu kulturellem Kapital und der Erwerb von Sprachkenntnissen sein. Aber auch bei ausschließlicher Betrachtung von Haushalten mit deutschen Haushaltsvorständen zeigte sich in dieser Studie, dass die typischen Variablen zur Erklärung des Schulerfolgs von Kindern, z. B. das Haushaltseinkommen und der Bildungsstand der Eltern, an Erklärungsgehalt verlieren, wenn der Kindergartenbesuch in die Analyse aufgenommen wird. Auch Kinder ohne Migrationshintergrund gingen seltener auf eine Hauptschule, wenn sie früher einen Kindergarten besucht hatten.

Landvoigt/Mühler/Pfeiffer (2007) führten ebenfalls auf Basis des Sozioökonomischen Panels eine Studie für Westdeutschland durch. Sie konnten – was zunächst überrascht – keinen statistisch signifikanten Einfluss des Kindergartenbesuchs auf die Wahrscheinlichkeit für den Besuch des Gymnasiums zeigen. Signifikant negativ war jedoch der Einfluss eines ganztägigen Besuchs im Vergleich zum Halbtagsbesuch. Als mögliche Erklärungsansätze diskutieren die Autoren die lange Trennung der Kinder von den Eltern im Falle von Ganztagsbetreuung. Dies könnte die kindliche Entwicklung negativ beeinflussen. Auch mögliche Qualitätsunterschiede zwischen Halbtags- und Ganztagsplätzen könnten das Ergebnis erklären. So fanden in den untersuchten Fällen die Halbtags- und die Ganztagsbetreuung üblicherweise

in der gleichen Einrichtung statt und meist gab es am Nachmittag bei Ganztagsplätzen keine besonderen pädagogischen Angebote mehr. Am Nachmittag konnten die Kinder also weniger von einer außerfamiliären Betreuung profitieren als am Vormittag.

Vor allem besuchten Kinder aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund ganztägig den Kindergarten. Die Autoren schreiben „Children attending full-day care seem to stem more often from foreign, low-educated and low-income parental backgrounds. The negative results for full-day attendance when controlling for those characteristics could be an indication that full-day kindergarten attendance does not compensate enough for the missing educational stimulation at home. One explanation might be that the quality of kindergarten is not sufficient.“ (Landvoigt/Mühler/Pfeiffer 2007: 15). Einflüsse aus den Familien und aus dem weiteren Umfeld der Kinder, die hier nicht erfasst wurden, dürften ebenfalls Erklärungsgehalt haben bzw. müssten vom Einfluss der Betreuung abgegrenzt werden. So ist zu vermuten, dass die in dieser Studie beobachteten ganztags betreuten Kinder über deutlich geringere Unterstützung durch ihre Eltern und durch soziale Netzwerke verfügten (vgl. dazu Abschnitt 3.2.4).

Kratzmann/Schneider (2009) zeigen, dass bei Kindern aus bildungsfernen Haushalten ein frühzeitiger Eintritt in einen Kindergarten das Risiko verringert, dass der Schulbeginn zurückgestellt wird. Solche Rückstellungen werden veranlasst, wenn die Schulfähigkeit eines Kindes von der zuständigen Grundschulleitung oder einem Amtsarzt als nicht ausreichend eingeschätzt wird. Bereits beim Schulbeginn bestehen soziale Ungleichheiten: Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus Familien mit niedrigem sozialem Status werden häufiger zurückgestellt als andere Kinder (vgl. Böhm/Kuhn 2000; Tischler/Kisseler/Trabert 2002). Bei Kindern mit Migrationshintergrund sind es vor allem Defizite in der Kenntnis der deutschen Sprache, die zu schlechterem Abschneiden bei Leistungsvergleichen und zu einer zeitlichen Verschiebung der Einschulung führen (Esser 2006). Kinder aus sozial benachteiligten Familien zeigen häufiger Gesundheitsstörungen und Auffälligkeiten als Kinder aus Familien mit höherem Sozialstatus und bedürfen deshalb – ebenso wie Kinder aus Migrationsfamilien – eigentlich einer besonderen Förderung bereits frühzeitig vor dem Schulbeginn (Elsässer 1998; Janus/Duku 2007). Kratzmann/Schneider (2009) argumentieren, dass ein früher Kindergartenbesuch hohe kompensatorische Effekte hat und den individuellen Bildungserfolg erhöht. In ihrer Studie lag die Wahrscheinlichkeit für eine Rückstellung von Kindern, deren Eltern über keinen Bildungsabschluss verfügten, in Westdeutschland bei über 50 Prozent, wenn der Kindergarteneintritt erst spät erfolgte. Bei Kindern, die ab dem Alter von drei Jahren einen Kindergarten besuchten, lag die Wahrscheinlichkeit dagegen bei weniger als 20 Prozent. Die Autoren schlussfolgern, dass primäre Herkunftseffekte

durch einen Kindergartenbesuch kompensiert werden können, wobei sich eine längere Dauer des Besuchs besonders positiv auswirkt.

Die Autoren heben die Bedeutung der sozialen Selektivität des Kindergartenbesuchs hervor. So nutzen Eltern aus Familien mit höherem Bildungs- und Sozialstatus häufiger eine frühe Kindergartenbetreuung, während Kinder aus benachteiligten Familien die Einrichtungen erst spät oder gar nicht besuchen. Die Entscheidung für oder gegen eine Betreuung bedeutet laut Kratzmann und Schneider immer auch eine Entscheidung für oder gegen eine besondere Förderung der Kinder.

Allerdings liegt die Entscheidung nicht nur bei den Eltern. In den meisten westdeutschen Bundesländern besteht noch immer kein Anspruch auf eine Betreuung von Kindern unter drei Jahren, wenn die Eltern nicht erwerbstätig sind (Bertelsmann Stiftung 2011). Bei der unzureichenden Zahl von Betreuungsplätzen für Kleinkinder setzt sich die soziale Selektivität bei der Vergabe der wenigen Plätze bis heute fort. Auch ab dem Alter von drei Jahren ist die Inanspruchnahme eines ganztägigen Betreuungsangebots in vielen Bundesländern an eine Vollzeitberufstätigkeit oder Ausbildung der Eltern geknüpft, anderenfalls besteht nur ein Anspruch auf eine Betreuung von ca. vier Stunden täglich (ebenda). Gerade die Eltern der Kinder aus bildungsfernen Schichten sowie Eltern mit Migrationshintergrund sind aber seltener vollzeitbeschäftigt bzw. sie sind häufiger als akademisch gebildete Eltern arbeitslos oder nicht erwerbstätig. Auch dürften sie weniger gut über die Betreuungsmöglichkeiten, deren positiven Effekte und über die erforderlichen Formalitäten Bescheid wissen.

Die soziale Selektion bei der Vergabe und der Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten zeigt sich beispielhaft am Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund: Er liegt bei den unter 3-Jährigen bei etwa 10 Prozent, während von allen Kindern ohne Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe rund 25 Prozent betreut werden (Böttcher/Krieger/Kolvenbach 2010: 161 f.). In der Altersgruppe von drei bis sechs Jahren steigt der Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund zwar auf durchschnittlich 84 Prozent an, liegt aber immer noch deutlich unterhalb des Betreuungsanteils der deutschen Kinder, der in dieser Altersgruppe 96 Prozent beträgt.

Gerade für die Kinder, in deren Familien die deutsche Sprache nicht Muttersprache ist, spielt eine regelmäßige außerfamiliäre Betreuung für das Erlernen der deutschen Sprache eine wichtige Rolle. Becker (2010) zeigt signifikant positive Effekte des Kindergartenbesuchs auf den Sprachschatz türkischer Kinder. In ihrer empirischen Untersuchung auf Basis einer zufallsgesteuerten Erhebung unter Beteiligung von 30 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erfasst sie neben Merkmalen deutscher und türkischer Kinder auch Merkmale der Eltern

und des Familienlebens sowie Merkmale des Kindergartens, falls ein beobachtetes Kind einen Kindergarten besucht hat. Dadurch sollen die empirischen Probleme der Selektivität der Entscheidung für einen Kindergartenbesuch und das Problem bislang unbeobachteter Einflussfaktoren möglichst verringert werden. Befragt wurden Kinder, Eltern und Kindergarten-Personal jeweils zweimal im Abstand von einem Jahr, um die Veränderungen beim deutschen Wortschatz der Kinder zu verfolgen.

Zur Messung der unterschiedlichen Qualität der Betreuungsangebote wurde für diese Studie die Ausstattung der Kindergärten skaliert abgefragt und gewichtet in die empirischen Schätzungen einbezogen. Berücksichtigt wurden folgende Qualitätsmerkmale: 1. Sicheres Außengelände mit ausreichend Platz für die Kinder. 2. Spielmaterialien sind vollständig und in gutem Zustand. 3. Viele altersgerechte Bücher und Bildmaterialien sind vorhanden. 4. Viele Materialien für musikalische Erfahrung sind vorhanden. Auch wenn diese Ausstattungsmerkmale nur indirekt mit dem Spracherwerb der Kinder verknüpft sind und die Interaktionen mit Erziehern und anderen Kindern nicht berücksichtigt wurden, ist diese Studie eine von wenigen, die qualitative Unterschiede beim Betreuungsangebot überhaupt explizit erfassen und berücksichtigen.

Die Ergebnisse zeigen, dass in den besser ausgestatteten Einrichtungen sowohl bei den deutschen als auch bei den türkischen Kindern der Zuwachs im Wortschatz signifikant größer ist als in weniger gut ausgestatteten Kindergärten. Zwar schneiden türkische Kinder zu beiden Befragungszeitpunkten schlechter ab als deutsche Kinder, der Wortschatz der türkischen Kinder verbessert sich innerhalb des Beobachtungszeitraums jedoch schneller. Becker (2010: 157) schreibt dazu: „Somit findet prinzipiell ein Aufholprozess der türkischen Kinder statt, bis zum Alter von 5 Jahren ist jedoch noch keine Angleichung erfolgt.“ Selbst ein frühzeitiger Besuch des Kindergartens und eine gute Qualität der Betreuung reichen demnach nicht aus, Kindern mit Migrationshintergrund zu sprachlich denselben Ausgangsbedingungen bei Schulbeginn zu verhelfen, wie sie für Kinder mit zwei deutschen Elternteilen gelten. Sprachliche Förderung muss noch weitaus früher beginnen. Jedoch besuchen – wie schon dargelegt – nur 10 Prozent aller unter 3-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund eine außerfamiliäre Kindertagesbetreuung (Böttcher/Krieger/Kolvenbach 2010: 161).

Neben dem positiven Effekt auf den individuellen Bildungserfolg der Kinder zeigt diese Untersuchung, welche Bedeutung die Qualität der Angebote hat. Qualität ist nicht nur für eine möglichst gute Unterstützung und Förderung der Kinder wichtig. Sie ist auch ein wichtiges Kriterium für die Eltern, wenn sie vor der Entscheidung über die Nutzung bzw. die Auswahl von Angeboten stehen. Für die meisten Eltern dürfte eine Betreuung ihrer Kinder außerhalb der Familie eine Vertrauensdienstleistung darstellen, d. h. die Inanspruchnahme eines Angebots (die

Nachfrage nach Betreuung) wird nicht nur durch Menge (Betreuungsumfang) und Preis bestimmt. Gerade bei Kleinkindern müssen Eltern darüber hinaus Vertrauen in die Qualität der Betreuungsarbeit und ihre positiven Effekte auf die Entwicklung ihrer Kinder haben, anderenfalls sind die Angebote nicht oder nur eingeschränkt entscheidungsrelevant. Auf die besondere Bedeutung der Qualität der Angebote wird in Abschnitt 4.5 nochmals vertiefend eingegangen.

Die erste breit angelegte Studie zum individuellen Nutzen des Besuchs von Kinderkrippen, in denen ausschließlich Kleinkinder bis zum Alter von drei Jahren betreut werden, erschien im Jahr 2008 (Fritschi/Oesch 2008). Wiederum auf Basis des SOEP wurde für Kinder der Geburtsjahrgänge 1990 bis 1995 untersucht, welchen Einfluss der Krippenbesuch auf die Einstufung in die Sekundarstufe I hatte. Es wurde auch geschätzt, welche langfristigen Einkommenseffekte aus dem Besuch einer Kinderkrippe resultierten.

Den Ergebnissen zufolge hat der Besuch einer Kinderkrippe die Wahrscheinlichkeit der Einstufung in ein Gymnasium signifikant erhöht. Bei Kindern mit Migrationshintergrund und bei Kindern, deren Eltern beide einen Hauptschulabschluss hatten (diese werden in der Studie als benachteiligt bezeichnet), waren die Effekte schwächer als bei Kindern aus anderen Familien. Nach Auffassung der Autoren zeigt dies, dass Bildungschancen generell durch einen Krippenbesuch erhöht werden, dass der Krippenbesuch die ungleichen Bildungschancen aber nicht ausgleicht. Relativ gesehen verbessern sich die Wahrscheinlichkeiten des Gymnasiumsbesuchs bei Kindern aus benachteiligten Familien jedoch stärker als bei den anderen Kindern: Von den benachteiligten Kindern, die eine Krippe besucht haben, wurden rund zwei Drittel mehr in das Gymnasium eingestuft, als von den benachteiligten Kindern, die keine Kinderkrippe besuchten. Von den anderen (nicht benachteiligten) Kindern, die eine Kinderkrippe besuchten, wurden nur knapp zwei Fünftel mehr in ein Gymnasium eingestuft als bei denjenigen, die keine Kinderkrippe besuchten. Der erfolgreiche Abschluss des Gymnasiums ist im Falle einer Kinderkrippenbetreuung wahrscheinlicher als ohne. Damit bestätigt sich ein Ergebnis von Becker (2010): Kinderbetreuung kann bestehende Nachteile verringern, wenn auch nicht aufheben.

3.4 Langfristiger volkswirtschaftlicher Nutzen

Auf Basis von Unterschieden im Lebenseinkommen zwischen Abiturienten und Nicht-Abiturienten, wie sie aus anderen Studien bekannt sind, haben Fritschi und Oesch in der bereits zitierten Studie die durchschnittliche Erhöhung des Lebenseinkommens bei Besuch einer Kinderkrippe berechnet (Fritschi/Oesch 2008). Sie beträgt demnach rund 27.000 Euro. Berücksichtigt man neben den Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen auch die Beiträge der Arbeitgeber, so ergibt sich ein

zusätzliches individuelles Bruttoeinkommen von knapp 33.000 Euro durch einen Krippenbesuch und den damit verbundenen höheren Bildungserfolg.

Die durchschnittlichen Kosten eines Krippenplatzes haben die Autoren mit rund 8.500 Euro angesetzt und jeweils abdiskontiert den zusätzlichen Erträgen gegenübergestellt. Daraus ergibt sich ein volkswirtschaftlicher Nettonutzen von rund 14.000 Euro bzw. eine langfristige Verzinsung der staatlichen Investitionen in Krippenplätze von 7,3 Prozent jährlich. Aus diesem Ergebnis wiederum schlussfolgern sie, dass für die betrachteten Jahrgänge aus einem zusätzlichen Ausbau der Krippenplätze um 181.000 Plätze²³ ein zusätzlicher volkswirtschaftlicher Nettonutzen von 12,6 Mrd. Euro entstanden wäre. Dieser konnte tatsächlich aber nicht realisiert werden, weil die zusätzlichen Plätze nicht verfügbar waren. Positive Effekte ergeben sich des Weiteren aus einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit von Müttern und den Effekten einer verringerten Humankapitalabschreibung aufgrund kürzerer Erwerbsunterbrechungen bei Frauen. Zudem führt ein Ausbau der Kinderkrippenplätze zu höheren Einzahlungen in die Sozialversicherungssysteme, möglicherweise auch zu geringen Auszahlungen durch Reduzierung des Armutsrisikos und durch Verringerung des Risikos von Arbeitslosigkeit.

Die Studie von Fritschi/Oesch (2008) war die erste Studie in Deutschland, die den Versuch unternommen hat, die individuelle und die volkswirtschaftliche Rendite aus dem Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige abzuschätzen. Erschwert werden derartige Analysen dadurch, dass langfristige Einkommenseffekte noch nicht wirklich gemessen werden können, sondern geschätzt werden müssen, da keine genügend langen Zeitreihen vorliegen. Erst wenn hinreichende Längsschnittdaten zu dieser Thematik vorhanden sind, wird die Berechnung individueller und volkswirtschaftlicher Renditen verlässlicher möglich sein.

Nicht berücksichtigt bleibt bislang die Bedeutung qualitativer Unterschiede bei der Kinderbetreuung. So kann davon ausgegangen werden, dass die Renditen im Falle einer steigenden Qualität der Betreuung deutlich größer sind, als auf Basis dieser Studie ermittelt. Sie bezieht sich auf Geburtsjahrgänge, die vor mehr als zehn Jahren eine Kinderkrippe besucht haben. Zu diesem Zeitpunkt waren, zumindest in Westdeutschland, Betreuungsangebote für Kleinstkinder noch eine Ausnahme und Betreuung fand vor allem unter einem Fürsorge-, kaum aber unter einem Bildungsaspekt statt.

Eine verlässliche quantitative Bestimmung der volkswirtschaftlichen Rendite aus steigenden staatlichen Investitionen in diesem Bereich ist derzeit aufgrund der Datenbeschränkungen noch nicht möglich. Prognosen und Simulationen auf Ba-

23 Bei einem solchen Ausbau hätten rund 35 Prozent der Kinder eines Jahrgangs eine Krippe besuchen können. Diese Quote entspricht dem Ziel der Europäischen Kommission zur Anzahl der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige und dem Ziel der Bundesregierung, das im Tagesbetreuungsausbaugesetz formuliert ist (siehe Abschnitte 4.2 und 4.3).

sis bisheriger Entwicklungen, die positive Effekte auf den Bildungserfolg und die Chancenverteilung beim Bildungserwerb zeigen, dürften die langfristigen Renditen tendenziell unterschätzen (siehe z. B. Havnes/Mogstad 2009; Pfeiffer/Reuß 2007 und 2008; Anger/Plünnecke/Tröger 2007; Restuccia/Urrutia 2004; Bock-Famulla 2002; National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) Early Child Care Research Network 2000). Denn erst in den letzten Jahren wurde die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politik stärker auf diesen Bildungsbereich gelenkt, angestoßen durch die Ergebnisse aus den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, die bereits zitiert wurden und die in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit große Beachtung fanden. Die zeitverzögerte Reaktion der deutschen Politik auf diese Erkenntnisse wird an der Entwicklung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung in Deutschland deutlich, gerade für die Altersgruppe der unter 3-jährigen Kinder. Weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht ist der erforderliche Ausbau abgeschlossen, sodass die individuellen und die volkswirtschaftlichen Renditen eines heutigen Besuchs einer Kindertagesstätte zwar positiv sind, im Durchschnitt aber niedriger ausfallen dürften als ein Besuch in einigen Jahren, wenn sich insbesondere auch die Qualität der Angebote verbessert haben wird.

Auch wenn eine verlässliche Renditeberechnung derzeit noch aussteht, besteht Einigkeit darüber, dass sich aus einer individuellen Erhöhung von Bildungschancen und Bildungserfolg durch Bildungsinvestitionen gerade in den ersten Lebensjahren langfristig hohe volkswirtschaftliche Produktivitäts- und Wachstumseffekte ergeben (Sutherland/Price/Gonand 2009; Cunha/Heckman 2007; Heckman/Masterov 2007; Lanzi 2007; Hanushek 2002). Im Umkehrschluss gilt, dass durch unzureichende Investitionen in die frühkindliche und vorschulische Betreuung und Bildung langfristig Wachstumspotenziale eingeschränkt werden, was sich neben den bereits wirksamen demografischen Fakten zusätzlich negativ auf das Angebot an Fachkräften und das mögliche Auftreten relativer Angebotsverknappungen auswirken wird (Allmendinger/Giesecke/Oberschachtsiek 2011; Wößmann/Piopiunik 2009).

4 Ausbau- und Qualifikationsbedarf bei der außerfamiliären Kinderbetreuung in Deutschland

4.1 Datenlage und Begriffe

Erst seit dem Jahr 2006 liegen für Deutschland auf der Ebene der Bundesländer differenzierte Informationen über die Nutzung außerfamiliärer Betreuung in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege durch Kinder aller Altersgruppen vor. Bis zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte das Statistische Bundesamt lediglich Planzahlen für Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen auf hoch aggregiertem Niveau. Wie viele Kinder tatsächlich betreut wurden und welche Angebote sie nutzten (Ganztagsbetreuung oder stundenweise Betreuung mit oder ohne Verpflegung), konnte lediglich geschätzt werden und über die Betreuung im Rahmen von Kindertagespflege gab es kaum belastbare Informationen.

Im Folgenden steht die Betreuung von Kindern bis zum Alter von unter sechs Jahren im Fokus, d. h. Angebote in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege vor Eintritt der Kinder in das Schulsystem. Zu den Kindertageseinrichtungen zählen Kinderkrippen und Krabbelgruppen für unter 3-Jährige, Einrichtungen für 3- bis 6-jährige Kinder (häufig noch als Kindergärten bezeichnet) und altersgemischte Einrichtungen, in denen Kinder beider Altersgruppen betreut werden (vgl. auch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010a).

Im Rahmen von öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut eine Person, die dann als Tagespflegeperson bzw. als Tagesmutter oder Tagesvater bezeichnet wird, zumeist in der eigenen Wohnung ein oder mehrere fremde Kinder (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2009). Im Durchschnitt sind es pro Person 2,7 Kinder (Deutscher Bundestag 2011a: 10). Es bedarf einer Erlaubnis für die Tätigkeit als Tagesmutter oder Tagesvater, wenn sie oder er ein oder mehrere Kinder „außerhalb des Haushalts des Erziehungsberechtigten während eines Teils des Tages und mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate betreuen will“ (Kinderförderungsgesetz, § 43).

4.2 Die Entwicklung in der Vergangenheit

Bereits vor der deutschen Wiedervereinigung wurden in Ostdeutschland viele Kinder unter drei Jahren in Kinderkrippen mit spezifisch dafür ausgebildetem Personal betreut. In Westdeutschland dagegen fand die Betreuung von Kleinkindern bis vor wenigen Jahren nahezu ausschließlich innerhalb der Familien statt, da es kein entscheidungsrelevantes öffentliches Angebot gab. So waren beispielsweise

im Jahr 2002 in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg nur jeweils 20, 21 bzw. 23 Krippenplätze je 1.000 Kinder im Alter von bis zu drei Jahren vorhanden (Statistisches Bundesamt 2004).²⁴ Während ostdeutsche Mütter vor und nach der Deutschen Wiedervereinigung nach der Geburt eines Kindes vergleichsweise frühzeitig in die Erwerbstätigkeit zurückkehrten, unterbrachen westdeutsche Mütter ihre Erwerbstätigkeit üblicherweise für mindestens drei Jahre und waren auch danach nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig. Denn für Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt gab es zwar mehr Betreuungsangebote, darunter aber nur wenige Ganztagsplätze: So wurden damals laut Schätzungen auf Basis des Sozioökonomischen Panels etwa drei Viertel aller westdeutschen Kinder ab drei Jahren in einem Kindergarten oder in anderer Form außerhalb ihrer Familie betreut (Spieß/Büchel/Frick 2002: 518 f.). Der Anteil der Ganztagsangebote belief sich aber nur auf 16,5 Prozent, sodass die Erwerbsmöglichkeiten des betreuenden Elternteils auch ab einem Kindesalter von drei Jahren sehr begrenzt waren.

Zu einem spürbaren Ausbau der Kinderbetreuung sahen sich viele westdeutsche Kommunen erst ab dem Jahr 1996 veranlasst, denn erst zum 1. Januar 1996 erhielten alle Kinder ab dem Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf eine vierstündige Betreuung (Achstes Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe vom 26. Juni 1990). Der im SGB VIII formulierte Bildungsauftrag für die Betreuung in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege spiegelte sich aber weder in der Ausgestaltung der Plätze noch in der Qualifikationsstruktur des Personals wider. Es war nicht festgelegt worden (und eine solche Festlegung gibt es bis heute nicht), welche Art von Betreuungsplätzen geschaffen werden sollte. Dies erklärt den geringen Anteil der Ganztagsangebote und den vergleichsweise hohen Anteil von Beschäftigten ohne Fachausbildung selbst noch Jahre später (siehe Abschnitt 4.6).

Im Tagesbetreuungsausbaugesetz, das im Jahr 2005 in Kraft trat, formulierte der Gesetzgeber auch für die Betreuung von Kleinkindern erstmals explizit einen Bildungsauftrag (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004). Auf dem Krippengipfel im Jahr 2007 einigten sich Bund, Länder, Kommunen und Wohlfahrtsverbände auf einen schrittweise durchzuführenden Ausbau der Betreuungsplätze für diese Altersgruppe. Dieser Ausbau wurde im Kinderförderungsgesetz gesetzlich verankert, das im Dezember 2008 in Kraft trat (Kinderförderungsgesetz (KiföG) vom 10.12.2008). Festgelegt wurde, dass ab 2013 alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum vollendeten drit-

24 Auch hier handelt es sich um Datenmaterial für Planzahlen; die tatsächliche Nutzung von Betreuungsangeboten war der amtlichen Statistik damals nicht bekannt.

ten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Die Profilierung der Kindertagespflege wurde explizit im Gesetz aufgenommen, ebenso das Ziel, rund 30 Prozent des notwendigen Ausbaus von Betreuungsplätzen über den Ausbau der Kindertagespflege abzudecken.

Faktisch betrifft die Umsetzung der im folgenden Abschnitt dargelegten aktuellen Ausbauziele nur die westdeutschen Bundesländer, denn in Ostdeutschland werden bereits jetzt flächendeckend mehr als 35 Prozent aller Kleinkinder betreut. Hier gibt es schon seit Jahrzehnten ein umfangreiches öffentliches Angebot für Kinder aller Altersgruppen. Bereits in den 1970er-Jahren wurden Kindergärten und Kinderkrippen eingerichtet, um Familien die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen und insbesondere die Mütter als Vollzeitkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Einem weiteren Absinken der Geburtenraten, wie es in den 70er-Jahren auch im Gebiet der ehemaligen DDR zu beobachten war, sollte so entgegengewirkt werden. Ein Großteil der Betreuung fand ganztags statt und war schon damals für Kinder ab drei Jahren explizit mit einem Bildungsauftrag verknüpft. Die Mehrheit des Personals verfügte über eine pädagogische Ausbildung als Krippenerzieher/in (Betreuung von Kindern bis drei Jahre) oder Kindergärtner/in – heute Erzieherin (für Kinder ab drei Jahren).

Nach der Deutschen Wiedervereinigung wurde das hohe Betreuungsangebot in Ostdeutschland aufrechterhalten. Die Verfügbarkeit von Plätzen in Kindertageseinrichtungen ist hier ein gesellschaftlicher Wert an sich und ein Standortfaktor für Unternehmen, Arbeitnehmer und Arbeitssuchende. Selbst die besonders strukturschwachen ostdeutschen Kommunen und Länder investieren in diesem Bereich dauerhaft und geben einen höheren Anteil ihres Haushaltsbudgets dafür aus als viele wirtschaftsstarke Regionen in Westdeutschland (vgl. auch Abschnitt 4.4).

4.3 Aktuelle Ausbauziele

Im Tagesbetreuungsausbaugesetz, das 2005 in Kraft trat, wurden die „Grundsätze der Förderung von Kindern“ in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege im Rahmen des SGB VIII neu gefasst (vgl. Aches Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe vom 26. Juni 1990; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004). Demnach beinhaltet die Förderung der Kinder sowohl Bildung als auch Betreuung und Erziehung. Alle drei Begriffe wurden vom Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen in folgender Weise definiert (vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2008b: 8 ff.):

Bildung ist die „lebenslange aktive Aneignung der Welt, der Kultur (einschl. deren Symbolsystemen, wie z. B. Sprache) und Natur, die mit der Geburt beginnt“

(ebenda: 8). Insofern sind Einrichtungen der Kinderbetreuung immer auch Bildungseinrichtungen. Im Fokus steht nicht mehr die Betreuung fürsorgebedürftiger Kinder, die Defizite in ihrer Entwicklung zeigen. Stattdessen ist der Wert der Vermittlung von Bildungsangeboten für alle Kinder anerkannt, ebenso ihre Funktion zur Unterstützung der Familien.

Unter **Betreuung** versteht der Beirat „die umfassende Sorge für das leibliche und seelische Wohl bzw. Wohlbefinden der Kinder. Betreuung umfasst Pflege und Gesundheitsfürsorge, aber auch emotionale Zuwendung und soziale Anerkennung“. Die Mitglieder des Beirates betonen die Notwendigkeit einer hohen Qualität der Betreuung als unabdingbare Voraussetzung nicht nur „für das physische und emotionale Wohlbefinden der Kinder, sondern auch für die Anregung und Aufrechterhaltung deren Bildungsbereitschaft und Lernfähigkeit“ (ebenda: 9).

Der Begriff **Erziehung** umfasst „die Gesamtheit der Verhaltensweisen und Aktivitäten der Erwachsenen (Eltern und Fachkräfte) im verantwortlichen Umgang mit Kindern. Erziehung umfasst die genannten Leistungen der Betreuung ebenso wie die Aufforderung und Anregung der Kinder zur Bildung. Außerdem umfasst Erziehung das Vorleben und die Vermittlung von Regeln, Normen und Werten, welche die Fortsetzung (und Erneuerung) von Kultur und Gesellschaft in der Generationenfolge gewährleisten können“. Durch die Erziehung in den ersten Lebensjahren werden die „lebenslang wirksamen Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung gelegt“ (ebenda: 9 f.).

Alle Begriffe stehen in einem engen Zusammenhang zueinander. Bildung, Betreuung und Erziehung finden nicht unabhängig voneinander statt, sondern beeinflussen und bedingen sich gegenseitig. Betreuung und Erziehung in Kindertagesstätten bzw. in der Kindertagespflege sind immer auch Bildung und gute Bildungsarbeit bedeutet gleichzeitig gute Betreuung und Erziehung. Auch wenn im öffentlichen Sprachgebrauch weiterhin von Kinder-„Betreuung“ gesprochen wird, sind Bildung und Erziehung als Ziele für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege gleichfalls mit gemeint.

Den Ausbauzielen zufolge sollen bis zum Jahr 2013 für 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote verfügbar sein und Eltern sollen einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erhalten. Gemeint sind sowohl Plätze in Kindertageseinrichtungen als auch Plätze in der Kindertagespflege. Allerdings ist nicht präzisiert, dass die Eltern ein Wahlrecht zwischen beiden Angebotsformen haben werden. Dies lässt zunächst die Schlussfolgerung zu, dass seitens der Politik beide Angebote als gleichwertig betrachtet werden. In der Praxis erweist sich dies allerdings als nicht zutreffend (vgl. dazu Abschnitt 4.6.4).

Die Umsetzung dieser Vereinbarungen unterliegt den Bundesländern, Kommunen und Trägern der Einrichtungen. Es gibt Bundesländer, in denen der Rechts-

anspruch breiter gefasst wird, als durch die Bundesgesetzgebung vorgegeben. Beispielsweise haben in Sachsen-Anhalt alle Kinder von Geburt an einen Rechtsanspruch auf eine mindestens fünfstündige Betreuung. In Thüringen besteht ein Rechtsanspruch ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr, seit 2010 besteht dieser Anspruch auch in Rheinland-Pfalz. In den anderen Bundesländern besteht derzeit erst ab einem Kindesalter von drei Jahren Anspruch auf Betreuung, wobei häufig keine Mindestbetreuungszeit festgelegt ist. So erhalten die Eltern in vielen westdeutschen Bundesländern nur dann einen Ganztagsbetreuungsplatz, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind oder sich in Ausbildung befinden oder wenn ein besonderer Förderbedarf des Kindes vorliegt (Bertelsmann Stiftung 2011).

Ein besonderer Förderbedarf ist vom Gesetzgeber bei unter 3-Jährigen als Kriterium für die Vergabe eines Betreuungsplatzes formuliert. Die Einschätzung eines solchen Bedarfs unterliegt den Jugendämtern. Fraglich ist, ob diese einen solchen erkennen können, wenn Eltern nicht aktiv auf das Jugendamt oder eine Kindertagesstätte zugehen. So deutet die geringere Nutzung von Betreuungsangeboten durch Kinder mit Migrationshintergrund darauf hin, dass ihr besonderer Förderungsbedarf häufig eben nicht erkannt wird und dass die Familien nicht proaktiv davon überzeugt werden, dass für ihre Kinder eine mindestens halbtägige Betreuung wichtig wäre, um gute Voraussetzungen für den Schulbesuch zu schaffen.

Zudem steht bei einer insgesamt unzureichenden Anzahl von Betreuungsangeboten der Bedarf durch besonders förderungsbedürftige Kinder in unmittelbarer Konkurrenz zu dem Bedarf, den erwerbstätige Eltern per Rechtsanspruch durchsetzen können. Bislang ist die Angebotssituation in Westdeutschland nicht ausreichend, um beiden Gruppen von Kindern einen Betreuungsplatz anbieten zu können. Zwar hat in den letzten Jahren in den meisten westdeutschen Regionen ein spürbarer Ausbau stattgefunden. Ein bedarfsgerechtes Angebot – hinsichtlich der Förderung von Kindern und hinsichtlich der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – liegt aber noch längst nicht vor.

4.4 Zum Stand des Ausbaus

Die Tabelle 6 zeigt die aktuell für alle Bundesländer verfügbaren Daten zur Anzahl der Kinder bis zu drei Jahren sowie der Anzahl dieser Kinder, die in Kindertagesstätten betreut werden. Tabelle 7 zeigt die Betreuung der Kinder dieses Alters im Rahmen von öffentlich geförderter Kindertagespflege.

Ausbau- und Qualifikationsbedarf bei der außerfamiliären Kinderbetreuung in Deutschland

Tabelle 6: Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Betreuungsquoten nach Bundesländern, März 2011

	Anzahl der Kinder unter drei Jahre am 31.12.2010	Kinder in Kindertageseinrichtungen am 30.03.2011		Zum Vergleich: Betreuungsquote 30.03.2010
		Zahl der betreuten Kinder	Betreuungsquote	
Baden-Württemberg	274.527	49.392	18,0 %	15,8 %
Bayern	319.189	59.310	18,6 %	16,6 %
Bremen	16.320	2.564	15,7 %	13,0 %
Hamburg	49.566	13.753	27,7 %	23,7 %
Hessen	155.019	27.097	17,5 %	15,8 %
Niedersachsen	192.055	27.915	14,5 %	12,0 %
Nordrhein-Westfalen	444.091	50.724	11,4 %	10,3 %
Rheinland-Pfalz	95.507	21.731	22,8 %	18,4 %
Saarland	21.236	3.899	18,4 %	16,2 %
Schleswig-Holstein	68.609	10.197	14,9 %	11,6 %
Westdeutschland	1.636.119	266.582	16,3 %	14,2 %
Brandenburg	57.985	25.673	44,3 %	43,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	39.539	15.622	39,5 %	38,7 %
Sachsen	103.877	40.220	38,7 %	37,7 %
Sachsen-Anhalt	52.252	28.876	55,3 %	55,3 %
Thüringen	52.002	23.439	45,1 %	43,4 %
Ostdeutschland	305.655	133.830	43,8 %	43,0 %
Berlin	97.191	36.978	38,0 %	38,4 %
Deutschland	2.038.965	437.390	21,5 %	20,6 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011e, 2011f), Bertelsmann Stiftung (2011), eigene Berechnung.

Tabelle 7: Unter 3-Jährige in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern, März 2010

	Anzahl der Kinder bis drei Jahre am 31.12.2009	davon Kinder in Kindertagespflege am 30.03.2010	
		Zahl der betreuten Kinder	Betreuungsquote
Baden-Württemberg	276.619	6.859	2,5 %
Bayern	320.612	6.176	1,9 %
Bremen	16.352	514	3,1 %
Hamburg	49.295	2.400	4,9 %
Hessen	155.588	5.476	3,5 %
Niedersachsen	193.819	7.202	3,7 %
Nordrhein-Westfalen	446.736	16.275	3,6 %
Rheinland-Pfalz	96.201	1.663	1,7 %
Saarland	21.318	338	1,6 %
Schleswig-Holstein	68.814	4.447	6,5 %
Westdeutschland	1.645.354	51.350	3,1 %
Brandenburg	57.404	4.105	7,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	38.903	4.690	12,1 %
Sachsen	102.364	5.217	5,1 %
Sachsen-Anhalt	52.149	360	0,7 %
Thüringen	51.398	843	1,6 %
Ostdeutschland	302.218	15.215	5,0 %
Berlin	94.885	3.500	3,7 %
Deutschland	1.947.572	70.065	3,6 %

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2011), eigene Darstellung.

Insgesamt wurden zum 30.03.2011 rund 437.400 Kleinkinder in Kindertagesstätten betreut, davon 267.000 in Westdeutschland, 134.000 in Ostdeutschland und 37.000 in Berlin. Das entspricht einer Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Kindertagesstätten von 16 Prozent im Westen, 44 Prozent im Osten und 38 Prozent in der Hauptstadt.

Für die Betreuung in öffentlich geförderter Kindertagespflege liegen derzeit nur Daten zum Stand 30.03.2010 vor. Angesichts der geringen Bedeutung dieser Betreuungsform ist nicht davon auszugehen, dass sich für das Jahr 2011 deutliche Veränderungen bei der Nutzung der Tagespflege ergeben haben, was nicht zuletzt in der unzureichenden Qualität dieser Angebotsform begründet liegen dürfte (vgl. dazu Abschnitt 4.6.4). Insgesamt befanden sich 2010 rund 70.100 Kinder unter drei Jahren in öffentlich geförderter Kindertagespflege, davon 51.000 in Westdeutschland (Betreuungsquote von 3,1 Prozent), rund 15.000 in Ostdeutschland (Betreuungsquote 5,0 Prozent) und 3.500 in Berlin (Betreuungsquote 3,7 Prozent).

Fasst man beide Betreuungsformen zusammen, so ergibt sich für Kleinkinder eine Gesamtbetreuungsquote von 19 Prozent in Westdeutschland, 49 Prozent in Ostdeutschland und 42 Prozent für Berlin, vgl. Tabelle 8. Deutschlandweit werden 25 Prozent aller Kleinkinder außerfamiliär betreut. Bereits seit Jahren befinden sich alle ostdeutschen Bundesländer weit oberhalb des für 2013 anvisierten Zieles von 35 Prozent. In Sachsen-Anhalt gibt es mit 56 Prozent die deutschlandweit höchste Betreuungsquote bei unter 3-Jährigen. Unabhängig von ihrem Erwerbsstatus oder anderen familiären Merkmalen gilt hier für alle Eltern ein Rechtsanspruch auf eine mindestens fünfstündige Betreuung der Kinder von Geburt an. Wie die hohe Quote zeigt, wird dieser Rechtsanspruch von vielen Familien auch genutzt und er wird zudem vergleichsweise früh genutzt (siehe Tabelle 9). So hatte Sachsen-Anhalt mit 8 Prozent auch die höchste Betreuungsquote bei Kindern bis zum Alter von einem Jahr. Auch im Alter zwischen einem und unter zwei Jahren sowie zwischen zwei und unter drei Jahren werden hier anteilig die meisten Kinder in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege betreut (71 Prozent bzw. 89 Prozent im Jahr 2010).

In den westdeutschen Bundesländern erreicht Hamburg mit 33 Prozent die höchste Betreuungsquote, am niedrigsten lag sie in Nordrhein-Westfalen mit 15 Prozent. Demnach erreicht bislang kein westdeutsches Bundesland die geplanten Ausbauziele. Stattdessen gibt es viele Regionen, in denen sich das Angebot bis zum Jahr 2013 verdoppeln oder gar verdreifachen müsste, um Eltern die Möglichkeit zu geben, den dann geltenden Rechtsanspruch durchzusetzen. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Kreisebene, die letztlich noch besser geeignet ist, die Betreuungssituation aus Sicht der Eltern zu beurteilen. Denn ihre Nachfrage nach Betreuungsplätzen ist regional begrenzt und eng an den Wohn- oder Ar-

beisort gebunden. So gaben 2010 in einer repräsentativen Befragung 88 Prozent aller Eltern, deren Kind(er) zu diesem Zeitpunkt in einer Kindertagesstätte betreut wurde(n), an, dass die Nähe zum Wohnort ein Entscheidungskriterium für die Auswahl einer Betreuungseinrichtung sei (Deutscher Bundestag 2011b: 42). 42 Prozent nannten die Nähe zum Arbeitsort als wichtiges Kriterium (Doppelnennung waren möglich).

Tabelle 8: Betreuungsquote bei unter 3-Jährigen insgesamt und Ganztagsquote nach Bundesländern, 2010

	Betreuungsquote von Kindern bis drei Jahre insgesamt*	Ganztagsquote 2010**
Baden-Württemberg	20 %	5 %
Bayern	21 %	5 %
Bremen	19 %	7 %
Hamburg	33 %	16 %
Hessen	21 %	10 %
Niedersachsen	18 %	5 %
Nordrhein-Westfalen	15 %	7 %
Rheinland-Pfalz	24 %	8 %
Saarland	20 %	10 %
Schleswig-Holstein	21 %	6 %
Westdeutschland	19 %	7 %
Brandenburg	51 %	34 %
Mecklenburg-Vorpommern	51 %	33 %
Sachsen	44 %	34 %
Sachsen-Anhalt	56 %	34 %
Thüringen	47 %	40 %
Ostdeutschland	49 %	35 %
Berlin	42 %	26 %
Deutschland	25 %	12 %

Quellen: *Statistisches Bundesamt (2011e, 2011f), Bertelsmann Stiftung (2011); **Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011), eigene Berechnung und Darstellung.

Auf Kreisebene bewegten sich die Betreuungsquoten für unter 3-jährige Kinder im Jahr 2010²⁵ zwischen dem niedrigsten Wert von 6,9 Prozent im Landkreis Cloppenburg in Niedersachsen und dem höchsten Wert von 62,3 Prozent im Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 8 ff.). Insgesamt hatten 125 westdeutsche Kreise (das entspricht mehr als jedem dritten westdeutschen Kreis) eine Betreuungsquote von weniger als 15 Prozent. Heidelberg erreichte als einzige westdeutsche Kreisstadt eine Quote von über 35 Prozent und erfüllt damit die Ausbauziele der Bundesregierung bereits jetzt. Im Großteil der westdeutschen Kreise steht das verfügbare Betreuungsangebot weit

25 Werte für 2011 sind derzeit auf Kreisebene noch nicht verfügbar.

hinter den Ausbauzielen und hinter dem Bedarf der Eltern zurück, auch wenn sich gegenüber den Vorjahren eine stetige Verbesserung der Versorgungssituation zeigt. Das Tempo des Ausbaus ist allerdings sehr unterschiedlich. So zeigt Nordrhein-Westfalen bei der Betreuungsquote in Kindertagesstätten zwischen 2010 und 2011 nur eine geringe Steigerung um 1,1 Prozentpunkte, obwohl hier das Angebot an entsprechenden Plätzen das niedrigste unter allen Bundesländern ist. Andere westdeutsche Bundesländer, wie beispielsweise Hamburg und Rheinland-Pfalz, haben die Quoten in diesem Zeitraum spürbar erhöht und auch die ostdeutschen Bundesländer haben ihr Angebot gegenüber 2010 weiter ausgebaut.²⁶

Die Mehrzahl der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige wird von Kindern zwischen zwei und unter drei Jahren in Anspruch genommen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 12). Für sie lag die Betreuungsquote bei durchschnittlich 81 Prozent im Osten und 35 Prozent im Westen. Bei den jüngeren Kindern sind die regionalen Unterschiede noch größer, wie Tabelle 9 zeigt.

Tabelle 9: Betreuungsquoten bei unter 3-Jährigen in Kindertagesstätten und Kindertagespflege nach Alter und Bundesländern, März 2010

	Kinder unter drei Jahren insgesamt	Kinder bis unter einem Jahr	Kinder von ein bis unter zwei Jahren	Kinder von zwei bis unter drei Jahren
Baden-Württemberg	18 %	2 %	14 %	38 %
Bayern	19 %	2 %	17 %	36 %
Bremen	16 %	1 %	16 %	31 %
Hamburg	29 %	4 %	33 %	49 %
Hessen	19 %	2 %	18 %	37 %
Niedersachsen	16 %	2 %	15 %	30 %
Nordrhein-Westfalen	14 %	2 %	11 %	29 %
Rheinland-Pfalz	20 %	2 %	11 %	47 %
Saarland	18 %	2 %	18 %	33 %
Schleswig-Holstein	18 %	2 %	18 %	33 %
Westdeutschland	17 %	2 %	15 %	35 %
Brandenburg	51 %	7 %	62 %	83 %
Mecklenburg-Vorpommern	51 %	6 %	63 %	84 %
Sachsen	43 %	3 %	50 %	75 %
Sachsen-Anhalt	56 %	8 %	71 %	89 %
Thüringen	45 %	3 %	49 %	82 %
Ostdeutschland	48 %	5 %	57 %	81 %
Berlin	42 %	3 %	47 %	77 %
Deutschland	23 %	2 %	23 %	43 %

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011: 12), eigene Darstellung.

26 Im Jahr 2010 hatte nur ein einziger ostdeutscher Kreis (Sächsischer Erzgebirgskreis mit 36 Prozent) für unter 3-Jährige eine Betreuungsquote in Kindertagesstätten und Kindertagespflege, die unterhalb der höchsten Quote in Westdeutschland lag. Alle anderen Kreise lagen weit über dem westdeutschen Angebotsniveau (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 8 ff.).

Betreuungsplätze für Babys werden nur von wenigen Eltern nachgefragt, was die geringen Betreuungsquoten bei den unter 1-Jährigen weitgehend erklären dürfte. Allerdings ist zu vermuten, dass sich zumindest in Westdeutschland das sehr geringe Angebot auf einige Ballungsräume bzw. vereinzelt Kommunen konzentriert, während für die meisten Familien keine Betreuungsplätze für Babys verfügbar sind und damit auch nicht entscheidungsrelevant sein können (vgl. dazu auch Abschnitt 3.1). So weist die Bundesregierung selbst darauf hin, dass die zu beobachtende Steigerung der Betreuungsquoten für westdeutsche Kinder unter einem Jahr auf 1,9 Prozent im Jahr 2010 keinesfalls die Annahme der Politik bestätigt, dass das eingeführte Elterngeld die Betreuungsnachfrage für Babys grundsätzlich reduzieren wird (Deutscher Bundestag 2011b: 11).²⁷ Stattdessen zeigt sich am Beispiel Sachsen-Anhalt, dass ein nicht vernachlässigbarer Anteil der Eltern außerfamiliäre Betreuungsangebote in Anspruch nimmt, wenn sie verfügbar sind.

12 bzw. 14 Monate nach Ende der Mutterschutzzeit endet die Bezugsmöglichkeit von Elterngeld, ab diesem Zeitpunkt steigt der Betreuungsbedarf deutlich an. So besuchten in den ostdeutschen Bundesländern im Jahr 2010 im Durchschnitt 57 Prozent aller Kinder zwischen einem Jahr und unter zwei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder die Kindertagespflege. In Sachsen-Anhalt waren es sogar 71 Prozent. In den westdeutschen Bundesländern lag die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe bei durchschnittlich 15 Prozent. Den höchsten Wert darunter hatte Hamburg mit 33 Prozent, die niedrigsten Werte zeigten Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 11 Prozent.

Dieser regionale Vergleich zeigt auf, dass die Betreuungsangebote für Kleinkinder und damit auch die Möglichkeiten ihrer außerfamiliären Förderung regional noch immer sehr ungleich verteilt sind. Unterschiede bestehen dabei aber nicht nur hinsichtlich der Zahl der verfügbaren Plätze, sondern auch hinsichtlich der Betreuungszeiten, die zwischen stundenweiser Betreuung und einer Betreuung von mehr als sieben Stunden (Ganztagsbetreuung) variieren können. In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen befanden sich 2010 in Ostdeutschland 35 Prozent aller betreuten Kinder in ganztägiger Betreuung, in Westdeutschland waren es im Durchschnitt nur 7 Prozent (vgl. Tabelle 8).

Eltern von Kleinkindern befinden sich damit innerhalb Deutschlands in sehr unterschiedlichen Situationen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Arbeitsmarktpartizipation, je nachdem, in welchem Bundesland und in welchem Kreis sie mit ihren Kindern leben. Entsprechend unterschiedlich verteilt sind die Ein-

²⁷ Diese Annahme lässt sich aus dem Inhalt einer Bundestagsdrucksache von 2010 ableiten. Hier schreibt die Bundesregierung: „Seit der Einführung des Elterngeldes ist es für viele Eltern leichter, sich im ersten Lebensjahr ganz dem Aufwachsen ihrer Kinder zu widmen. Der Bedarf an außerfamiliärer Betreuung sinkt“ (Deutscher Bundestag 2010: 9).

kommens- und Karriereentwicklungsmöglichkeiten für Eltern in der längerfristigen Perspektive (siehe Kapitel 3). Vergleicht man die Betreuungsquoten von Kleinkindern mit den Anteilen von kinderlosen Frauen in Ost- und Westdeutschland, so lässt sich vermuten, dass unzureichende Betreuungsangebote beträchtlich dazu beitragen, dass in Westdeutschland ein weit höherer Anteil von Frauen kinderlos bleibt als in Ostdeutschland, darunter vor allem Akademikerinnen, die viel in ihre Bildung und ihre Arbeitsmarktchancen investiert haben und für die Erwerbsunterbrechungen besonders hohe Opportunitätskosten bedeuten. Obwohl sich in Ostdeutschland die Arbeitsmarktlage unsicherer gestaltet, ist hier im Bedarfsfall die Betreuung von Kleinkindern außerhalb der Familien kurzfristig gewährleistet und somit für die Eltern die Möglichkeit der Arbeitsmarktpartizipation überhaupt gegeben. Ein beträchtlicher Anteil von Ganztagsangeboten bietet darüber hinaus beiden Elternteilen die Möglichkeit, eine Vollzeitbeschäftigung aufzunehmen bzw. auch bei Teilzeitbeschäftigung flexibel hinsichtlich der anfallenden Arbeitszeiten zu sein.

Dagegen bedeutet in vielen westdeutschen Regionen eine bewusste Entscheidung für Kinder noch immer auch die Inkaufnahme einer längeren Nicht-Partizipation am Erwerbsleben, zumindest in jenen Fällen, in denen eine Betreuung nicht anderweitig innerhalb der Familien (z. B. durch Großeltern) oder privat finanziert möglich ist. Selbst wenn die Kinder bereits drei Jahre alt sind, bleiben die Erwerbsmöglichkeiten für mindestens ein Elternteil weiter eingeschränkt, denn auch für diese Altersgruppe stehen in Westdeutschland hauptsächlich Halbtagsplätze zur Verfügung.

Rund 1,9 Mio. Kinder zwischen drei und unter sechs Jahren wurden am 30.03.2011 deutschlandweit in Kindertageseinrichtungen betreut, davon 1,54 Mio. in Westdeutschland, 281.000 Mio. in Ostdeutschland und 82.000 in Berlin (vgl. Tabelle 10). Das entspricht Betreuungsquoten von 92 Prozent, 95 Prozent und 93 Prozent. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind hier weniger stark ausgeprägt als bei Kleinkindern, aber dennoch deutlich. Auch hier zeigt sich, dass die Bundesländer mit unterschiedlichem Tempo in den weiteren Platzausbau investieren. Trotz bereits hoher Betreuungsquoten und Ganztagsanteile erhöhen auch die ostdeutschen Länder ihr Angebot weiter.

Die öffentlich geförderte Kindertagespflege spielt in dieser Altersgruppe eine eher unbedeutende Rolle. Insgesamt nutzten 2010 (letzter verfügbarer Wert) nur rund 10.000 Kinder deutschlandweit diese Betreuungsform. Das entspricht einem Anteil von nur 0,5 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe.

Ausbau- und Qualifikationsbedarf bei der außerfamiliären Kinderbetreuung in Deutschland

Tabelle 10: Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen sowie Betreuungsquoten nach Bundesländern, März 2011

	Anzahl der Kinder zwischen drei und unter sechs Jahren am 31.12.2010	Kinder in Kindertageseinrichtungen am 30.03.2011		Zum Vergleich: Betreuungsquote 30.03.2010
		Zahl der betreuten Kinder	Betreuungsquote	
Baden-Württemberg	282.759	268.595	95,0 %	94,4 %
Bayern	325.201	293.154	90,1 %	89,8 %
Bremen	15.981	14.119	88,3 %	87,5 %
Hamburg	46.852	39.058	83,4 %	81,0 %
Hessen	157.733	145.504	92,2 %	92,3 %
Niedersachsen	201.020	182.241	90,7 %	88,8 %
Nordrhein-Westfalen	456.123	418.495	91,8 %	91,4 %
Rheinland-Pfalz	98.359	95.346	96,9 %	96,5 %
Saarland	21.924	20.772	94,7 %	93,8 %
Schleswig-Holstein	71.772	63.731	88,8 %	85,8 %
Westdeutschland	1.677.724	1.541.015	91,9 %	91,1 %
Brandenburg	57.880	55.074	95,2 %	94,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	37.567	35.462	94,4 %	93,7 %
Sachsen	98.677	93.788	95,0 %	95,0 %
Sachsen-Anhalt	50.775	48.201	94,9 %	94,3 %
Thüringen	49.914	48.328	96,8 %	95,9 %
Ostdeutschland	294.813	280.853	95,3 %	94,8 %
Berlin	88.119	82.181	93,3 %	92,6 %
Deutschland	2.060.656	1.904.049	92,4 %	91,7 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011e, 2011f), Bertelsmann Stiftung (2011), eigene Berechnung.

Tabelle 11: Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern, März 2010

	Anzahl der Kinder ab drei bis unter sechs Jahre am 31.12.2009	davon Kinder in Kindertagespflege am 30.03.2010	
		Zahl der betreuten Kinder	Betreuungsquote
Baden-Württemberg	286.249	1.230	0,4 %
Bayern	327.831	657	0,2 %
Bremen	15.754	108	0,7 %
Hamburg	46.052	908	2,0 %
Hessen	158.573	563	0,4 %
Niedersachsen	205.485	1.377	0,7 %
Nordrhein-Westfalen	461.967	1.773	0,4 %
Rheinland-Pfalz	99.429	143	0,1 %
Saarland	22.355	28	0,1 %
Schleswig-Holstein	72.684	702	1,0 %
Westdeutschland	1.696.379	7.489	0,4 %
Brandenburg	57.138	521	0,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	37.563	557	1,5 %
Sachsen	97.760	218	0,2 %
Sachsen-Anhalt	50.481	64	0,1 %
Thüringen	49.938	8	0,0 %
Ostdeutschland	292.880	1.368	0,5 %
Berlin	85.623	915	1,1 %
Deutschland	2.074.882	9.772	0,5 %

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2011), eigene Berechnung.

Während im Osten im Jahr 2010 rund 68 Prozent aller betreuten Kinder die Tageseinrichtung oder die Tagespflege ganztags besuchten, waren es im Westen nur 25 Prozent, vgl. Tabelle 49. Baden-Württemberg zeigte mit durchschnittlich 13 Prozent den geringsten Anteil an Ganztagsbetreuung. Hier kann in den meisten Familien bis zum Schuleintritt der Kinder mindestens ein Elternteil bestenfalls in Teilzeit beschäftigt sein, wenn es keine alternativen privaten Betreuungsmöglichkeiten gibt. Ganztagsquoten von über 50 Prozent gibt es in Westdeutschland auch für ab 3-Jährige nur in wenigen größeren Städten, so in Frankfurt am Main und Offenbach am Main, in Wiesbaden, in Köln sowie in Heidelberg (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 26 ff.).

Tabelle 12: Betreuungsquoten und Ganztagsquoten für Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren nach Bundesländern, 2010

	Betreuungsquote von Kindern ab drei bis unter sechs Jahre insgesamt*	Ganztagsquote 2010**
Baden-Württemberg	95 %	13 %
Bayern	90 %	23 %
Bremen	89 %	22 %
Hamburg	85 %	34 %
Hessen	93 %	36 %
Niedersachsen	91 %	15 %
Nordrhein-Westfalen	92 %	33 %
Rheinland-Pfalz	97 %	34 %
Saarland	95 %	26 %
Schleswig-Holstein	90 %	16 %
Westdeutschland	92 %	25 %
Brandenburg	96 %	55 %
Mecklenburg-Vorpommern	96 %	57 %
Sachsen	95 %	75 %
Sachsen-Anhalt	95 %	58 %
Thüringen	97 %	87 %
Ostdeutschland	96 %	68 %
Berlin	94 %	55 %
Deutschland	93 %	32 %

Quellen: *Statistisches Bundesamt (2011e, 2011f), Bertelsmann Stiftung (2011); **Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011), eigene Berechnung und Darstellung.

Den Unternehmen in Regionen mit guten Arbeitsmarktchancen und möglicherweise bereits bestehenden Fachkräftengpässen oder -mangellagen bleibt ein beträchtliches Potenzial an Fachkräften verschlossen, solange die Erwerbsmöglichkeiten für Eltern mit kleinen Kindern durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten so stark eingeschränkt sind, wie es für Westdeutschland aus den Tabellen 6 bis 12 ersichtlich ist. Selbst wenn die Unternehmen bereit sind, Mütter oder Väter einzustellen (ob in

Teilzeit oder in Vollzeit), ist ihre Beschäftigung nicht möglich, wenn während der Arbeits- und Wegezeiten die Kinderbetreuung nicht sichergestellt ist bzw. wenn im Falle eines Arbeitsplatzangebotes nicht kurzfristig innerhalb weniger Wochen ein passender Betreuungsplatz in Anspruch genommen werden kann. Bei der Nachfrage nach Betreuungsplätzen bzw. ihrer Inanspruchnahme ist dabei aus Sicht der Eltern aber nicht nur das schlichte Vorhandensein von Angeboten in der jeweiligen Arbeitsmarktregion oder am Wohnort relevant, sondern auch deren Qualität.

4.5 Qualität bei der Kinderbetreuung: Kostenfaktor einerseits und Voraussetzung für Nachfrage andererseits

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz hat die Ausbauziele für die Betreuung der unter 3-Jährigen lediglich in quantitativer Hinsicht festgelegt. Wie die Betreuungsangebote im Einzelnen ausgestaltet sein sollen (z. B. hinsichtlich Betreuungsschlüssel, Betreuungszeiten, Flexibilität der Betreuungszeiten, Qualifikation des Personals, Betreuung in Kindertageseinrichtungen versus Betreuung in Form von Tagespflege etc.), wurde nicht bestimmt. Genau wie bei der Betreuung von Kindern ab drei Jahren wird über die Gestaltung und die Qualität der Betreuung im Wesentlichen durch die Kommunen und die Träger der Einrichtungen bzw. durch die Jugendämter entschieden.

Gerade für die Kommunen bestehen aber kaum Anreize dafür, nicht nur in einen quantitativen Ausbau zu investieren und so im Sinne der Bund-Länder-Vereinbarungen die Zahl der Betreuungsangebote weiter zu erhöhen, sondern auch für eine ausreichende Qualität zu sorgen. Qualität kommt dabei vor allem in der pädagogischen Arbeit und in der Organisation der Betreuung im Sinne einer möglichen Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern zum Ausdruck. Kommunen müssen nicht nur mindestens ein Drittel der Ausbaukosten der Kinderbetreuung aus ihren Haushalten finanzieren, sondern sie binden sich auch langfristig durch die Personal- und Betriebskosten neuer oder erweiterter Einrichtungen an ein höheres Ausgabenvolumen. Von einigen Experten wird deshalb befürchtet, dass der quantitative Ausbau auf Kosten der Qualität geht und dass sich diese Qualität in Zukunft nicht verbessern, sondern eher verschlechtern wird (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008b). Im Extremfall kann es zu einem Ausbau von Betreuungsplätzen kommen, die Eltern nicht oder nur eingeschränkt nutzen wollen, da sie ihre Qualität als nicht ausreichend einschätzen. Eine solche Entwicklung zeigt sich beim Ausbau der Tagespflege, die seitens der Politik als zweite Säule der Betreuung für unter 3-Jährige gesehen wird, in ihrer tatsächlichen Nutzung aber weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Während bei Kindertagesstätten von Vollauslastung zu sprechen ist, gibt es in der Kindertagespflege zahlreiche ungenutzte Betreuungsplätze.

Die qualitative Gestaltung von Angeboten entscheidet darüber, ob Eltern sie nachfragen. Bei schlechter Qualität ist eher von geringer Nachfrage auszugehen, gerade bei Kleinkindern. Bei guter Qualität ist dagegen zu erwarten, dass deutlich mehr als die geplanten 750.000 Betreuungsplätze für unter 3-Jährige eingerichtet werden müssen, um den Bedarf der Kinder und der Eltern zu decken. Denn mittelfristig dürften sich – bei guter Qualität – die in Westdeutschland von den Eltern gewünschten Betreuungsquoten und die Anteile der als besonders förderungsbedürftig eingeschätzter Kinder weiter erhöhen und sich den in Ostdeutschland bereits realisierten Quoten annähern. Diese liegen schon heute weit oberhalb von 35 Prozent.

4.6 Entwicklung und Messung von Betreuungsqualität

Um Qualität bei der Kinderbetreuung zu entwickeln, bedarf es der Formulierung von anerkannten und verbindlichen Standards, ihrer Umsetzung, ihrer Evaluation und ihrer fortlaufenden Weiterentwicklung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008b). Damit sind kostenintensive Prozesse verbunden, für deren Finanzierung bislang kaum Mittel bereitgestellt werden. So wurden bisher keine träger- oder gar bundesländerübergreifende Standards entwickelt, übergreifende Evaluationen sind nicht vorgesehen.

Die Umsetzung und Kontrolle von Qualitätsstandards, so sie vorhanden wären, läge in der Verantwortung der Kommunen, Träger und Einrichtungen. Aber das Agieren der Entscheidungsträger vor Ort kann von ganz anderen – nicht qualitätsorientierten – Motiven bestimmt sein und das Interesse an standardisierten Qualitätsmessungen oder gar Qualitätsvergleichen dürfte beim jetzigen Stand des Ausbaus eher gering sein. Viele westdeutsche Kommunen stehen unter Druck, bis 2013 die im Tagesbetreuungsausbaugesetz formulierten quantitativen Ausbauziele zu erreichen. Die Steigerung der Qualität der vorhandenen Angebote dürfte seltener in ihrem Fokus stehen.

Anhand der Inhalte der Bildungs- und Erziehungspläne, die im Verlauf der letzten Jahre von allen Bundesländern für die Betreuung in Kindertagesstätten vorgelegt wurden, lässt sich die geringe Bedeutung von Qualitätsstandards erkennen.²⁸ Alle 16 Pläne unterscheiden sich voneinander sowohl in Hinblick auf Inhalt und Struktur als auch hinsichtlich ihres Umfangs bzw. ihrer Detailliertheit. Die Besonderheiten der Betreuung von unter 3-Jährigen wurden nur von wenigen Bundesländern explizit in den Plan aufgenommen und nur in wenigen Plänen findet die Betreuung im Rahmen der Kindertagespflege Berücksichtigung. Vor allem in Hin-

²⁸ Die Bildungs- und Erziehungspläne der Länder sind unter <http://www.bildungsserver.de/Bildungsplaene-der-Bundeslaender-fuer-die-fruehe-Bildung-in-Kindertageseinrichtungen-2027.html> zu finden.

blick auf die Umsetzung von Förderzielen und die Sicherung von Qualität fehlt es meist an konkreten Ausführungen und Empfehlungen, die in der Praxis der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege dringend gebraucht werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008b).

Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen schlägt für eine objektive Beurteilung der Qualität von Betreuungsangeboten inputorientierte Merkmale (zur Messung von Struktur-, Prozess- und Orientierungsqualität) und outputorientierte Merkmale (zur Messung von Ergebnisqualität) vor (ebenda: 13–15). Bereits die Vielfalt der Merkmale und Qualitätsdimensionen weist auf die Schwierigkeiten der Qualitätsbeurteilung und auf die Herausforderungen an das Betreuungspersonal hin:

Die *Strukturqualität* zeigt sich in der Ausstattung einer Kindertageseinrichtung/der Tagespflege. Sie definiert die Rahmenbedingungen der Betreuung. Hierzu gehören die Verfügbarkeit und die Ausstattung der Räume, die Fachkraft-Kind-Relation sowie die Qualifikation und Erfahrung des Betreuungspersonals. Zum Teil liegt hierzu statistisches Datenmaterial vor, wenn auch nur auf Ebene der Bundesländer.

Prozessqualität beinhaltet die „Gesamtheit der Interaktionen und Erfahrungen, die das Kind in der Gruppe mit seiner sozialen und räumlich-materiellen Umwelt macht“ (ebenda: 14). Dazu gehört vor allem die Möglichkeit verschiedenartiger Interaktionen mit anderen Kindern und mit dem Betreuungspersonal, die das Kind in seiner Entwicklung anregen und ihm gleichzeitig emotionale Sicherheit vermitteln.

Orientierungsqualität beschreibt „die Vorstellungen, Ziele, Werte, Überzeugungen und Einstellungen, unter denen die an den Erziehungs- und Bildungsprozessen beteiligten Erwachsenen handeln“ (ebenda: 13). Sie zeigt sich im pädagogischen Konzept einer Einrichtung, aber auch in der Anbindung an Religionen oder pädagogische Strömungen, die auf den Betreuungsalltag Einfluss nehmen. Zu beiden Qualitätsmerkmalen liegt kein vergleichbares statistisches Material vor. Die Angebote dürften breit gestreut sein, bedingt durch eine Vielzahl von Trägern, die unterschiedliche Konzepte verfolgen.

Die *Ergebnisqualität* als outputorientiertes Merkmal bemisst sich am Stand der kindlichen Entwicklung zu einem bestimmten Lebenszeitpunkt und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, in denen das Kind aufwächst. Zu diesen Bedingungen gehören der sozioökonomische Hintergrund und das Bildungsverhalten der Familie ebenso sowie die Förderbedingungen im Rahmen der Betreuung in der Kindertagesstätte oder der Tagespflege, also deren Struktur-, Prozess- und Orientierungsqualität. Darüber hinaus wirksame Betreuungs- und Erziehungskontexte, in die das Kind eingebunden ist, müssen ebenfalls in die Beurteilung des kindlichen Entwicklungsstands einbezogen werden. Sie kann sich weder an Durchschnittswerten orientieren noch kann sie schematisch erfolgen, denn Kinder sind individuelle Persönlichkeiten, die in unterschiedlichen Umfeld-Situationen aufwachsen.

Bereits entwickelte, aber allenfalls testweise und regional begrenzt eingesetzte Verfahren zur Qualitätsmessung erfordern in ihrer Anwendung eine hohe fachliche Kompetenz, vgl. z. B. die Krippen-Skala in Tietze et al. (2005) und die Tagespflege-Skala in Tietze/Knobeloch/Gersonowicz (2005). Vor allem für die Einschätzung von Orientierungs- und Ergebnisqualität muss das Betreuungspersonal über die Fähigkeit zur Beurteilung komplexer Sachverhalte einerseits als auch über Detailgenauigkeit bei Beobachtungen und Bewertungen andererseits verfügen. Deshalb kommt, ohne dass die Bedeutung der räumlichen und sachlichen Ausstattung der Betreuungseinrichtungen zu vernachlässigen wäre, der Qualifikation des Betreuungspersonals eine Schlüsselstellung bei der (Weiter-)Entwicklung von Qualität bei der Kinderbetreuung zu (Becker-Stoll/Niesel/Wertfein 2009; Deutsches Jugendinstitut 2009; Becker-Stoll/Textor 2007).

4.6.1 Qualifizierung des Betreuungspersonals als Schlüsselfaktor für Qualität

Eine Studie im Land Brandenburg zeigt den Einfluss der Betreuungsqualität auf die Ergebnisqualität, indem sie den Sprachstand von Kindern in Abhängigkeit von der außerfamiliären Betreuung in Kindergärten und dem Familienumfeld untersucht (vgl. Mierau/Lee/Tietze 2008). Grundlage dafür waren zum einen die Ergebnisse von standardisierten mehrdimensionalen Sprachtests, die im Land Brandenburg am Ende der Kindergartenzeit (vor Schulbeginn) bei allen Kindern durchgeführt werden. Zum anderen wurden Einschätzungen von Erzieherinnen zum kindlichen Sprachstand herangezogen, ebenso Informationen über die Entwicklung der Kinder, die während der gesamten Zeit des Kindergartenbesuchs in Form von Risikoscreenings gesammelt wurden.

Die pädagogische Qualität der Kindergärten wurde für diese Studie sehr umfangreich erfasst. So wurden in Form einer Skala allein 43 Merkmale der Prozessqualität aufgenommen, die in sieben Subskalen aggregiert wurden.²⁹ Mittels eines Elternfragebogens wurde die pädagogische Arbeit in den Herkunftsfamilien analysiert. Insgesamt wurden 51 Kindergartengruppen und Kindergärten mit 204 Kindern aus 204 Familien untersucht.

Der Vergleich der Sprachtestergebnisse und der Einschätzungen des Sprachstands durch die Erzieher zeigten, dass ein beträchtlicher Anteil der Kinder durch das Betreuungspersonal falsch eingeschätzt wurde. Die Korrelationen der Einschätzungen des Sprachstands mit den Einschätzungen der sozialen Kompetenz und der Alltagsfertigkeiten der Kinder wiesen zudem darauf hin, dass Erzieher/-innen bei

²⁹ Zu den Subskalen gehören Platz und Ausstattung, Betreuung und Pflege der Kinder, sprachliche und kognitive Anregungen, Aktivitäten, Interaktionen, Strukturierung der pädagogischen Arbeit, Eltern und Erzieherinnen.

ihrer Einschätzung nicht hinreichend zwischen den verschiedenen Kompetenzfeldern differenzieren, obwohl die Sprachleistung der Kinder kein alleiniger Indikator für ihren Bildungsstand ist.

Die Ergebnisse konnten belegen, dass Qualitätsverbesserungen in Hinblick auf die sprachfördernde Arbeit in den Kindertagesstätten einschließlich der sprachdidaktischen Fortbildung des pädagogischen Personals die Sprachleistungen von Kindern bis zum Zeitpunkt des Schulbeginns signifikant erhöhen. Gleichzeitig verdeutlichen sie die hohen Anforderungen an das Personal, um Qualität anzubieten bzw. zu entwickeln.

Der Umfang des Betreuungspersonals und seine (Mindest-)Qualifikation unterliegen unmittelbar dem Einfluss politischer Entscheidungen vor allem auf kommunaler und Landes-Ebene, während Politik auf die anderen Strukturmerkmale, insbesondere auf die Orientierungs- und Prozessqualität nur indirekt Einfluss nehmen kann. Mit gesetzlichen Regelungen zur finanziellen Ausstattung von Kindertagesstätten und Tagespflege, zur Mindesthöhe der Fachkraft-Kind-Relation, zur fachlichen Mindestqualifikation der Betreuungspersonen und zur Finanzierung von Aus- und Weiterbildung könnten Politik und Träger die Qualität der pädagogischen Arbeit entscheidend beeinflussen, ebenso den möglichen Umfang und die Flexibilität von Betreuungszeiten, die vor allem für berufstätige Eltern wichtig sind.

Bislang bestehen solche überregionalen und verbindlichen Vorgaben nicht. Eltern müssen selbst herausfinden, wie gut die Qualität bestehender Angebote ist. Nicht zuletzt ist Qualität auch ganz entscheidend dafür, welchen Kindern überhaupt ein Betreuungsangebot gemacht werden kann: nur Kindern ab drei Jahren oder auch jüngeren Kindern, nur Kindern ohne Behinderung oder auch behinderten Kindern, nur deutschsprachigen Kindern oder auch jenen, die nicht deutscher Herkunft sind und besonderer Integrationsleistungen bedürfen.

Die beiden folgenden Abschnitte zeigen anhand aktueller Daten, dass weder in den Kindertagesstätten noch in der öffentlich geförderten Kindertagespflege flächendeckend ein ausreichendes Maß an Qualität sichergestellt ist und dass gerade auch hinsichtlich der Qualität der Angebote beträchtlicher Ausbaubedarf besteht.

4.6.2 Qualifizierung des Personals in Kindertagesstätten

Im März 2010 waren knapp 490.000 Personen in den Kindertagesstätten beschäftigt (Statistisches Bundesamt 2010c). Darunter gehörten 423.000 Personen zum Betreuungs- und Verwaltungspersonal und rund 66.000 Personen zum hauswirtschaftlichen und technischen Personal, vgl. Tabelle 13.

Tabelle 13: Qualifikation des Personals in Kindertagesstätten nach Bundesländern, März 2010

	Anzahl Beschäftigte insgesamt	darunter:		Anteile am pädagogischen und Verwaltungspersonal						
		Anzahl Hauswirtschafts- und Technikpersonal (2)	Anzahl Betreuungs- und Verwaltungspersonal (3)	Pädagogische Fachkräfte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (4)	Erzieher/-innen, Heilpädagoginnen/-pädagoginnen mit Fachschulabschluss (5)	Anteil der pädagogischen Fachkräfte (4+5) (6)	Kinderpfleger/-innen (7)	Sonstige Sozial- oder Gesundheitsberufe (8)	Verwaltungs- und Hauswirtschaftsberufe (9)	Sonstige Beschäftigte (10)
Baden-Württemberg	63.703	8.079	55.624	3%	74%	77%	10%	2%	0%	11%
Bayern	70.335	9.883	60.452	3%	52%	55%	37%	1%	1%	7%
Bremen	4.643	698	3.945	12%	58%	69%	6%	3%	1%	20%
Hamburg	13.027	2.147	10.880	9%	58%	67%	14%	8%	1%	9%
Hessen	43.106	6.494	36.612	8%	70%	79%	5%	3%	1%	13%
Niedersachsen	44.981	7.005	37.976	4%	70%	74%	12%	7%	1%	5%
Nordrhein-Westfalen	92.362	8.980	83.382	3%	71%	74%	12%	3%	0%	9%
Rheinland-Pfalz	27.872	5.236	22.636	3%	76%	79%	10%	4%	0%	7%
Saarland	5.189	687	4.502	2%	69%	71%	20%	2%	0%	7%
Schleswig-Holstein	15.483	2.178	13.305	5%	62%	66%	14%	12%	1%	6%
Westdeutschland (ohne Berlin)	380.701	51.387	329.314	4%	67%	71%	16%	3%	1%	9%
Brandenburg	17.226	2.544	14.682	3%	90%	92%	1%	3%	1%	4%
Mecklenburg-Vorpommern	11.188	1.719	9.469	2%	88%	90%	1%	5%	1%	3%
Sachsen	29.534	3.678	25.856	6%	83%	89%	1%	4%	1%	5%
Sachsen-Anhalt	15.868	1.710	14.158	3%	90%	93%	1%	2%	1%	3%
Thüringen	13.382	2.259	11.123	3%	89%	92%	1%	3%	0%	4%
Ostdeutschland (ohne Berlin)	87.198	11.910	75.288	4%	87%	91%	1%	3%	1%	4%
Berlin	21.801	2.965	18.836	5%	85%	90%	1%	2%	0%	6%
Deutschland	489.700	66.262	423.438	4%	72%	76%	12%	3%	1%	8%

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010c: Tabelle LT4), eigene Berechnung.

Zu den pädagogischen Fachkräften in Kindertagesstätten sind vor allem die Beschäftigten im Beruf des Erziehers/der Erzieherin zu zählen, dem Kernberuf in diesen Einrichtungen. Im Jahr 2010 waren 297.000 Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten beschäftigt, das waren im Durchschnitt 70 Prozent des gesamten Betreuungs- und Verwaltungspersonals. Weitere 2 Prozent verfügten über einen Abschluss als Heilpädagoge/Heilpädagogin, der ebenfalls an speziellen Fachschulen vermittelt wird (zusammen 72 Prozent, vgl. Spalte 5). Die Erzieherausbildung dauert üblicherweise vier Jahre. Voraussetzung ist neben einem mittleren Schulbildungsabschluss ein bereits vorhandener Berufsabschluss als Kinderpfleger/-in oder Erziehungshelfer/-in oder das Vorliegen der Fachhochschul- bzw. Hochschulreife in Verbindung mit einer mindestens viermonatigen einschlägigen Praxiserfahrung, in diesem Falle ist die Ausbildung kürzer. Über den Inhalt der Ausbildung und ihre Dauer entscheidet jedes Bundesland unabhängig von den anderen.³⁰

In Westdeutschland ist der Anteil der Erzieher/-innen und Heilpädagogen/-pädagoginnen durchgängig niedriger als in den ostdeutschen Bundesländern. Am geringsten war er 2010 mit 52 Prozent in Bayern, am höchsten mit 90 Prozent in Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Zu den pädagogischen Fachkräften zählen auch jene Beschäftigten, die an Fachhochschulen und Hochschulen ein (sozial-)pädagogisches Studium abgeschlossen haben, z. B. als Diplom-Sozialpädagogen/-pädagoginnen, Erziehungswissenschaftler/-innen und Diplom-Heilpädagogen/-pädagoginnen. 2010 waren im Durchschnitt 4 Prozent des Betreuungs- und Verwaltungspersonals entsprechend qualifiziert. In einigen westdeutschen Bundesländern lag der Anteil der Akademiker/-innen deutlich oberhalb dieses Durchschnitts, wie z. B. in Bremen und Hamburg mit 12 und 9 Prozent.

Im Unterschied zur Erzieherausbildung fokussiert die Kinderpflege-Ausbildung stärker auf Hygiene- und Versorgungsaspekte und spiegelt eher den früheren Fürsorgeaspekt von Kinderbetreuung wider.³¹ Kinderpfleger/-innen gelten nicht als pädagogische Fachkräfte.³² Die Ausbildung für diesen Beruf dauert üblicherweise zwei Jahre und setzt einen Hauptschulabschluss oder einen mittleren Bildungsabschluss voraus. Einzelheiten der Ausbildung sind wiederum auf Ebene der Bundesländer geregelt und nicht vereinheitlicht. Trotz der Tatsache, dass es sich nicht um pädagogische

30 Informationen zum Beruf Erzieher/Erzieherin sowie zur entsprechenden Ausbildung findet man unter <http://www.berufenet.de>.

31 Informationen zum Beruf Kinderpfleger/Kinderpflegerin sowie zur entsprechenden Ausbildung findet man unter <http://www.berufenet.de>. In einigen Bundesländern ist dieser Ausbildungsabschluss Voraussetzung für die Zulassung zur Ausbildung als Erzieher/-in. Daraus ergibt sich eine lange Ausbildungszeit, denn vom Beginn der Ausbildung zum Kinderpfleger/zur Kinderpflegerin bis zum Arbeitsbeginn als Erzieher/Erzieherin vergehen insgesamt mindestens fünf Jahre.

32 In Bayern werden sie zum Beispiel explizit als Ergänzungskräfte bezeichnet.

Fachkräfte handelt, spielt dieser Beruf in einigen westdeutschen Bundesländern nach wie vor eine große Rolle. So lag der Anteil der Kinderpfleger/-innen in Bayern bei 37 Prozent des Betreuungs- und Verwaltungspersonals, im Saarland bei 20 Prozent und in Hamburg bei 14 Prozent.

Auch Beschäftigte in anderen Sozial- und Gesundheitsberufen, wie Kinderkrankenschwestern und -pfleger sowie Assistenten/Assistentinnen im Sozialwesen zählen nicht zu den pädagogischen Fachkräften in Kindertagesstätten. Insgesamt entfällt auf diese Gruppe ein Anteil von durchschnittlich 3 Prozent am Betreuungs- und Verwaltungspersonal. Daneben gibt es Beschäftigte, die über keinen Berufsabschluss verfügen bzw. sich in Ausbildung befinden. In Westdeutschland lag ihr Anteil im Jahr 2010 bei 9 Prozent, in Ostdeutschland bei 4 Prozent. In geringem Umfang von rund 1 Prozent gab es Personal in Verwaltungs- und hauswirtschaftlichen Berufen.

Auf Basis dieser Qualifikationsstruktur lässt sich der Anteil der pädagogischen Fachkräfte am Betreuungs- und Verwaltungspersonal berechnen. Er lag im Jahr 2010 in Ostdeutschland bei durchschnittlich 91 Prozent mit dem höchsten Anteil in Sachsen-Anhalt (93 Prozent) und dem geringsten Anteil in Sachsen (89 Prozent). Der weit überwiegende Teil aller Betreuungspersonen ist hier spezifisch pädagogisch qualifiziert. In Westdeutschland war der Anteil der pädagogischen Fachkräfte mit 71 Prozent deutlich geringer und zwischen den einzelnen Bundesländern bestanden größere Unterschiede als innerhalb Ostdeutschlands. Den niedrigsten Anteil von Fachkräften zeigte Bayern mit 55 Prozent, den höchsten hatten Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 79 Prozent. Der höchste westdeutsche Fachkraftanteil lag immer noch deutlich unterhalb des niedrigsten Anteils in Ostdeutschland.

Informationen zur Qualifikationsstruktur des Personals sind bislang nur auf Ebene der Bundesländer verfügbar. Es ist zu vermuten, dass bei einem Vergleich auf Kreisebene noch größere Unterschiede zutage treten. Die unterschiedliche fachpädagogische Ausstattung der Kindertageseinrichtungen hat Einfluss auf alle Komponenten von Qualität und impliziert für die betreuten Kinder und ihre Familien ein sehr unterschiedliches Betreuungs- und Bildungsangebot.

Die in Westdeutschland teilweise hohen Anteile von Kinderpfleger/-innen, die nicht als pädagogische Fachkräfte zählen können, weisen darauf hin, dass sich das Verständnis von Betreuungsqualität und der damit in Zusammenhang stehenden Qualifikation des Personals nicht in allen Regionen in gleichem Maße bzw. in gleicher Geschwindigkeit verändert. Kommunal- und Länderpolitik setzen unterschiedlich starke Prioritäten, nicht nur hinsichtlich der Finanzierung von Betreuungsangeboten an sich, sondern auch in Bezug auf die Sicherung von Qualität. Ein hoher Anteil von nicht fachpädagogisch ausgebildetem Betreuungspersonal bedeutet geringere Personalkosten. Gerade die Länder mit einem noch

immer hohen Anteil an nicht fachpädagogisch ausgebildetem Betreuungspersonal stehen vor großen finanziellen Herausforderungen: Sie müssen – zusätzlich zu den Ausgaben für den quantitativen Ausbau der Betreuung – überproportional hohe Ausgaben tätigen, um die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten zu verbessern, zum einen über mehr Einstellungen von Fachpersonal und zum anderen über zusätzliche Ausgaben für die Weiterbildung von Kinderpfleger/-innen und Sozialassistenten/-assistentinnen.

Damit sich die Qualifizierung des Betreuungspersonals spürbar verbessert, stehen Politik und Einrichtungsträger in der Verantwortung, Mindestanteile von pädagogischen Fachkräften an den Beschäftigten festzulegen und die finanziellen Ressourcen für deren Realisierung sowie für die Ausbildung des Nachwuchses an Fach- und Hochschulen bereitzustellen. Darüber hinaus sind Vorgaben und finanzielle Mittel für die berufliche Weiterqualifizierung der Beschäftigten erforderlich. So müssen für die Weiterbildung von Kinderpfleger/-innen einerseits berufsbegleitende Qualifizierungsmodule entwickelt und angeboten werden. Andererseits muss in den Kindertagesstätten die Finanzierung der Freistellung der Beschäftigten während ihrer Weiterbildungsphasen gesichert sein. Anderenfalls verschlechtert sich durch diese Phasen nicht nur die Relation zwischen Betreuungspersonal und Kindern, sondern auch die Belastung der verbleibenden Mitarbeiter/-innen erhöht sich. Solange weder verbindliche Vorgaben bestehen noch deren Finanzierung und Implementierung im Alltag der Einrichtungen verbindlich geregelt ist, dürften sich weiterhin zu wenige Einrichtungen und Mitarbeiter für Weiterbildungsmaßnahmen entscheiden, die über die Dauer von wenigen Tagen hinausreichen.

Qualifizierungsbedarf besteht auch bei vielen pädagogischen Fachkräften, die bereits vor längerer Zeit ihre Ausbildung beendet haben und keine Erfahrung in der Betreuung von Kindern unter drei Jahren haben (oder in der Betreuung von Kindern mit Behinderungen oder von Kindern mit Migrationshintergrund etc.). Nicht zuletzt muss beim Betreuungspersonal, das in einer Einrichtung eine Ganztagsbetreuung oder die Betreuung von Kleinkindern neu einführt, auch die kulturelle Akzeptanz und Unterstützung solcher Angebote entwickelt werden, damit Betreuungspersonal und Eltern auch unter den neuen Betreuungsbedingungen Erziehungspartner sein können.

Eine unzureichende fachpädagogische Qualifikation des Personals dürfte strukturelle Veränderungen erschweren oder gar über längere Zeit verhindern. Zumindest zum Teil dürfte sich der schleppende Ausbau der Kinderbetreuung in Westdeutschland darauf zurückführen lassen. Gerade eine Erweiterung des Betreuungsangebots für Kleinkinder kann nur erfolgreich gelingen, wenn neben den Sachressourcen ausreichendes Personal vorhanden ist, das die notwendigen pädagogischen Konzepte entwickeln und umsetzen kann.

Trotz sichtbarer qualifikationsbezogener Defizite ist allerdings hervorzuheben, dass in Ost- und in Westdeutschland die meisten Kindertagesstätten inzwischen nach pädagogischen Konzepten arbeiten und sich um eine professionelle pädagogische Arbeit bemühen. Diese Arbeit findet in Teams statt, in denen Qualifikationsdefizite Einzelner zumindest teilweise durch andere Teammitglieder ausgeglichen und Aufgaben entsprechend verteilt werden können. Diese Teamarbeit unterscheidet Kindertagesstätten ganz wesentlich von der Kindertagespflege, die vonseiten der Politik als zweite Säule der öffentlichen Betreuungsangebote betrachtet wird, vor allem für Kinder unter drei Jahren. In der Praxis kann die Tagespflege diese Rolle jedoch nicht einnehmen.

4.6.3 Qualifikation des Personals in der Kindertagespflege

Die vom Gesetzgeber formulierten Förderziele von Kinderbetreuung gelten prinzipiell auch für die öffentlich geförderte Kindertagespflege. Hier wird Betreuung, Bildung und Erziehung jedoch nicht von einem Team konzipiert, durchgeführt und kontrolliert, sondern von einer Person. Ihre pädagogische Qualifizierung spielt deshalb eine besonders große Rolle für die Förderung der betreuten Kinder und für deren Eltern, für die auch die Tagesbetreuung eine Vertrauensdienstleistung darstellt.

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, wie viele Angebote es in der Kindertagespflege gibt, ihr liegen lediglich Informationen über die Zahl der tatsächlich in Anspruch genommenen Plätze vor. Es ist ebenfalls nicht bekannt, wie viele Eltern ihren Wunsch nach einem Tagespflegeplatz nicht realisieren können und wie viele Eltern ihre Kinder in der Tagespflege betreuen lassen, weil kein Angebot in einer Kindertagesstätte verfügbar ist (Deutscher Bundestag 2011a).

Laut Gesetz müssen Tagespflegepersonen über „vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben“ (Achstes Buch Sozialgesetzbuch, § 23). Bisher gibt es auch hier keine überregional verbindlichen Regelungen zur Mindestqualifizierung bzw. zur Auslegung der Formulierung „*oder in anderer Weise nachgewiesen*“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008b). Allgemeine Regelungen zur Tagespflege werden auf der Ebene der Bundesländer formuliert, die konkrete Umsetzung und Kontrolle obliegt den Jugendämtern. Sie entscheiden darüber, ob eine Person dazu befähigt ist, als Tagesmutter oder als Tagesvater zu arbeiten.³³

³³ Angesichts des beträchtlichen Anteils von Tagespflegepersonen ohne nachgewiesene pädagogische Qualifizierung, weder in Form eines qualifizierenden Berufsabschlusses noch in Form einer Tagespflegequalifikation, ist zu vermuten, dass zumindest ein Teil der Jugendämter eine ausreichende Qualifikation dann gegeben sieht, wenn eine Tagespflegeperson eigene Kinder betreut oder in der Vergangenheit betreut hat.

Bislang ist in der Tagespflege überwiegend kein pädagogisch ausgebildetes Fachpersonal tätig, wie die Tabelle 14 zeigt. So verfügten 2010 in Westdeutschland 68 Prozent aller Tagespflegepersonen über keinen pädagogischen Berufsabschluss. Nur 2 Prozent hatten einen pädagogischen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, weitere 13 Prozent verfügten über einen Abschluss als Erzieher/-in. Mehr als die Hälfte aller Tagespflegepersonen hatte entweder einen anderen, nicht pädagogischen Berufsabschluss (57 Prozent) oder gar keinen Abschluss (10 Prozent).

In Ostdeutschland ist die Qualifikationsstruktur etwas besser, aber auch hier ist der Anteil von pädagogischen Fachkräften in der Tagespflege gering. Rund 1 Prozent der Beschäftigten war akademisch pädagogisch ausgebildet und rund 21 Prozent verfügten über einen Abschluss als Erzieher/-in. Rund 2 Prozent aller Beschäftigten verfügten hier über gar keinen Berufsabschluss. Im Unterschied zu Tagespflegepersonen in Westdeutschland war im Osten jedoch ein beträchtlicher Anteil zuvor als Zweit- oder Ergänzungskraft in Kindertageseinrichtungen beschäftigt. Im Jahr 2009 betraf dies mehr als 40 Prozent aller ostdeutschen Tagesväter und -mütter (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010b: 44). Darüber hinaus ist in Ostdeutschland der Anteil der Beschäftigten höher, die einen Qualifizierungskurs in Kindertagespflege besucht haben. Für diese Kurse wurde vom Deutschen Jugendinstitut ein Curriculum entwickelt, nach dem inzwischen alle ostdeutschen Bundesländer und ein Teil der westdeutschen Bundesländer arbeiten. Ansonsten werden die Inhalte der Kurse und ihr Umfang von den Ländern und Jugendämtern bestimmt.

Im Jahr 2010 hatten nur rund 11.500 Tagespflegepersonen einen vom Deutschen Jugendinstitut zertifizierten Qualifizierungskurs im Umfang von mindestens 160 Stunden besucht, das entspricht einem Anteil von nur 28 Prozent aller Tagespflegepersonen (Deutscher Bundestag 2011a: 7 f.). Bezogen auf eine Vollzeitmaßnahme dauert ein 160-stündiger Qualifizierungskurs vier Wochen. Es ist kaum vorstellbar, dass es in diesem Rahmen möglich ist, ausreichende Kenntnisse über die Arbeit in der Tagespflege und die notwendige Qualität der Betreuung zu vermitteln. Weitere rund 19.000 Tagespflegepersonen hatten bis 2010 einen kürzer dauernden Qualifizierungskurs abgeschlossen, davon 13.000 mit einer Dauer von unter 70 Stunden, was einem Vollzeitkurs von nur neun Tagen entspricht.

Rund 14.500 Tagespflegepersonen hatten weder einen vom Deutschen Jugendinstitut zertifizierten Kurs mit mindestens 160 Stunden besucht, noch hatten sie eine pädagogische Ausbildung abgeschlossen. Demnach verfügten rund 35 Prozent aller Tagespflegepersonen bestenfalls aus ihrer eigenen Familie über Kenntnisse und Erfahrungen zur Betreuung von Kindern.

Tabelle 14: Qualifikation des Personals in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern, März 2010

	Anzahl Tagespflegepersonen	darunter (Anteile):										Zum Vergleich: ohne pädagogischen Berufsabschluss 2010	
		(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	
Baden-Württemberg	6.416	2%	14%	15%	13%	3%	59%	1%	9%	100%	69%	69%	
Bayern	3.253	2%	13%	15%	11%	12%	55%	0%	6%	100%	62%	62%	
Bremen	340	2%	11%	13%	16%	7%	48%	1%	14%	100%	64%	65%	
Hamburg	1.768	1%	12%	14%	13%	6%	49%	3%	16%	100%	68%	67%	
Hessen	2.862	1%	10%	11%	13%	3%	63%	1%	10%	100%	74%	72%	
Niedersachsen	5.461	1%	12%	13%	12%	4%	60%	0%	10%	100%	71%	69%	
Nordrhein-Westfalen	10.423	3%	14%	17%	11%	6%	55%	1%	11%	100%	66%	66%	
Rheinland-Pfalz	1.890	1%	11%	12%	13%	4%	61%	1%	10%	100%	72%	72%	
Saarland	303	1%	14%	14%	13%	4%	50%	2%	17%	100%	68%	73%	
Schleswig-Holstein	1.997	1%	15%	16%	14%	4%	59%	0%	7%	100%	66%	64%	
Westdeutschland	34.713	2%	13%	15%	12%	5%	57%	1%	10%	100%	68%	67%	
Brandenburg	1.286	0%	22%	22%	11%	2%	62%	0%	3%	100%	66%	65%	
Mecklenburg-Vorpommern	1.511	1%	27%	28%	10%	5%	56%	0%	1%	100%	57%	57%	
Sachsen	1.453	1%	13%	14%	12%	2%	69%	0%	2%	100%	71%	70%	
Sachsen-Anhalt	111	3%	39%	41%	15%	6%	36%	0%	1%	100%	37%	39%	
Thüringen	346	1%	25%	25%	11%	2%	59%	0%	2%	100%	61%	64%	
Ostdeutschland	4.707	1%	21%	22%	11%	3%	61%	0%	2%	100%	64%	64%	
Berlin	1.433	1%	23%	24%	12%	2%	50%	3%	9%	100%	63%	67%	
Deutschland	40.853	2%	14%	16%	12%	5%	58%	1%	9%	100%	67%	67%	

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010c: Tabelle LT6), eigene Berechnung.

Auch eine im Jahr 2009 durchgeführte repräsentative Befragung von 2.591 der insgesamt rund 38.000 Tagespflegepersonen sowie eine repräsentative Befragung von 354 der insgesamt 604 Jugendämter kamen jeweils zu dem Ergebnis, dass der Qualifikationsstand der Tagespflegepersonen unzureichend ist und von den Jugendämtern als wichtiger Grund für die Nicht-Ausnutzung der vorhandenen Betreuungskapazitäten durch die Eltern angesehen wird (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010b: 6 ff.). So berichteten mehr als die Hälfte aller westdeutschen und rund ein Viertel der ostdeutschen Jugendämter über einen mangelnden Zulauf bei der Tagespflege. Sie bescheinigten den Angeboten eine geringere Akzeptanz bei den Eltern als Angebote in Kindertagesstätten. Insgesamt hatten rund 60 Prozent aller befragten Jugendämter zum Befragungszeitpunkt 2009 freie Kapazitäten in der Tagespflege, vor allem in den ländlichen Regionen (ebenda: 37). Obwohl gerade hier die Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten für unter 3-Jährige tendenziell gering ist, weichen Eltern nur zum Teil auf die Alternative der Tagespflege aus.

Die Struktur der Betreuungsnachfrage verdeutlicht, dass Eltern auch bei der Kindertagespflege Wert auf die Qualifikation der Betreuungspersonen und damit Wert auf die Qualität der pädagogischen Arbeit legen. So haben höher qualifizierte Tagesmütter und -väter deutlich seltener freie Kapazitäten als weniger qualifizierte Betreuungspersonen (ebenda: 39 ff.). Erstere bieten eine bessere Betreuungsqualität, sowohl in pädagogischer als auch in organisatorischer Hinsicht. Sie arbeiten häufiger nach einem pädagogischen Konzept, fördern und dokumentieren häufiger den Sprachentwicklungsstand der Kinder und bieten häufiger eine zeitlich flexible bzw. eine Ganztagsbetreuung an. Damit entsprechen sie eher den pädagogischen und organisatorischen Anforderungen an Betreuung als Angebote von weniger qualifizierten Tagespflegepersonen, dürften aber im Durchschnitt immer noch weniger pädagogische Qualität bieten als Angebote in Kindertageseinrichtungen.

4.6.4 Kindertagespflege ist kein gleichwertiges Betreuungsangebot

Obwohl die Politik Angebote in der Tagespflege als gleichwertig gegenüber Angeboten in Kindertagesstätten betrachtet und ein Drittel des Ausbaus der Betreuung für unter 3-Jährige über die Ausweitung der Kindertagespflege realisieren will, zeigt die tatsächliche Inanspruchnahme durch die Eltern, dass beide Angebote keinesfalls als gleichwertig angesehen werden. Bislang bleiben die Betreuungsquoten in der Tagespflege weit hinter den Erwartungen der Politik zurück.

Eine repräsentative Elternbefragung kam für 2010 zu dem Ergebnis, dass in Westdeutschland insgesamt 64 Prozent der befragten Eltern deshalb einen Tagespflegeplatz in Anspruch nahmen, weil es keine Alternativen dazu gab. In Ost-

deutschland lag der Anteil nur bei 36 Prozent (Deutscher Bundestag 2011b: 41). Nur zum Teil dürfte dies jeweils darauf zurückzuführen sein, dass die Öffnungszeiten vorhandener Kindertageseinrichtungen nicht zu den Bedarfen der Eltern passen und deshalb nur Tagespflege als außerfamiliäre Betreuung in Frage kommt. Zumindest in Westdeutschland ist Tagespflege in zahlreichen Regionen für viele Eltern die einzige Möglichkeit, Kleinkinder betreuen oder Kinder ganztags betreuen zu lassen.

Weitere als die bereits oben genannten Indikatoren lassen darauf schließen, dass die Qualität der Tagespflegeangebote im Durchschnitt schlechter ist als die Betreuungsqualität in Kindertagesstätten und dass Eltern auch aus diesem Grund diese Form der Betreuung seltener nutzen.³⁴ So arbeiteten 2009 laut eigenen Aussagen nur rund 45 Prozent der Tagespflegepersonen nach dem im jeweiligen Bundesland geltenden Bildungs- und Erziehungsplan (Deutscher Bundestag 2010: 25 f.). Dabei hatten allerdings nur fünf Bundesländer die Tagespflege und ihre Besonderheiten explizit im Plan berücksichtigt. Rund ein Drittel der Tagespflegepersonen arbeitete nach einem eigenen pädagogischen Konzept. Inwiefern diese Konzepte den vom Gesetzgeber formulierten Förderzielen der Kinderbetreuung entsprechen, wird nicht evaluiert, ebenso wenig, ob die tägliche Arbeit einem vorhandenen Konzept tatsächlich folgt oder nicht.

Vier von fünf Angeboten in der Tagespflege zeigten 2009 keine ausreichende Ausstattung mit kindgerechten Möbeln, Spielgeräten und Lernmaterialien für Kleinkinder. Fast die Hälfte konnte nicht zwischen ruhigen und lauten Aktivitätsbereichen trennen. Fast ein Drittel aller Tagespflegepersonen hat keinen Zugang zu einem kleinkindgerechten Spielplatz (Deutscher Bundestag 2010: 26 f.).

In Ostdeutschland hatten rund 40 Prozent der Tagespflegepersonen zuvor als Ergänzungs- oder Zweitkraft in einer Kindertagesstätte gearbeitet, in Westdeutschland lag der Anteil nur bei 23 Prozent (Deutscher Bundestag 2010: 28). Die meisten Beschäftigten konnten hier also vor Beginn ihrer Tätigkeit als Tagesmutter oder Tagesvater keine Erfahrungen mit der pädagogischen Arbeit in Kindertagesstätten sammeln. Für die Ausübung der Tätigkeit ist kein Berufsabschluss erforderlich. Die Einschätzung der örtlichen Jugendämter, ob eine Person für diese Tätigkeit geeignet ist oder nicht, unterliegt keinen harten Kriterien.

Auch die Fortbildungsaktivitäten unterscheiden sich zwischen den Bundesländern beträchtlich. So gibt es einige Länder, in denen mindestens eine Fortbildung pro Jahr vorgeschrieben ist, in anderen gibt es keinerlei Regelungen. Auch wenn der Großteil aller Tagespflegepersonen mindestens einmal im Jahr an einer Fortbildung teilnimmt, betreffen diese nur selten Bildungsthemen und haben nur

³⁴ Gemeint sind Durchschnittseinschätzungen der Eltern. In Einzelfällen kann die Qualität der Tagespflege besser sein als die Qualität eines Angebots in einer Kindertageseinrichtung.

eine kurze zeitliche Dauer (Deutscher Bundestag 2010: 29 f.). Verbindliche länderübergreifende Standards für die Fortbildung von Tagespflegepersonen gibt es nicht.

Auch die organisatorische Qualität der Tagespflege ist im Vergleich zur Qualität der Kindertageseinrichtungen im Durchschnitt schlechter. So bieten 62 Prozent aller Tagespflegepersonen nur eine Betreuung am Vormittag oder nur eine Betreuung am Nachmittag an, obwohl auch in der Tagespflege zunehmend Ganztagsangebote nachgefragt werden. Im Falle einer Erkrankung der Tagespflegeperson gibt es meist keine Vertretungsregelung, sodass Eltern die Betreuung ihrer Kinder kurzfristig anders lösen müssen. Zwar gibt es Tagespflegepersonen, die Betreuungszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Kindertagesstätten anbieten. Dies spricht allerdings nicht per se für eine höhere Betreuungsflexibilität dieses Angebots. Meistens sind auch hier die Betreuungszeiten fest vorgegeben und können nicht beliebig vonseiten der Eltern geändert werden. Ein Vorteil einiger Angebote in der Tagespflege liegt allerdings darin, dass sie zu Zeiten Betreuung anbieten, zu denen Kindertagesstätten üblicherweise geschlossen sind (z. B. abends und an den Wochenenden).

Ungenutzte Kapazitäten zeigen den besonderen Charakter von außerfamiliärer Kinderbetreuung als Vertrauensdienstleistung: Eltern nutzen vorhandene Angebote auch in der Tagespflege nur, wenn sie von ihrer Qualität überzeugt sind. Während in Westdeutschland bei Kindertagesstätten von Vollaustattung und einem unzureichenden Angebot gesprochen werden kann, gibt es in der Tagespflege hier viele freie Plätze. In Ostdeutschland, wo es flächendeckend viele Angebote in Kindertagesstätten gibt, wird Tagespflege nur für weniger als 3 Prozent aller Kinder bis sechs Jahre genutzt, für die meisten Eltern stellt sie hier keine gleichwertige Alternative dar. Angebote in der Kindertagespflege können die professionelle Arbeit eines qualifizierten Teams in Kindertagesstätten nicht ersetzen, sondern nur ergänzen.

Einem weiteren deutlichen Ausbau der Kindertagespflege einschließlich einer spürbaren Anhebung der Angebotsqualität steht nicht zuletzt die fehlende Attraktivität dieses Berufsbildes entgegen. Gerade für pädagogische Fachkräfte ist die Tagespflege keine attraktive Beschäftigungsform. Im Durchschnitt verdiente eine Tagespflegeperson im Jahr 2009 pro Kind und Stunde 3,85 Euro. Im Osten waren es 2,27 Euro, im Westen 3,96 Euro (Deutscher Bundestag 2010: 31). Obwohl die Qualifikationsstruktur im Osten insgesamt etwas besser ist als im Westen, sind die Verdienstmöglichkeiten hier noch schlechter. Im bundesweiten Durchschnitt verdiente eine Vollzeit-Tagesmutter bzw. ein Vollzeit-Tagesvater 533 Euro brutto im Monat, in Teilzeit wurden durchschnittlich 304 Euro pro Monat verdient (ebenda).

In Ostdeutschland arbeiten die meisten Personen hauptberuflich und in Vollzeit, in Westdeutschland gibt es einen höheren Anteil von Personen, die in Nebentätigkeit und Teilzeit arbeiten (ebenda: 30). Vergleichsweise hoch ist hier auch der Anteil

der geringfügig Beschäftigten mit weniger als 14 Stunden pro Woche, dies betrifft insgesamt 18 Prozent aller Tagespflegepersonen in Westdeutschland. Damit unterliegt jede fünfte Tagesmutter bzw. jeder fünfte Tagesvater mit ihrer/seiner Tätigkeit nicht der Genehmigungspflicht durch ein Jugendamt, was die Entwicklung und Kontrolle der Betreuungsqualität zusätzlich erschwert.

4.6.5 Ausbaubedarf bei Plätzen und Personal

Es ist davon auszugehen, dass sich bei einem weiteren Ausbau der Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen die Nachfrage der Eltern auch in Westdeutschland stärker auf diese Betreuungsform konzentriert. Insbesondere bei einem Ausbau der Ganztagsangebote für Kinder ab drei Jahren dürfte der Bedarf an Tagespflegeplätzen sinken. Zwar ist diese Form der Betreuung teilweise flexibler, aber für die betreuten Kinder bietet sie im Durchschnitt schlechtere pädagogische Qualität. Für die kommunalen Haushalte wiederum ist sie die attraktivere Form für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, denn zusätzliche Angebote in der Tagespflege kosten weit weniger als der Ausbau von Kindertageseinrichtungen: Die Tagespflege-Betreuungsplätze entstehen in Privatwohnungen und die Entlohnung der Tagespflegepersonen ist sehr gering.

Bislang ungenutzte Angebote in der Tagespflege sind kein Anzeichen dafür, dass bei den Eltern kein ungedeckter Betreuungsbedarf besteht. Stattdessen zeigen sie (insbesondere wenn man die langen Wartelisten für Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen in den Blick nimmt), wie wichtig der Ausbau von Qualität auch bei dieser Betreuungsform ist, wenn sie tatsächlich in nennenswertem Umfang zur außerfamiliären Betreuung und Bildung beitragen soll.

Ein Schwerpunkt beim Ausbau der Kinderbetreuung muss auf zusätzlichen Angeboten in Kindertagesstätten in Westdeutschland liegen. Für Kleinkinder unter drei Jahren muss sich die Zahl der Betreuungsplätze beträchtlich erhöhen, bei der Betreuung von Kindern ab drei Jahren muss der Anteil der Ganztagsangebote steigen.

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland besteht die Notwendigkeit, die Fachkraft-Kind-Relation durch die Beschäftigung von mehr Betreuungspersonal zu verbessern. Derzeit ist diese Relation in allen Regionen schlechter, als es von Pädagogen als notwendig erachtet wird (Statistisches Bundesamt 2011g; Diller/Leu/Rauschenbach 2005). Insbesondere in Westdeutschland muss der Anteil der pädagogischen Fachkräfte am gesamten Betreuungspersonal steigen, damit Qualität (weiter-)entwickelt werden kann.

Aus Sicht der Jugendämter wird der Ausbau der Kinderbetreuung durch einen Mangel an Fachpersonal und fehlende Investitionsmittel behindert. Insgesamt sahen sich 2009 rund 85 Prozent aller westdeutschen und 60 Prozent aller ost-

deutschen Ämter vor Probleme gestellt: Im Westen betrachteten 40 Prozent aller Jugendämter fehlendes Fachpersonal und eine hohe Arbeitsbelastung als wesentliche Gründe für Ausbauschwierigkeiten, im Osten beklagten fast zwei Drittel einen Mangel an Fachkräften (Deutscher Bundestag 2010: 14 f.). Dies ist angesichts des höheren Fachkraftanteils in ostdeutschen Einrichtungen zunächst überraschend, bringt jedoch den hohen Bedarf an Fachkräften für Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung zum Ausdruck. Daneben hob rund ein Drittel aller Jugendämter die Notwendigkeit zusätzlicher Investitionsmittel hervor.

Die Einschätzung des zukünftigen Betreuungsbedarfs durch die örtlichen Jugendämter basiert im Wesentlichen auf der Entwicklung der Einwohnermeldeamtsstatistiken, d. h. auf der Fortschreibung regionaler demografischer Kennziffern (Deutsches Jugendinstitut 2009). Ein beträchtlicher Teil der Ämter hat Schwierigkeiten bei der Bedarfsabschätzung und berücksichtigt dabei weder die allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen, die vor allem in Westdeutschland zu einem weiter wachsenden Platzbedarf führen werden, noch den Zusammenhang zwischen qualitativ hochwertigen Angeboten und steigender Nachfrage jener Eltern, für die bisherige Angebote nicht entscheidungsrelevant waren.

Auch vorliegende deutschlandweite Szenarien zur zukünftigen Entwicklung des Bedarfs an Fachkräften in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege berücksichtigen den Zusatzbedarf für eine qualitative Verbesserung der Angebote bislang nur unzureichend bzw. gar nicht. Sie beruhen auf Fortschreibungen der jüngsten Entwicklungen, die eben nicht durch eine ausreichende Qualitätsverbesserung gekennzeichnet sind. Insofern müssen auch diese Bedarfsabschätzungen als Untergrenzen betrachtet werden.

Die vorliegenden Vorausschätzungen für die Altersgruppe der unter 3-Jährigen kommen alle zu dem Ergebnis eines weiter steigenden Bedarfs, auch wenn sie sich hinsichtlich ihrer methodischen Differenziertheit und hinsichtlich der zugrunde liegenden Annahmen unterscheiden. Daher treffen sie auch voneinander abweichende Einzelaussagen zum Umfang des zukünftigen Fachkräftebedarfs und zur Höhe einer möglichen Fachkräftelücke (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2010; Schilling 2009; Rauschenbach/Riedel/Schilling 2007; Bien/Riedel 2006).

Am verlässlichsten erscheinen derzeit die Modellrechnungen des Deutschen Jugendinstituts. Hier wurden auf Basis differenzierter Annahmen drei Szenarien für die Bedarfsentwicklung in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege auf Ebene der Bundesländer für die Jahre 2013, 2015 und 2017 entwickelt (Deutsches Jugendinstitut 2010). Dabei sind für die einzelnen Regionen der jeweilige Ausbaustand, die zu erwartenden Absolventenzahlen in den einschlägigen Berufen sowie die zu erwartenden altersbedingten und nicht altersbedingten Abgänge von Beschäftigten berücksichtigt, ebenso das geplante Vorziehen der Einschulung in

einigen Bundesländern, was hier zu einer Verringerung der nachgefragten Betreuungsplätze führen dürfte. Demnach wird es bis zum Jahr 2017 in Westdeutschland einen ungedeckten Personalbedarf von knapp 33.000 Personen in Kindertageseinrichtungen geben. Dies bedeutet eine Personallücke von mehr als 4.200 Personen jährlich. In Ostdeutschland wird dagegen sogar ein leichter Personalüberhang von rund 500 Personen jährlich entstehen, einerseits aufgrund der demografischen Entwicklung, andererseits dadurch bedingt, dass es hier zuletzt einen deutlichen Anstieg an Ausbildungsteilnehmern gab, während in Westdeutschland ein Rückgang zu beobachten war. Insgesamt reicht die Zahl der neu ausgebildeten Fachkräfte bei Weitem nicht aus, um den steigenden Betreuungsbedarf und alters- bzw. anderweitig bedingten Personalersatzbedarf zu decken. Bis 2017 müssten in Westdeutschland fast 40.000 Personen mehr in den einschlägigen Berufen neu ausgebildet werden, als derzeit absehbar ist.

Für die Kindertagespflege unterstellt die Studie, dass diese in beiden Regionen rund 30 Prozent aller Betreuungsangebote für Kleinkinder unter drei Jahren abdeckt. Weiterhin wird angenommen, dass bis 2017 im Westen eine Tagespflegeperson durchschnittlich drei und im Osten durchschnittlich vier Kinder betreut. Daraus ergibt sich in Westdeutschland eine Personallücke von insgesamt rund 46.000 Personen in der Kindertagespflege, während in Ostdeutschland auch bei dieser Betreuungsform keine Mangellagen erwartet werden. Kritisch ist dabei anzumerken, dass eine unterstellte Betreuungsquote von 30 Prozent zwar der politischen Zielsetzung zum Ausbau der Kindertagespflege entspricht, nicht aber dem Bedarf der Eltern und dem Bildungsbedarf der zu betreuenden Kinder, wie bereits diskutiert wurde. Geht man statt dessen davon aus, dass die Nachfrage nach Tagespflege gering bleibt und sich in Westdeutschland sogar weiter verringert, wenn hier ausreichend viele Angebote in Kindertagesstätten verfügbar sind, ist für die Kindertagesstätten von einer weit größeren Personallücke auszugehen, als es die Szenarien des Deutschen Jugendinstituts anzeigen. Weiterhin ist an dieser Bedarfsabschätzung zu kritisieren, dass neben akademischen pädagogischen Abschlüssen und Erzieherabschlüssen auch Abschlüsse von Kinderpfleger/-innen und Sozialassistenten/-assistentinnen als pädagogische Fachabschlüsse betrachtet werden, obwohl sie selbst in der Praxis als solche nicht gelten. Gerade in Bundesländern wie Bayern, wo noch immer vergleichsweise viele Beschäftigte mit diesen Abschlüssen tätig sind, ist also von einem weit höheren Bedarf an Fachkräften auszugehen. Ein Teil davon kann zwar durch Weiterqualifizierung der Beschäftigten erreicht werden, ein beträchtlicher Anteil wird aber durch zusätzliches Personal gedeckt werden müssen.

Zusätzliches Fachpersonal ist darüber hinaus in Westdeutschland in beträchtlichem Umfang erforderlich, wenn der Anteil der Ganztagsangebote für Kinder zwischen drei und sechs Jahren steigen soll (was in der Studie nicht diskutiert

wird, da diese auf die Altersgruppe der unter 3-Jährigen fokussiert). Zum Teil kann dieser Bedarf durch eine Arbeitszeitausweitung der bisher in Teilzeit Beschäftigten gedeckt werden. Zum Teil wird aber auch hier Zusatzbedarf an Erzieher/-innen und akademisch ausgebildetem Fachpersonal und damit eine zunehmende Konkurrenz um die verfügbaren Fachkräfte entstehen.

Selbst ohne Berücksichtigung der begrenzten Betreuungsnachfrage im Bereich der Kindertagespflege, der unzureichenden Abgrenzung bei der Definition von Fachkräften und des zusätzlichen Personalbedarfs durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder ab drei Jahre, zeichnen die vorgelegten Szenarien ein eindeutiges Bild einer beträchtlichen Fachkräftelücke in den westdeutschen Bundesländern. Die Zahlen der Absolventen im Erzieherberuf sowie der Absolventen der Bachelor-Studiengänge in Frühpädagogik bleiben weit hinter dem sich abzeichnenden Bedarf zurück. Es wird zunehmend Einrichtungen geben, die offene Stellen nicht besetzen und ihre Betreuungsangebote deshalb nicht weiter ausbauen können. Gleichzeitig wird es zahlreichen Eltern in Westdeutschland auch 2017 noch nicht möglich sein, Beruf und Familie tatsächlich zu vereinbaren, bzw. wird es weiterhin Kinder geben, die individuell von einer außerfamiliären Betreuung profitieren würden, aufgrund fehlender Fachkräfte und begrenzter Betreuungsplätze diese Form der Förderung aber nicht nutzen können.

Der Kernberuf in den Kindertagesstätten – der Erzieherberuf – präsentiert sich trotz steigender Nachfrage unverändert als wenig attraktiv. Ein hoher Anteil der Einstellungen erfolgt befristet, es gibt viele Teilzeitverträge und die Entlohnung ist gering, bei gleichzeitig hoher physischer und psychischer Arbeitsbelastung der Beschäftigten. So erfolgten 2009 in Westdeutschland 69 Prozent aller Neueinstellungen von Erziehern und Erzieherinnen in befristete Arbeitsverhältnisse, im Osten lag der Anteil bei 53 Prozent.³⁵ Viele Erzieher/-innen arbeiten in Teilzeitverträgen, obwohl sie gern in Vollzeit oder mit mehr Stundenvolumen in Teilzeit arbeiten möchten (Fuchs-Rechlin 2010). Entsprechend gering sind die erzielbaren Einkommen. Aber selbst bei einer Vollzeittätigkeit ist der mögliche Verdienst vergleichsweise niedrig: Laut Statistischem Bundesamt (2008c) lag das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt von vollzeitbeschäftigten Erzieher/-innen und Kinderpfleger/-innen bei 2.528 Euro und damit unterhalb des Gehaltsniveaus von Bürohilfskräften, vgl. Abbildung 4.³⁶

35 Ergebnis der IAB-EGS 2009, eigene Berechnungen.

36 Die Lohn- und Gehaltsstatistik des Statistischen Bundesamtes weist nur das Durchschnittsgehalt beider Berufsgruppen gemeinsam aus. Werte für 2006 sind die letzten verfügbaren Werte. Daneben ist zu beachten, dass nach einer Gehaltsreform im Jahr 2005 Neueingestellte deutlich weniger verdienen als früher eingestellte Personen. Damit haben sich insbesondere für Berufsanfänger die Verdienstmöglichkeiten weiter verschlechtert. Viele Beschäftigte mit befristeten Verträgen müssen bei einem Arbeitgeberwechsel Gehaltseinbußen in Kauf nehmen.

Abbildung 4: Durchschnittliches Bruttomonatsgehalt in ausgewählten Berufen, 2006

Ärzte	6.031
Maschinenbautechniker	4.146
Gymnasiallehrer	3.664
Buchhalter	3.360
Real-, Volks-, Sonderschullehrer	3.286
Bürofachkräfte	3.062
Heimleiter, Sozialpädagogen	2.908
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	2.722
Bürohilfskräfte	2.631
Kindergärtner/-innen, Kinderpfleger/-innen	2.528
Pförtner, Hauswarte	2.303
Kassierer	2.135

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008b), eigene Darstellung.

Im Vergleich zu anderen Berufen sind überdurchschnittlich viele Erzieher/-innen mit ihrer Arbeits- und Einkommenssituation unzufrieden, wie eine Befragung von 202 Erzieher/-innen und 13.600 anderen Beschäftigten in den Jahren 2007 und 2008 ergab (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2008). Insgesamt sahen sich 69 Prozent der Erzieher/-innen durch fehlende Leistungs- und Bedürfnisgerechtigkeit beim Einkommen und durch mangelnde berufliche Zukunftssicherheit belastet. Rund ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten in diesem Beruf verdiente monatlich weniger als 2.000 Euro brutto. Nur wenige Beschäftigte berichteten nicht über arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme, denn der Arbeitsalltag ist durch gesundheitliche Belastungen und ein hohes Arbeitspensum vor allem bei großen Kindergruppen geprägt. Nur 26 Prozent der in dieser Studie befragten Fachkräfte konnten sich vorstellen, unter Beibehaltung ihrer Arbeitsbedingungen in diesem Beruf das Renteneintrittsalter zu erreichen.

Die in allen Bundesländern inzwischen etablierten Bachelor-Studiengänge zur Frühpädagogik sollen einen Teil des Fachkräftebedarfs in Kindertagesstätten decken. Die Praxis zeigt allerdings, dass zahlreiche Studienabsolventen nicht in Kindertagesstätten arbeiten, sondern in Trägerorganisationen, Verbänden, Beratungseinrichtungen und Einrichtungen der Familienhilfe als Fachkräfte beschäftigt werden (Deutsches Jugendinstitut 2010). Meist finden sie hier attraktivere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Insgesamt ist die Zahl der Absolventen bislang viel zu niedrig, um flächendeckend die erforderlichen Qualitätsverbesserungen und den notwendigen Ausbau spürbar zu unterstützen. Viel mehr junge Menschen müssten in eine fachpädagogische Ausbildung für die Arbeit in Kindertagesstätten gelenkt

werden. Dafür ist die Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes eine unabdingbare Voraussetzung, ebenso der Ausbau der Ausbildungs- und Studienplätze und die Weiterbildung der bereits Beschäftigten.

4.7 Gefahr eines sich reproduzierenden Fachkräftemangels durch unzureichende Investitionen in Kindertagesbetreuung

Bedingt durch den Ausbau der Betreuungsangebote hat sich seit dem Jahr 2006 die Nachfrage nach Erziehern stark erhöht. Im dritten Quartal 2010 gab es bundesweit 12.000 offene Stellen, 2006 und 2007 waren es im Durchschnitt 7.000 gewesen, 2009 sogar 15.000.³⁷ Die Zahl der arbeitslosen Erzieher/-innen ist gleichzeitig zurückgegangen,³⁸ sodass inzwischen auf eine offene Stelle in diesem Beruf eine arbeitslose Person kommt. Im Jahr 2006 hatte das Verhältnis noch bei 1 : 3 gelegen. Rein quantitativ gibt es also kein Überangebot in diesem Berufsfeld mehr und das Auftreten von Fachkräftemangellagen gewinnt an Wahrscheinlichkeit.

Zunehmend berichten Kindertagesstätten über Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen, wie Auswertungen der IAB-EGS zeigen. Bereits 2009 waren 42 Prozent aller Neueinstellungen von Erziehern/Erzieherinnen mit Schwierigkeiten verbunden, im Durchschnitt aller Berufe verlief nur jede vierte Neueinstellung problematisch.³⁹ Im Durchschnitt gab es 2009 acht Bewerbungen auf eine Stellenausschreibung im Erzieherberuf, im Jahr 2006 waren es noch durchschnittlich 21 Bewerbungen gewesen, vgl. Abbildung 5.

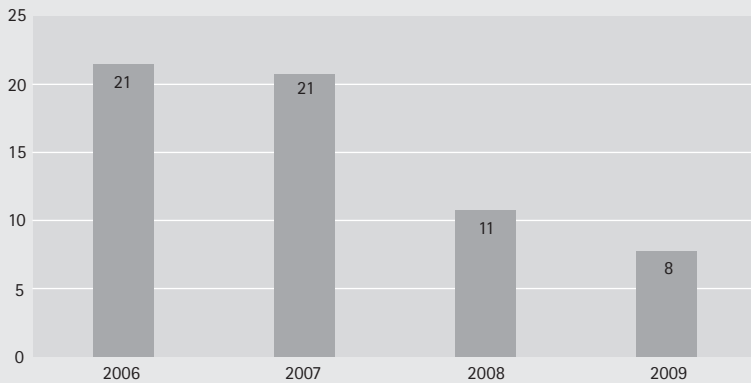
Einrichtungen, Trägerorganisationen, Verbände usw., die diese Fachkräfte einstellen wollen, haben immer weniger Auswahlmöglichkeiten unter den Bewerber/-innen. Gleichzeitig ist der Spielraum für arbeitgeberseitige Kompromissbereitschaft hier begrenzt. So hat eine Kindertagesstätte im Allgemeinen keinen Einfluss auf das angebotene Lohnniveau oder die Stundenzahl, die durch das neue Beschäftigungsverhältnis abgedeckt werden soll. Steht nur eine halbe Stelle zur Verfügung, so kann einem qualifizierten Bewerber/einer Bewerberin kein Angebot für eine Vollzeitstelle unterbreitet werden, auch wenn er/sie eine Vollzeitstelle präferieren und die Einrichtung die Kompetenz dieser Person gern gewinnen würde. Auch beim Lohn besteht im Allgemeinen kein Verhandlungsspielraum. Meist gelten Tarifverträge der Kommunen oder der Träger, die zudem seit 2005 so gestaltet sind, dass Berufseinsteiger oder Wiedereinsteiger deutlich schlechtere Bedingungen akzeptieren müssen als langjährig Beschäftigte (Eibeck 2007).

37 Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-EGS.

38 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Data Warehouse.

39 Eigene Berechnung auf Basis der IAB-EGS.

Abbildung 5: Durchschnittliche Zahl von Bewerbungen bei Neueinstellungen von Erziehern/Erzieherinnen, 2006 bis 2009



Quelle: IAB-EGS, eigene Berechnung.

Wenn offene Stellen nicht rechtzeitig besetzt werden können, verschlechtert sich dadurch zumindest vorübergehend der Betreuungsschlüssel und es kann dazu kommen, dass neue Einrichtungen nicht zum geplanten Zeitpunkt eröffnen können. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen erwartet mindestens temporär eine sinkende Betreuungsqualität, weil nicht genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008b). Dies kann vorhandene Angebote für Eltern unattraktiv machen und bedeutet für die betreuten Kinder weniger Förderung und Unterstützung, als bei ausreichendem Fachpersonal möglich wären.

Unzureichende öffentliche Investitionen und fehlende pädagogische Fachkräfte verzögern den Ausbau und tragen so kurzfristig zu Fachkräftengpässen und -mangellagen bei, statt diese zu verringern. Viele Eltern insbesondere mit kleinen Kindern würden gern erwerbstätig sein oder den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit ausweiten, ihr Potenzial bleibt bei unzureichenden Betreuungsangeboten aber weiter ungenutzt. Die Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kinder ausschließlich zuhause betreuen, bindet staatliche Gelder, die beim Ausbau der außerfamiliären Angebote in Kindertagesstätten fehlen werden und hier eine weit höhere gesamtwirtschaftliche Rendite erbringen würden.

5 Zusammenfassung

Der Ausbau der Kindertagesstätten unter Sicherung einer hohen Qualität hat für die Volkswirtschaft drei zentrale Funktionen:

1. Kurzfristige Stärkung des Fachkräfteangebots durch die mögliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere die Ermöglichung einer frühzeitigen Rückkehr von Müttern in das Erwerbsleben, wenn dies von ihnen gewünscht wird
2. Langfristige Stärkung des Fachkräfteangebots durch die Steigerung des durchschnittlichen (Aus-)Bildungsniveaus in der Bevölkerung über eine Verbesserung von Chancengleichheit bei der langfristigen Bildungsbeteiligung und beim langfristigen Bildungserfolg aller Kinder durch bedarfsgerechte Betreuung, Erziehung und Bildung in den entscheidenden ersten Lebensjahren, durch die Unterstützung der Familien bei der Entwicklung von Lernfähigkeit und Lernbereitschaft der Kinder sowie durch die Unterstützung bei der Entwicklung starker Persönlichkeiten
3. Langfristige Stärkung des Fachkräfteangebots durch Setzen von Impulsen für höhere Geburtenraten infolge sinkender Opportunitätskosten von Familien Gründungen und -erweiterungen durch die mögliche Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit.

Beim gegenwärtigen Stand des quantitativen und qualitativen Ausbaus können diese Funktionen nicht flächendeckend erfüllt werden. Es fehlt dafür nicht nur an Betreuungsplätzen insbesondere für Kinder unter drei Jahren, sondern auch an Betreuungsqualität.

Zum hohen individuellen sowie zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Investitionen in die frühkindliche und vorschulische Betreuung und Bildung liegen inzwischen zahlreiche Forschungsarbeiten aus der Hirnforschung, der Pädagogik, der Soziologie und der Ökonomie vor. Sie alle weisen darauf hin, dass in den ersten Lebensjahren entscheidende Grundlagen für den späteren Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg gelegt werden und dass deshalb öffentliche Investitionen in die professionelle Betreuung in Kindertagesstätten besonders hohe Renditen erbringen. Andersherum gilt, dass Investitionen, die in dieser Lebensphase versäumt werden, später nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand und schlechterer Kosten-Nutzen-Relation nachgeholt werden können und die Gesellschaft dann vergleichsweise viel kosten.

Die ersten Lebensjahre sind von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung von lebenslanger Lernbereitschaft und Lernfähigkeit sowie für die Herausbildung von Grundlagen für Verhaltensweisen und Kompetenzen, die im modernen Arbeits-

leben zunehmend wichtiger werden. Einem wachsenden Anteil von Kindern stehen aber innerhalb ihres Familienumfeldes keine ausreichend guten Bedingungen zur Verfügung, um ihre eigentlich vorhandenen physischen und psychischen Potenziale bestmöglich weiterzuentwickeln, was angesichts des geringer werdenden Anteils von Kindern an der Gesamtbevölkerung ein fataler empirischer Befund ist.

Nachweislich hat die gemeinsame außerfamiliäre Betreuung von Kindern unterschiedlicher Schichten hohe kompensatorische Effekte vor allem auf benachteiligte Kinder. In guten Kindertagesstätten können die möglichen negativen Effekte von Armutslagen mindestens partiell kompensiert werden. Weiterhin schaffen sie Zugang zu kulturellem Kapital, was von Soziologen als hoch relevant für Bildungsaufstiege angesehen wird. Sie fördern die sprachliche und körperliche Entwicklung aller Kinder und können so auch sprachliche und kulturelle Barrieren schon frühzeitig verringern oder gar auflösen. Sie binden die betreuten Kinder in ein Netzwerk von Kindern und Erwachsenen außerhalb des eigenen Familienkontextes ein und eröffnen damit Perspektiven und Möglichkeiten, die in den Familien nicht zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für nicht-benachteiligte Kinder, die ebenfalls vom Besuch guter Kindertagesstätten profitieren, da ihnen hier Angebote zur Verfügung stehen, die in der Familie nicht gemacht werden können.

Neben den individuellen Effekten auf die betreuten Kinder haben außerfamiliäre Betreuungsangebote Einfluss auf die Fertilitäts- und Erwerbsentscheidungen junger Menschen/ Paare/Familien. Denn sie ermöglichen (bei ausreichend guter Qualität) eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und reduzieren somit die Opportunitätskosten von Kindern für ihre Eltern beträchtlich. Damit tragen sie bereits kurzfristig zur Stärkung des Fachkräfteangebots bei, insbesondere hinsichtlich der qualifizierten Mütter, befördern aber darüber hinaus auch die langfristige Geburtenentwicklung. Wenn Betreuungsangebote vorhanden sind, müssen sich Frauen oder Männer nicht für einen Lebensbereich entscheiden, sondern können sowohl ihre Kinderwünsche realisieren als auch ihre berufliche Entwicklung voranbringen. Solange es keine ausreichenden Möglichkeiten gibt, beide Lebensbereiche zu vereinen, wird es weniger Geburten geben, als von Frauen bzw. Familien eigentlich gewünscht und es wird eine geringere Erwerbstätigkeit geben, als von Frauen bzw. Familien eigentlich gewünscht.

Bislang bleibt in Deutschland der Ausbau der Betreuungsangebote sowohl hinter den volkswirtschaftlichen Erfordernissen als auch hinter den Planvorhaben zurück, die die Politik sich selbst vor einigen Jahren gesetzt hat. In Westdeutschland muss vor allem die Zahl der Angebote für Kleinkinder und der Anteil der Ganztagsangebote für Kinder ab drei Jahren ausgebaut werden. In West- und Ostdeutschland muss sich zudem Qualität (weiter-)entwickeln. Die breite Einführung von Evaluationsstudien und daraus abgeleitet die Definition und Anwendung

verbindlicher Qualitätsstandards ist hierfür gefordert und muss den Ausbau bundesweit und trägerunabhängig begleiten.

Kindertagespflege mit ihrer im Durchschnitt schlechteren Betreuungsqualität kann kein nennenswertes Element des Ausbaus sein, sondern die professionelle Betreuung in Kindertageseinrichtungen nur ergänzen. Zwar sind Angebote in der Tagespflege für Kommunen und Träger die kostengünstigere Betreuungsalternative und werden deshalb häufig für einen Ausbau favorisiert. Bei einem Vergleich der Bundesländer wird aber deutlich, dass überall dort, wo relativ viele Kinder in Kindertageseinrichtungen betreut werden (können), die Betreuung im Rahmen der Kindertagespflege sehr gering ist. Während es bei Tagespflegepersonen ungenutzte Kapazitäten gibt, reichen die Plätze in Kindertageseinrichtungen zumindest in Westdeutschland nicht aus und es gibt lange Wartelisten.

Investiert die Gesellschaft heute zu wenig in die frühkindliche Bildung, steigt die Gefahr von Fachkräftemangellagen und Engpässen für die Zukunft weiter an. Es wird in den kommenden Jahren ohnehin zu wenig Nachwuchs für den Arbeitsmarkt geben. Ist dieser Nachwuchs zudem nicht deutlich besser qualifiziert als die derzeitige Erwerbsbevölkerung, wird es zu massiven Problemen für die Unternehmen und für die Finanzierung eines solidarisch organisierten Sozialstaates kommen. Der weitere quantitative und qualitative Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen muss deshalb als eine der wichtigsten gesellschaftlichen Strategien gegen Fachkräftengpässe und Fachkräftemangel begriffen werden und entsprechende Priorität bei politischen (Budget-)Entscheidungen erhalten.

6 Ausblick auf notwendige Daten und Forschung

Für eine bessere quantitative Beurteilung des Wirkungsgrades öffentlicher Investitionen in Angebote der frühkindlichen und vorschulischen Betreuung sind breit angelegte Evaluationsstudien notwendig. Diese sollten nicht (wie bisher üblich) nur die Ausstattung der Einrichtungen und die Zahl der Betreuungspersonen je betreutem Kind in den Fokus nehmen, sondern vor allem die Qualität der Betreuung, und zwar hinsichtlich aller Qualitätskomponenten, die in dieser Arbeit beschrieben wurden. Solche Evaluationsstudien sind sehr aufwendig und teuer. Allerdings sind sie die einzige Möglichkeit, Aussagen über die Wirksamkeit unterschiedlicher Angebote zu treffen und Qualität bei der außerfamiliären Betreuung über wissenschaftlich gesicherte Mindeststandards zu definieren und in der breiten Fläche zu entwickeln. Während inzwischen viele öffentliche Ausgaben hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Effizienz auf dem Prüfstand stehen, scheinen Begriffe wie Qualität und Effizienz in Zusammenhang mit Kindertagesstätten seitens der Politik noch Tabuthemen zu sein. Breit angelegte Evaluationsstudien liegen aber nicht nur im Interesse der Wissenschaft, sondern sollten auch ein dringendes Anliegen der Kommunen, der Länder, des Bundes und der Einrichtungsträger sein. Für sie gilt es, nicht einfach nur in Betreuungsplätze zu investieren, sondern herauszufinden, welche Formen von Angeboten sich am wirksamsten für die Kinder, deren Familien und die Gesellschaft erweisen.

Soziologische Längsschnittdatensätze wie das SOEP, die genutzt werden, um die langfristige Rendite des Besuchs von Kindertagesstätten zu analysieren, müssen mit Informationen zur Qualität der Betreuungsangebote, die jeweils von den befragten Eltern für ihre Kinder genutzt werden, verknüpft werden. Aus Angeboten ohne gute Qualität kann sich nur ein geringer individueller Nutzen ergeben, der möglicherweise auch nicht statistisch messbar ist. Aus Angeboten mit hoher Qualität sind dagegen hohe individuelle und damit auch positive volkswirtschaftliche Effekte zu erwarten. Auch Langfristanalysen müssen zwischen guter und schlechter Betreuungsqualität unterscheiden, sei es für Untersuchungen zu den Effekten der Nutzung der Angebote auf die betreuten Kinder oder zur Untersuchung von Erwerbs- und Fertilitätsentscheidungen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil der 40- bis 75-jährigen Frauen ohne Kinder nach Bildungsstand, 2008.....	17
Abbildung 2: Anteil der in Teilzeit beschäftigten Frauen an allen beschäftigten Frauen in den europäischen Ländern, 2010	21
Abbildung 3: Entwicklung der Zahl von Synapsen im menschlichen Gehirn im Lebensverlauf	43
Abbildung 4: Durchschnittliches Bruttomonatsgehalt in ausgewählten Berufen, 2006.....	93
Abbildung 5: Durchschnittliche Zahl von Bewerbungen bei Neueinstellungen von Erziehern/Erzieherinnen, 2006 bis 2009.....	95

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands in Mio. Personen, 1990 bis 2060.....	19
Tabelle 2:	Anteile der befristeten Neueinstellungen nach Alter und Geschlecht, 2006 und 2010.....	26
Tabelle 3:	Erwerbstätigenquote und Vollzeitwerbsquote von Müttern, 2009 und 1996.....	29
Tabelle 4:	Erwerbstätigenquote und Vollzeitwerbsquote von Vätern, 2009.....	30
Tabelle 5:	Anteil der Kinder im Alter unter sechs Jahren mit SGB-II-Leistungsbezug an allen unter 6-Jährigen, 2010 und 2007.....	41
Tabelle 6:	Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Betreuungsquoten nach Bundesländern, März 2011.....	66
Tabelle 7:	Unter 3-Jährige in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern, März 2010.....	66
Tabelle 8:	Betreuungsquote bei unter 3-Jährigen insgesamt und Ganztagsquote nach Bundesländern, 2010.....	68
Tabelle 9:	Betreuungsquoten bei unter 3-Jährigen in Kindertagesstätten und Kindertagespflege nach Alter und Bundesländern, März 2010.....	69
Tabelle 10:	Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen sowie Betreuungsquoten nach Bundesländern, März 2011.....	72
Tabelle 11:	Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern, März 2010.....	72
Tabelle 12:	Betreuungsquoten und Ganztagsquoten für Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren nach Bundesländern, 2010.....	73
Tabelle 13:	Qualifikation des Personals in Kindertagesstätten nach Bundesländern, März 2010.....	79
Tabelle 14:	Qualifikation des Personals in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern, März 2010.....	85

Literatur

- Achtes Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2011 (BGBl. I S. 1306) geändert worden ist. URL: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/sgb_8/gesamt.pdf, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Adsera, A. (2005a): Vanishing children: from high unemployment to low fertility in developed countries. In: *American Economic Review Papers and Proceedings*, Vol. 95, Nr. 2, S. 189–193.
- Adsera, A. (2005b): Where are the Babies? Labor market conditions and fertility in Europe. IZA Discussion Paper, Nr. 1576.
- Allmendinger, J. und Aisenbrey, S. (2002): Soziologische Bildungsforschung. In: Tippelt, R. (Hrsg): *Handbuch Bildungsforschung*, Opladen: Leske und Budrich, S. 41–60.
- Allmendinger, J.; Giesecke J. und Oberschachtsiek, D. (2011): Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33657_33658_2.pdf, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Anger, C.; Plünnecke, A. und Tröger, M. (2007): Renditen der Bildung: Investitionen in den frühkindlichen Bereich. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Balz, H.-J. (2008): Prekäre Lebenslagen und Krisen: Strategien zur individuellen Bewältigung. In: Huster, E.-U.; Boeckh, J. und Mogge-Grotjahn, H. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 419–437.
- Beblo, M. und Wolf, E. (2003): Sind es die Erwerbsunterbrechungen? Ein Erklärungsbeitrag zum Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 36, Nr. 4, S. 560–572.
- Beblo, M.; Bender, S. und Wolf, E. (2006): The wage effects of entering motherhood. A within-firm matching approach. ZEW Discussion Paper, Nr. 06-053.
- Becker, B. (2010): Wer profitiert mehr vom Kindergarten? Die Wirkung der Kindergartenbesuchsdauer und Ausstattungsqualität auf die Entwicklung des deutschen Wortschatzes bei deutschen und türkischen Kindern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 62, Nr. 1, S. 139–163.
- Becker, G. S. (1960): An economic analysis of fertility. In: *National Bureau of Economic Research* (Hrsg): *Demographic and economic change in developed countries. A conference of the Universities-National-Bureau Committee for Economic Research*. Princeton: Princeton University Press, S. 209–231.

- Becker, G. S. (1993): A treatise on the family. London u. a.: Harvard University Press.
- Becker-Stoll, F.; Niesel, R. und Wertfein, M. (2009): Handbuch Kinder in den ersten drei Lebensjahren. Theorie und Praxis für die Tagesbetreuung. Freiburg im Breisgau: Herder.
- Becker-Stoll, F. und Textor, M. R. (Hrsg.) (2007): Die Erzieherin-Kind-Beziehung, Zentrum von Bildung und Erziehung. Berlin, Mannheim: Cornelsen Scriptor.
- Bertelsmann Stiftung (2011): Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme. URL: <http://www.laendermonitor.de>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Besenthal, A. und Lang, C. (2004): Erwerbsorientierung von Frauen und Einstellungen zu Erwerbstätigkeit und Familie. In: *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 1, S. 23–29.
- Bien, W. und Riedel, B. (2006): Wie viel ist bedarfsgerecht? Betreuungswünsche der Eltern für unter 3-jährige Kinder. In: Bien, W.; Rauschenbach, T. und Riedel, B. (Hrsg.): *Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie*, Cornelsen Scriptor, Berlin.
- Birg, H. (1992): Differentielle Reproduktion aus der Sicht der biografischen Theorie der Fertilität. In: Volland, E. (Hrsg.): *Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 189–215.
- Birg, H.; Flöthmann, E.-J. und Reiter, I. (1984): *Biografische Theorie der demografischen Reproduktion*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bock-Famulla, K. (2002): *Volkswirtschaftlicher Ertrag von Kindertageseinrichtungen in Westdeutschland. Gutachten im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bielefeld.*
- Böhm, A. und Kuhn, J. (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Kindern. Ergebnisse von Einschulungsuntersuchungen im Land Brandenburg. In: *Soziale Arbeit*, Vol. 49, Nr. 9, S. 343–346.
- Böttcher, A.; Krieger, S. und Kolvenbach, F.-J. (2010): Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 2, S. 158–164.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital und soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*, Göttingen: Verlag Otto Schwartz, S. 183–198.
- Bourdieu, P. (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. und Passeron, J. C. (1973): *Kulturelle Reproduktion und soziale Reproduktion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brewster, K. L. und Rindfuss, R. R. (2000): Fertility and women's employment in industrialized nations. In: *Annual Review of Sociology*, Vol. 26, S. 271–296.
- Brose, N. (2008): Entscheidung unter Unsicherheit: Familiengründung und -erweiterung im Lebensverlauf. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 60, Nr. 1, S. 30–52.

- Büchel, F., Spieß C. K. und Wagner, G. (1997): Bildungseffekte vorschulischer Kinderbetreuung. Eine repräsentative empirische Analyse auf der Grundlage des Sozioökonomischen Panels. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 49, Nr. 3, S. 528–539.
- Bülow-Schramm, M. und Gerlof, K. (2004): Lebensweltliche Konstruktionen von Studierenden: Brücken zum Habitus? In: Engler, S. und Kraiss, B. (Hrsg.): Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Weinheim München: Juventa, S. 141–158.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2011): Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland, 1871 bis 2010, URL: http://www.bib.bund.de/cln_090/nn_1881710/DE/DatenundBefunde/06/Abbildungen/a__06__07__zusgef__geburtenziffer__d__1871__2010.html, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004): Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) – Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2008a): Armutrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2008b): Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren: Elterliche und öffentliche Sorge in gemeinsamer Verantwortung. Kurzgutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): Handbuch Kindertagespflege. URL: <http://www.handbuch-kindertagespflege.de>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2010a): Kinder- und Jugendhilfe. Achstes Buch Sozialgesetzbuch. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010b): Bericht der Bundesregierung 2010 nach § 24a Abs. 5 SGB VIII über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2009. Berlin.
- Bundesregierung (2008): Lebenslagen in Deutschland – Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Caspi, A.; Roberts, B. W. und Shiner, R. L. (2005): Personality development: stability and change. In: Annual Review of Psychology, Vol. 56, S. 453–484.

- Coneus, K. (2010): Selbstproduktivität in der frühen Kindheit. Eine empirische Analyse mit Berücksichtigung von Geschwistereffekten. In: Spieß, K. (Hrsg.): Frühkindliche Bildung und Betreuung. Hintergründe und Bewertungen aus ökonomischer Sicht. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Vol. 79, Nr. 3, S.45–55.
- Cunha, F. und Heckman, J. J. (2007): The technology of skill formation. In: American Economic Review Papers and Proceedings, Vol. 97, Nr. 2, S. 31–47.
- Cunha, F. und Heckman, J. J. (2009): The economics and psychology of inequality and human development. In: Journal of the European Economic Association, Vol. 7, Nr. 2/3, S. 320–364.
- Cunha, F.; Heckman, J. J.; Lochner, L. und Masterov, V. D. (2006): Interpreting the evidence of life cycle skill formation. In: Hanushek, E. A. und Welsh, F. (Hrsg.): Handbook of the Economics of Education. Amsterdam: North-Holland, S. 697–812.
- Cunha, F.; Heckman, J. J. und Schennach, S. (2010): Estimating the technology of cognitive and noncognitive skill formation. In: Econometrica, Vol. 78, Nr. 3, S. 883–931.
- Deutscher Bundestag (2010): Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2009 (Erster Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes). Drucksache 17/2621, 22.07.2010.
- Deutscher Bundestag (2011a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Dörner, Sven-Christan Kindler, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Drucksache 17/6967, 09.09.2011.
- Deutscher Bundestag (2011b): Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2010 (Zweiter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes). Drucksache 17/5900, 19.05.2011.
- Deutsches Jugendinstitut (2009): Quantität braucht Qualität: Agenda für den qualitativ orientierten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige. München.
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2010): Droht ein Personalnotstand? Der U3-Ausbau und seine personellen Folgen. Empirische Analysen und Modellrechnungen. Zusammenfassung einer im Auftrag der „Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte“ erstellten Expertise von Thomas Rauschenbach und Matthias Schilling, München.
- Diller, A.; Leu, H. R. und Rauschenbach, T. (2005) (Hrsg.): Der Streit ums Gütesiegel: Qualitätskonzepte für Kindertageseinrichtungen. München: VS Verlag.

- Dobritz, J.; Lengere, A. und Ruckdeschel, K. (2005): Einstellungen zu demografischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Eibeck, B. (2007): Hintergrundmaterial zur Pressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 11. Juli 2007: Erzieherinnen sind abgehängt. GEW verlangt neue Eingruppierung.
- Elsässer, G. (1998): Gesundheit von Schulanfängern: Auswirkungen sozialer Benachteiligung am Beispiel der Brandenburger Schulanfängeruntersuchungen 1994 und 1995. In: Das Gesundheitswesen, Vol. 60, Nr. 11, S. 632–637.
- Esser, H. (2006): Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Eurostat (2011a): Fertility rates. URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Eurostat (2011b): Teilzeitbeschäftigte Personen. URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tps00159>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Eurostat (2011c): Formal child care by duration and age group, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=tsisc100>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Frederick, S. (2005): Cognitive reflection and decision making. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 19, Nr. 4, S. 25–42.
- Fritschi, T. und Oesch, T. (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern. Bertelsmann Stiftung.
- Fuchs, J. und Zika, G. (2010): Arbeitsmarktbilanz bis 2025: Demografie gibt die Richtung vor. IAB-Kurzbericht, Nr. 12.
- Fuchs-Rechlin, K. (2010): Die berufliche, familiäre und ökonomische Situation von Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen. Sonderauswertungen des Mikrozensus im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Frankfurt am Main.
- Georg, W. (Hrsg.) (2006): Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Eine empirisch-theoretische Bestandsaufnahme. Konstanz: UVK Verlag.
- Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) 2006: Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. November 2011 (BGBl. I S. 2298) geändert worden ist, URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/beeg/BJNR274810006.html>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.

- Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz – MuSchG) 2002: Mutterschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550) geändert worden ist, URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/muschg/gesamt.pdf>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2008): Arbeitsqualität aus Sicht von Erzieherinnen und Erziehern. Ergebnisse aus der Erhebung zum DGB-Index Gute Arbeit. Frankfurt am Main.
- Geyer, J. und Steiner, V. (2007): Short-run and long-term effects of childbirth on mothers' employment and working hours across institutional regimes. DIW Discussion Paper, Nr. 682.
- Graaf, P. M. de und Graaf N. D. de (2006): Hoch- und populärkulturelle Dimensionen kulturellen Kapitals. Auswirkungen auf den Bildungsstand der Kinder. In: Georg, W. (Hrsg.): S. 147–173.
- Gutiérrez-Domènech, M. (2005): Employment after motherhood. A European comparison. In: Labour Economics, Vol. 12, Nr. 1, S. 99–123.
- Hank, K.; Andersson, G.; Duvander, A.-Z.; Kreyenfeld, M. und Spieß, C. K. (2004): Öffentliche Kinderbetreuung und individuelle Fertilitätsentscheidungen in Deutschland und Schweden. In: Stöbel-Richter, Y. und Brähler, E. (Hrsg.): Demographischer und sozialer Wandel, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 47–57.
- Hank, K.; Kreyenfeld, M. und Spieß, C. K. (2004): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie, Vol. 33, Nr. 3, S. 228–244.
- Hanushek, E. A. (2002): Publicly provided education. In: Auerbach, A. J. und Feldstein, M. (Hrsg.): Handbook of Public Economics, Vol. 4, Amsterdam: North-Holland, S. 2045–2141.
- Havnes, T. und Mogstad, M. (2009): No child left behind. Universal child care and children's long-run outcomes. IZA Discussion Paper, Nr. 4561.
- Heckman, J. J. (1974): Effects of child-care-programs on women's work effort. In: The Journal of Political Economy, Volume 82, Nr. 2, S. 136–163.
- Heckman, J. J. und Masterov, D. (2007): The productivity argument for investing in young children. In: Review of Agricultural Economics, Vol. 29, Nr. 3, S. 449–493.
- Höhn, C.; Ette, A. und Ruckdeschel, K. (2006): Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Stuttgart: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Robert Bosch Stiftung.
- Holodynski, M. (2006): Die Entwicklungen der Leistungsmotivation im Vorschulalter. Soziale Bewertungen und ihre Auswirkungen auf Stolz-, Scham- und Ausdauerreaktionen. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, Vol. 38, Nr.1. S. 2–17.

- Hüther, G. (2007a): Atmosphäre schaffen für Entwicklung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der Hirnforschung. Vortrag auf dem Landeskongress der evangelischen Kindertagesstätten in Bayern, Nürnberg, 27.02.2007.
- Hüther, G. (2007b): Die transgenerationale Weitergabe von Erfahrungen und die Bedeutung von Vorbildern für die Hirnentwicklung. In: Bohnet, M.; Hopf, H.; Lompe, K. und Oberbeck, H. (Hrsg.): *Wohin steuert die Bundesrepublik?* Frankfurt: Peter Lang Verlag, S. 139–155.
- Hüther, G. (2009): Die Bedeutung sozialer Erfahrungen für die Strukturentwicklung des menschlichen Gehirns. In: Herrmann, U. (Hrsg.): *Neurodidaktik. Grundlagen und Vorschläge für gehirngerechtes Lehren und Lernen*, Weinheim und Basel: Beltz Verlag, S. 41–48.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2010): *Monitor Familienleben 2010. Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, Berichtsband.*
- Janus, M. und Duku, E. (2007): The school entry gap: socioeconomic, family, and health factors associated with children's school readiness to learn. In: *Early Education and Development*, Vol. 18, Nr. 3, S. 375–403.
- Kalwij, A. S. (2003): Female employment and fertility decisions. An analysis of the effects of household financial wealth. In: *Applied Economics Quarterly*, Vol. 49, Nr. 3, S. 233–254.
- Kettner, A. (2012): *Fachkräftemangel – Fakt oder Fiktion? Empirische Analysen zum betrieblichen Fachkräftebedarf in Deutschland. IAB-Bibliothek 337 (Dissertation Teil I).*
- Kettner, A.; Heckmann, M.; Rebien, M.; Pausch, S. und Szameitat, J. (2011): Die IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots. Inhalte, Daten und Methoden. In: *Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung*, Jg. 44, Nr. 3, S. 245–260.
- Kinderförderungsgesetz (KigöG) vom 10. Dezember 2008: Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Bundesgesetzblatt online, URL: http://www2.bgbli.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//*%5B@attr_id=%27bgbli108s2403.pdf%27%5D, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Kolvenbach, F.-J. und Taubmann, D. (2006): Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung. In: *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 2, S. 166–171.
- Kratzmann, J. und Schneider, T. (2009): Soziale Ungleichheit beim Schulstart. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung der sozialen Herkunft und des Kindergartenbesuchs auf den Zeitpunkt der Einschulung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 61, Nr. 2, S. 1–24.
- Kreyenfeld, M. und Hank, K. (1999): The availability of child care and mother's employment in West Germany. In: *DIW Discussion Paper*, Nr. 191.

- Kreyenfeld, M. und Hank, K. (2000): Does the availability of child care influence the employment of mothers? Findings from Western Germany. In: *Population Research and Policy Review*, Vol. 19, Nr. 4, S. 317–337.
- Laireiter, A.-R. und Lager, C. (2006): Soziales Netzwerk, soziale Unterstützung und soziale Kompetenz bei Kindern. In: *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, Vol. 38, Nr. 2, S. 69–78.
- Lampert, T. und Kurth, B.-M. (2007): Sozialer Status und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. In: *Deutsches Ärzteblatt*, Vol. 104, Nr. 43, S. 2944–2949.
- Landvoigt, T.; Mühler, G. und Pfeiffer, F. (2007): Duration and intensity of kindergarten attendance and secondary school track choice. ZEW Discussion Paper, Nr. 07-051.
- Lange-Vester, A. und Teiwes-Kügler, C. (2006): Die symbolische Gewalt der legitimen Kultur. Zur Reproduktion ungleicher Bildungschancen in Studierendenmilieus. In: Georg, W. (Hrsg.): S. 55–92.
- Lanzi, D. (2007): Capabilities, human capital and education. In: *The Journal of Socio-Economics*, Vol. 36, Nr. 3, S. 424–435.
- Lefebvre, P. und Merrigan, P. (2008): Child-care policy and the labour supply of mothers with young children. A natural experiment from Canada. In: *Journal of Labor Economics*, Vol. 26, Nr. 3, S. 519–548.
- Lesthaeghe, R. und Meekers, D. (1986): Value changes and the dimension of familism in the European Community. In: *European Journal of Population*. Vol. 2, Nr. 3/4, S. 225–268.
- Lesthaeghe, R. und Moors, G. (2000): Recent Trends in Fertility and Household Formation in the Industrialized World. In: *Review of Population and Social Policy*, Nr. 9, S. 121–170.
- Merkle, L. E. (1994): *Frauenerwerbstätigkeit und Kinderbetreuung*. Heidelberg: Physica Verlag.
- Mierau, S.; Lee, H.-J. und Tietze, W. (2008): Zum Zusammenhang von pädagogischer Qualität in Kindertageseinrichtungen und Familien und dem Sprachstand von Kindern. *Pädagogische Qualitäts-Informations-Systeme gGmbH*, Freie Universität Berlin.
- Mishra, V.; Nielsen, I. und Smyth, R. (2010): On the relationship between female labour force participation and fertility in G7 countries. Evidence from panel cointegration and Granger causality. In: *Empirical Economics*, Vol. 38, Nr. 2, S. 361–372.
- Müller, W. (1998): Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 50, Sonderheft 38, S. 81–112.

- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) Early Child Care Research Network (2000): Characteristics and quality of child care for toddlers and preschoolers. In: *Applied Developmental Science*, Vol. 4, Nr. 3, S. 116–135.
- Nauck, B. (2001): Der Wert von Kindern für ihre Eltern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 53, Nr. 3, S. 407–435.
- Nicoletti, C. und Tanturri, M. L. (2005): Differences in delaying motherhood across European countries. Empirical evidence from the ECHP. ISER Working Papers, Nr. 4, Essex.
- OECD (2000): Measuring student knowledge and skills. The PISA 2000 assessment of reading, mathematical and scientific literacy, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2004): Learning for tomorrow's world. First results from PISA 2003, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2006): Messages from PISA 2000, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2007): PISA 2006: science competencies for tomorrow's world: Vol. 1: Analysis, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2009): Doing better for children. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2010): PISA 2009 Results: overcoming social background. Equity in learning opportunities and outcomes. Vol. II, Paris: OECD Publishing.
- Pfeiffer, F. und Reuß, K. (2007): Age-dependent skill formation and returns to education. ZEW Discussion Paper, Nr. 07-015.
- Pfeiffer, F. und Reuß, K. (2008): Ungleichheit und die differentiellen Erträge frühkindlicher Bildungsinvestitionen im Lebenszyklus. ZEW Discussion Paper, Nr. 08-001.
- Rauschenbach, T.; Riedel, B. und Schilling, M. (2007): Der Streit um die Zahlen. Bedarfsszenarien für unter Dreijährige und ihre Berechnungsgrundlage. Deutsches Jugendinstitut München und Universität Dortmund.
- Restuccia, D. und Urrutia, C. (2004): Intergenerational persistence of earnings. The role of early and college education. In: *American Economic Review*, Vol. 94, Nr. 5, S. 1354–1378.
- Rübenach, S. P. und Keller, M. (2011): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. In: *Wirtschaft und Statistik*, April, S. 329–347.
- Schilling, M. (2009): Situation und Entwicklung der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen. Personalbedarf aufgrund des Ausbaus „u3“ sowie Ausbildungssituation der ErzieherInnen/KinderpflegerInnen. Eine Materialsammlung, erstellt für den GEW Gewerkschaftstag 2009, Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendstatistik.
- Schönig, W. (2000): Langzeitarbeitslosigkeit und Kinderarmut. In: Butterwegge, C. und L'Hoest, R. (Hrsg.): *Kinderarmut in Deutschland: Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen*. Frankfurt am Main: Campus, S. 207–219.

- Schröder, J. (2005): Der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität. Ein Überblick über den Forschungsstand. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Working Papers, Nr. 89.
- Spieß, C. K. (2005): Qualitätssicherung in Kindertageseinrichtungen – drei Thesen zu Forschungsdesideraten und Instrumenten. In: Esch, K.; Mezger, E. und Stöbe-Blossey, S. (Hrsg.): Kinderbetreuung – Dienstleistungen für Kinder. Stuttgart: Leske und Budrich, S. 135–145.
- Spieß, C. K. und Büchel, F. (2003): Effekte der regionalen Kindergarteninfrastruktur auf das Arbeitsangebot von Müttern. In: Schmähl, W. (Hrsg.): Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Nr. 294, Berlin: Duncker & Humblot, S. 95–126.
- Spieß, C. K., Büchel, F. und Frick, J. R. (2002): Kinderbetreuung in West- und Ostdeutschland: Sozioökonomischer Hintergrund entscheidend. In: DIW-Wochenbericht, Vol. 69, Nr. 31, S. 518–524.
- Stafford, F. P. und Sundström, M. (1996): Time Out for child care: signalling and earnings rebound effects for men and women. In: Labour, Vol. 10, Nr. 3, S. 609–629.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011): Kindertagesbetreuung regional 2010. Ein Vergleich aller 412 Kreise in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2004): Kindertagesbetreuung in Deutschland – Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990–2002, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007): Geburten in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008a): Familienland Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008b): Verdienste und Arbeitskosten. Verdienststrukturerhebung 2006, Verdienste nach Berufen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009a): Geburtenentwicklung. URL: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/AktuellGeburtenentwicklung,templateld=renderPrint.psml>, zuletzt aufgerufen am 02.10.2009. Aktualisierte URL mit Daten ab 1990: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html> (aufgerufen am 06.09.2012).
- Statistisches Bundesamt (2009b): Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 29. Juli 2009 in Berlin, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009c): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2010a): Alleinerziehende in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (2010b): Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2010, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2010c): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2010. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011a): 2010: Mehr Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen. Pressemitteilung vom 17.06.2011, URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2011/06/PD11_228_126.html, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Statistisches Bundesamt (2011b): Natürliche Bevölkerungsbewegung. Geborene und Gestorbene. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeboreneGestorbene.html>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Statistisches Bundesamt (2011c): Durchschnittliche Kinderzahl je Frau steigt 2010 auf 1,39. Pressemitteilung vom 18.08.2011. URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2011/08/PD11_301_12641.html, zuletzt aufgerufen am 06.09.2012.
- Statistisches Bundesamt (2011d): Wie leben Kinder in Deutschland? Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 3. August 2011 in Berlin, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011e): Bevölkerung: Bundesländer, Stichtag, Altersjahre. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, aufgerufen am 24.11.2011.
- Statistisches Bundesamt (2011f): Kinder in Tageseinrichtungen: Bundesländer, Stichtag, Altersgruppen. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, aufgerufen am 24.11.2011.
- Statistisches Bundesamt (2011g): Der Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen, Wiesbaden.
- Sutherland, D.; Price, R. und Gonand, F. (2009): Improving public spending efficiency in primary and secondary education. In: OECD Journal: Economic Studies, Vol. 2009, S. 89–118.
- Tietze, W.; Bolz, M.; Grenner, K.; Schlecht, D. und Wellner, B. (2005): Krippen-Skala (KRIPS-R). Feststellung und Unterstützung pädagogischer Qualität in Krippen. Cornelsen Verlag Scriptor.
- Tietze, W.; Knobloch, J. und Gerszonowicz, E. (2005): Tagespflegeskala (TAS). Feststellung und Unterstützung pädagogischer Qualität in der Kindertagespflege. Cornelsen Verlag Scriptor.
- Tischler, L. C.; Kisseler, W. und Trabert, L. (2002): Migrationsreport Hessen 2002: Bevölkerung, Ausbildung und Arbeitsmarkt. FEH-Report, Nr. 637.
- Van de Kaa, D. J. (2001): Demographic Transition, Second. International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 5, S. 3486–3488.

- Welter-Enderlin, R. und Hildenbrand, B. (Hrsg.) (2006): Resilienz – Gedeihen trotz widriger Umstände. Heidelberg: Carl Auer Verlag.
- Wößmann, L. und Piopiunik, M. (2009): Was unzureichende Bildung kostet. Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum. Bertelsmann Stiftung.
- Wrohlich, K. (2006): Labor supply and child care choices in a rationed child care market. DIW Discussion Paper, Nr. 570.
- Ziefle, A. (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs. Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Vol. 56, Nr. 2, S. 213–231.
- Ziegelmeier, F. (2010): Elterliche Stellvertreterentscheidungen und frühkindliche Humankapitalbildung. In: Spieß, K. (Hrsg.): Frühkindliche Bildung und Betreuung: Hintergründe und Bewertungen aus ökonomischer Sicht. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 3, S. 57–77.

Kurzfassung

Die Arbeit beschäftigt sich mit der besonderen Bedeutung außerfamiliärer Betreuungs- und Bildungsangebote in Kindertageseinrichtungen (einschließlich Kinderkrippen) für die kurz- und langfristige Stärkung des Fachkräfteangebots. Anhand zahlreicher Forschungsergebnisse aus der Hirnforschung, der Psychologie, der Erziehungswissenschaft, der Soziologie und der Ökonomie wird belegt, dass staatliche Investitionen in außerfamiliäre Betreuung besonders hohe individuelle und volkswirtschaftliche Renditen erbringen und – bei hoher Angebotsqualität – gleichzeitig drei Funktionen erfüllen können: a) sorgen sie für eine langfristige Verbesserung des Qualifikationsstandes der Bevölkerung, weil sie Bildungschancen verbessern und die individuelle Lernfähigkeit und Lernbereitschaft nachhaltig fördern, b) stärken sie das Arbeitsangebot langfristig über höhere Geburtenraten und c) stärken sie das Angebot bereits kurzfristig durch eine mögliche Ausweitung des Erwerbsumfangs von Müttern und Vätern. Die Arbeit zeigt anschließend mit umfänglichem Zahlenmaterial, dass der Stand des Ausbaus in Deutschland bislang unzureichend ist, sowohl hinsichtlich der angebotenen Zahl von Betreuungsplätzen als auch hinsichtlich ihrer Qualität. Insbesondere gibt es derzeit weder verbindliche Qualitätskriterien noch wird die Qualität von Betreuung evaluiert. In diesem Kontext wird auch diskutiert, dass Angebote in der öffentlich geförderten Kindertagespflege im Durchschnitt eine vergleichsweise geringe Betreuungsqualität haben und deshalb kein Ersatz für professionelle Angebote in Kindertageseinrichtungen sein können. Bislang wird aufgrund der unzureichenden Investitionen in diesen Bildungsbereich beträchtliches Wachstumspotenzial verschenkt, auf das Deutschland angesichts der zunehmenden relativen Verknappung qualifizierter Arbeitskräfte aber keinesfalls verzichten kann, wenn wirtschaftlicher Erfolg und die Finanzierung der Solidarsysteme auch für die Zukunft gesichert sein sollen.